



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Deutscher Landkreistag:

Studie zur Integration von Flüchtlingen

Landkreis Hof als Beispiel
für moderne Flüchtlingshilfe

Landkreise „können“ Integration. Dies zeigt eine vom Deutschen Landkreistag veröffentlichte Studie zum Thema „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen – strategische Leitlinien und Best Practices“. Darin werden die Praxiserfahrungen von 18 Landkreisen in den für die Integration wichtigen Handlungsfeldern Wohnen, Sprache, Arbeit und Ausbildung, Schule und Bildung, Ehrenamt sowie gesellschaftliches Zusammenleben dargestellt und anhand von guten Beispielen für andere Kommunen nutzbar gemacht. Als bayerischer Repräsentant stellte sich der Landkreis Hof für die Untersuchung zur Verfügung.

„Die Landkreise bringen die besten Voraussetzungen für Integration mit: Sie haben die dafür passenden Verwaltungsstrukturen, sind gleichzeitig aber noch nah genug an den Menschen vor Ort“, freute sich der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, über die Projektergebnisse. Wichtig sei, dass die Landkreise Integration strategisch angehen, organisieren und gestalten, um aus jedem zugewanderten Menschen eine Chance für den Landkreis und das Land zu machen.

150 Einzelinterviews

Das in Kooperation mit dem Beratungsunternehmen Vivventure durchgeführte Projekt zeigt, auf welche Weise Integration gelingen kann. Die Studie veranschaulicht in den maßgeblichen Handlungsfeldern der Integration – von der Sprache über den Arbeitsmarkt bis hin zum gesellschaftlichen Miteinander von Deutschen und Flüchtlingen – anhand guter Beispiele, wie Landkreise diese Aufgabe bewältigen – engagiert, pragmatisch und mit realistischen Erwartungen. „Damit will der Deutsche Landkreistag einen Beitrag auf dem Weg zu einer gelingenden Integration von Flüchtlingen leisten“, betonte Sager. „Unser Ansatz bestand darin, direkt vor Ort in den Landkreisen genau hinzuschauen, was gut

funktioniert und wo es strategische Hebel gibt“, erläuterte der DLT-Präsident. „Insofern haben wir gemeinsam mit der von uns beauftragten Agentur insgesamt 150 Einzelinterviews mit Landräten, Integrations- oder Flüchtlingsbeauftragten sowie mit Verantwortlichen von Integrationsprojekten geführt.“

Steigende Sozialausgaben und ihre Folgewirkungen

Sager zufolge haben die Landkreise „ein sehr ausgeprägtes Interesse an gelingender Integration. Und dies nicht nur, weil sie sie direkt von steigenden Sozialausgaben und sozialen Folgewirkungen betroffen sind.“ In den

DStGB-Präsidiumssitzung in Düsseldorf:

Integration und Innere Sicherheit

Die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen und die Stärkung der Inneren Sicherheit standen im Zentrum einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds in Düsseldorf. Wie Präsident Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, hervorhob, seien mit der Verabschiedung des Integrationsgesetzes wichtige Rahmenbedingungen und Stellschrauben für die Integration der Geflüchteten gesetzt worden. Das Gesetz orientiere sich an den Grundsätzen des Förderns und Forderns, so wie es der DStGB mit Nachdruck eingefordert habe.

„Es müssen Angebote der Integration gemacht werden, die Geflüchteten sind aber auch verpflichtet, diese anzunehmen“, so Schäfer. Mit Blick auf die Sprach- und Integrationskurse schlägt der DStGB vor, Flüchtlinge konkret den Kursen zuzuweisen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Kurse flächendeckend angeboten werden. „Hier ist der Bund gefordert. Der derzeitige Zustand, dass Flüchtlinge bis zu einem halben Jahr auf einen Platz warten müssen, muss beendet werden“, betonte der Verbandschef.

Integration braucht Zeit

Er wies darauf hin, dass Integration nicht von heute auf morgen gelingen werde und enorme Anstrengungen aller Beteiligten von den Städten und Gemeinden bis zur Wirtschaft erfordere. Auf



Landkreisen, Städten und Gemeinden fänden die Sprachkurse statt, sei für Wohnungen zu sorgen und die Heranführung an den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Hier seien die ehrenamtlichen Helfer zu koordinieren, der Besuch der Kindertageseinrichtung wie der Schule zu gewährleisten und die soziale, gesundheitliche sowie familiäre Betreuung anzubieten. „Integration ist seit Langem eine durch und durch kommunale Aufgabe“, erklärte der Präsident.

Freiräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung

Dabei gebe es nicht das eine Programm oder die eine Strategie, führte Sager weiter aus: „Die Landkreise sind so unterschiedlich in ihren Strukturen, dass nur ein individuelles Vorgehen gelingen kann – dies ist im Rahmen des Projekts deutlich geworden. Was aber notwendig ist, sind

Von dem allerersten Werden
Der unendlichen Natur -
Alles Göttliche auf Erden
Ist ein Lichtgedanke nur.

Friedrich von Schiller, aus: „Die Günst des Augenblicks“

Liebe Leserinnen und Leser!
Zu Weihnachten wünschen wir Ihnen
frohe, besinnliche Festtage
und für das neue Jahr das Allerbeste!

Redaktion und Geschäftsleitung
der Bayerischen GemeindeZeitung

Bild: Michael von Hassel - Aurora Borealis und Geysir Strokkur - Island - 2016

Freiräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung von Integration. Nur wenn politische, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen stimmen, kann Integration gelingen.“ In diesem Zusammenhang gelte es, kommunale Verantwortung zu stärken, z. B. bei der Frage der zu verbessernden Möglichkeiten der Landkreise, den Einsatz von Sprachkursen zu koordinieren.

VHS als Anlaufstelle

Wie Landrat Dr. Oliver Bär im Interview erläuterte, übernimmt im Landkreis Hof die VHS die Entwicklung und Koordination des Sprachkurs-Angebots für den gesamten Landkreis. Die VHS ist die zentrale Anlaufstelle für die Integrationskurse des BAMF, führt für alle im Landkreis zugelassenen Träger die verbindlichen Einstufungstests durch und übernimmt die Einteilung der Teilnehmer und die passende Zuweisung zu den je-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ausgewogene Balance zwischen Stadt und Land

Doppelhaushalt 2017/18 mit Rekordausgaben
in Höhe von 117,4 Milliarden Euro verabschiedet

Nach dreitägigen Schlussberatungen hat der Landtag den Doppelhaushalt 2017/18 mit den Stimmen der CSU-Mehrheit verabschiedet. Das Zahlenwerk sieht jetzt Gesamtausgaben von 117,4 Milliarden Euro vor. Davon entfallen 58 Milliarden auf das nächste Jahr, 59,4 Milliarden sind für 2018 vorgesehen. Am markantesten sind dabei die Ausgabensteigerungen auf 10,2 Milliarden Euro für Sicherheit und Rechtsschutz sowie 4,7 Milliarden Euro für Asyl. Der neue Haushalt kommt ohne Neuverschuldung aus, vielmehr tilgt der Freistaat jährlich 500 Millionen Euro Altlasten.

Finanzminister Markus Söder bezeichnete den neuen Doppelhaushalt als „notarielle Urkunde für Sicherheit und Stabilität“ und als „Masterplan für die Zukunft“ in Bayern. Er versprach dabei, an der Weiterentwicklung des ländlichen Raums festzuhalten. So werde der Ausbau schneller Internetverbindungen ebenso fortgesetzt wie das Programm zur Behördenverlagerung.

Außerdem bleibe er bei seinen Plänen, Gewerbeansiedlungen in den Kommunen zu erleichtern. All dies bringe Impulse in die ländlichen Regionen und Sorge für Aufbruchsstimmung.

Sicherheit durch Stärke

Zum Rekordhaushalt des Innenministeriums von 16,2 Milliarden Euro für die kommenden zwei Jahre erklärte Söder, ein Großteil des Betrags fließe in die personelle und materielle Aufrüstung der Polizei. So werde es dann mit 42.370 Stellen den höchsten Personalstand aller Zeiten in Bayern geben. Dies entspreche dem CSU-Motto Sicherheit durch Stärke“. Mit diesem Haushalt schaffe man eine „ausgewogene Balance“ zwischen Stadt und Land resümierte der Finanzminister abschließend.

Hort der Stabilität, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit

Ministerpräsident Horst Seehofer sieht in dem Doppelhaushalt die Erfüllung des Verfassungsauftrags. Bayern sei ein Hort der Stabilität, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit. Nirgendwo seien mehr Menschen in Arbeit, weniger auf staatliche Hilfe angewiesen. Jeder dritte Euro werde

für Bildung und jeder vierte Euro für die Kommunen ausgegeben.

Die Opposition übte erneut Kritik an dem neuen Haushaltsgesetz. Der SPD-Haushaltsexperte Harald Güller warf dem Finanzminister vor, ihm fehle das Format diesen Freistaat zu führen. In seiner Detailkritik erwähnte er vor allem die Kürzung der Fördergelder für Wohnungspolitik.

Der Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann warf der CSU Versagen bei der Energiewende und in der Bildungspolitik vor, wo zu viel von Herkunft und Wohnort abhängt. Seine Parteikollegin Claudia Stamm bezichtigte den Finanzminister der Volkstäuschung. Wegen eines Milliardendefizits würden die Rücklagen geplündert. Der FW-Vorsitzende Hubert Aiwanger bemängelte, dass die Breitbandprogramme der Staatsregierung nicht weit genug reichten. **rm**



Jetzt hat es auch den Bürgermeister erwischt: Er hat einen selbstgestrickten, absichtlich hässlich gestalteten Weihnachtspullover von seinen Kindern geschenkt bekommen. Das ist halb so schlimm, liegt er damit dieses Jahr doch voll im Trend. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Den ländlichen Raum neu denken	2
Deutscher Städtetag: Instrumente für mehr Wohnungsbau	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Wenig Spielraum im Kommunalhaushalt	3
Neue Finanzierungsquellen für Kommunen	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
EDV · IT · Kommunikation	9-10
Breitband	11
Kommunaler Bau	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer
Kommunalpolitik
und mit
Wirtschafts- und
Umweltfragen
zu tun hat, braucht die
**Bayerische
Gemeindezeitung**
als umfassende
Informationsquelle
für Kommunalpolitiker

Erste Lesung im Landtag:

Mehr Rechtsklarheit und Mitspracherechte der Bürger

Kommunale Vorschriften sollen angepasst werden

Im Interesse von mehr Rechtsklarheit und zur Stärkung der Mitspracherechte der Bürger sollen das Kommunalwahlrecht und weitere kommunale Gesetze den praktischen Bedürfnissen angepasst werden. Hierzu hat Innenminister Joachim Herrmann jüngst einen entsprechenden Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sowie anderer kommunaler Vorschriften im Landtag eingebracht.

Laut Herrmanns Ausführungen sollen im Kommunalrecht die Neuregelungen künftig für mehr Mitsprache aller Gemeindebürger, aber auch für mehr Rechtsklarheit sorgen. Demnach werde allen Gemeindeangehörigen ein Rede-recht bei Bürgerversammlungen eingeräumt, folglich auch den Bürgern die wie Jugendliche unter 18 Jahren kein aktives Wahlrecht besitzen.

Vertretungsregelungen in kommunalen Ausschüssen

Neu geregelt werden auch die Vertretungsregelungen in kommunalen Ausschüssen, wo künftig der erste Bürgermeister den Vorsitz einem von ihm bestimmten ehrenamtlichen Gemeindevorstandsmitglied übertragen und auch wieder entziehen kann. Im Falle einer Übertragung soll der Ausschuss um ein weiteres Mitglied des kommunalen Gesamt-gremiums ergänzt werden. Des weiteren erfolgt eine Klarstellung des Umfangs der Vertretungsmacht des ersten Bürgermeisters, des Landrats, des Bezirksstagspräsidenten und des Verbandsvorsitzenden eines Zweckverbandes nach außen. Hierbei richtet sich die Vertretungsmacht nach ihren jeweiligen Befugnissen.

mandat angenommen haben, jedoch die Gemeinderats- oder Kreistagswahl wegen eines Wahlrechtsverstößes für ungültig erklärt wird und nochmals gewählt werden muss. Im Falle ihrer Wahl müssten sie sich auch weiterhin entscheiden, welches Mandat sie annehmen wollen.

Wahlrechtsverstöße

Darüber hinaus sollen Wahlrechtsverstöße bei Gemeinde-

und Landkreiswahlen nicht unbedingt zu einer Nachwahl im gesamten Wahlkreis führen. Hier können die Rechtsaufsichtsbehörden den Umfang der Neuwahl künftig auf den oder die Stimmbezirke beschränken, in denen die Wahlrechtsverstöße stattgefunden haben. Bei Listen-nachrückern sollen Verstöße nicht mehr zur Ungültigkeit der gesamten Wahl führen. Des weiteren werden Wahlrechtsverstöße nur noch von Bedeutung, wenn sie sich unmittelbar auf die Mandatsverteilung auswirken, also wenn ein Nachrücker ohne den Verstoß auch wirklich in das kommunale Gremium hätte einrücken können.

Der vom Innenminister in Erster Lesung eingebrachte Regierungsentwurf wurde an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. **rm**

Hohes Sicherheitsniveau im Freistaat

Innenminister Herrmann gibt ersten Sicherheitsbericht im Landtag

Die Sicherheitslage in Bayern befindet sich auf einem hohen Niveau, dank niedriger Kriminalitätsbelastung und hoher Aufklärungsquote. Das belegen insbesondere die Zahlen der Gewaltdelikte, die in den letzten fünf Jahren um 3,7% gesunken sind, sowie die der Wohnungseinbrüche, die seit 2014 entgegen dem Bundestrend um 8,5% auf 7.480 gesunken sind. Lediglich im Bereich der „Computerkriminalität“ sind die Fallzahlen seit 2011 von 10.146 um 32,4 % auf 13.432 deutlich angestiegen. Dies sind die wesentlichen Daten, die Innenminister Joachim Herrmann in seinem ersten Sicherheitsbericht im Innenausschuss des Landtags präsentierte.

Mit diesem Bericht, der auf einen SPD-Antrag von 2014 zurückgeht und auf Erhebungen sowie Analysen des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) basiert, wolle man genauere Erkenntnisse vor allem zu längerfristigen Entwicklungen liefern, er-

klärte der Minister. Daneben gebe es weiterhin die jährlichen Kriminalstatistiken. Für seine Erläuterungen griff Herrmann einige Kriminalitätsbereiche heraus, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen und sich besonders auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auswirken.

Bei den Gewaltdelikten im öffentlichen Raum habe es von 2011 bis 2015 einen signifikanten Rückgang um 11,2 % gegeben. Die politisch motivierte Gewaltkriminalität sei jedoch stark angestiegen. Im linksextremistischen Bereich sei sie von 62 auf 173, im rechtsextremistischen Bereich von 58 auf 93 Straftaten angewachsen. Hier setze die Staatsregierung auf konsequente Strafverfolgung und umfangreiche Präventionsmaßnahmen, z.B. das aktuelle Gesamtkonzept zur Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Islamistischer Terrorismus: Hohes Gefahrenpotenzial

Als besondere Gefahr sieht der Innenminister den islamistischen Terrorismus, der von fünf Terror-taten in 2011 auf 30 in 2015 gestiegen ist. Es habe sich dabei hauptsächlich um die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gehandelt. Davon seien 27 Delikte aufgeklärt worden. In diesem Bereich hätten die Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz die Gefährder und bekannten Sympathisanten fest im Blick, erklärte Herrmann.

Bei der Ausländerkriminalität habe sich der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger von 2011 bis 2015 von 24,2 % auf 31,5 % erhöht. Die meisten Verdächtigen (ca. 25 %) stammten aus der Türkei und Rumänien. Zugenommen habe auch die Zahl der Konflikte in Asylbewerberunterkünften. So wurden dort im vergangenen Jahr 5.726 Straftaten registriert, darunter hauptsächlich Rohheitsdelikte wie Körperverletzung und Raub. Dabei sei die Polizei mehr als 17.000 Mal ausgerückt.

Bei der Wohnungseinbruchskriminalität lasse sich aufgrund der rückläufigen Zahlen ein positiver Trend erkennen. Im letzten Jahr habe es 7.480 Delikte (2014: 8.210) gegeben. So habe man durch verstärkte Fahndungsmaßnahmen eine Vielzahl von Woh-

nungseinbrechern aus dem Verkehr ziehen können, viele ungeklärte Taten aufgeklärt und weitere Einbrüche verhindert, erläuterte der Minister. Hierbei helfe u.a., auch die länderübergreifende enge Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Lediglich die niedrige Aufklärungsquote von 15,9% bereite ihm Sorgen.

Im Bereich der „Computerkriminalität“ konstatierte der Innenminister einen deutlichen Anstieg der Fallzahlen von 2011 bis 2015. Hier seien die Straftaten von 10.146 um 32,4 % auf 13.432 gestiegen. Dabei gehe es um Fälle von Spionage, Betrug und den Einsatz von Schadsoftware. In diesem Kriminalitätsfeld bestehe eine hohe Dunkelziffer, zumal nur wenige Opfer Anzeige erstatteten. Um gegenzusteuern werde die Zahl der „Cybercops“ bei der Polizei weiter erhöht. Darüber hinaus habe sich die zentrale Ansprechstelle „Cybercrime“ im BLKA sowie das „Cyber-Allianz-Zentrum“ beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz gut bewährt.

Viele Rauschgiftdelikte

Laut Herrmann ist die Zahl der Rauschgiftdelikte in den vergangenen fünf Jahren von 31.246 auf 41.166 (+ 31,7%) stetig angewachsen. Dies sei insbesondere auf die „konsumnahen Delikte“ zurückzuführen. Vor allem bei den Cannabisdelikten und den neuen psychoaktiven Stoffen wie Crystal Meth sei der Anstieg signifikant. Bei den Tatverdächtigen habe es sich in 2015 zu 86,5 % um Männer gehandelt, davon 24,7% Nichtdeutsche. Der Anteil Jugendlicher sei von 2.603 auf 4.865 gestiegen. Bei den Rauschgift-Todesfällen sei die Zahl von 314 im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1998 mit 313 Drogentoten nahezu gleich hoch. Hauptursache sei der übermäßige Heroinkonsum. Bei der Drogenbekämpfung seien die polizeilichen Konzepte vornehmlich den regionalen Gegebenheiten angepasst. So würden beispielsweise im nordostbayerischen Raum im Rahmen des Bekämpfungskonzepts Crystar intensive Fahndungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Zoll durchgeführt sowie die bilaterale Zusammenarbeit mit den tschechischen Behörden forciert.

Abschließend verwies Minister Herrmann nochmals auf das hohe Sicherheitsniveau in Bayern. Sicherheit könne aber nur durch Stärke gewährleistet werden. Dafür plane man von 2017 bis 2020 u. a. jährlich zusätzlich 500 Polizisten und Polizistinnen. Auch Justiz und Verfassungsschutz würden weiter gestärkt. **rm**

Den ländlichen Raum neu denken

Jahreshauptversammlung der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL)

Ehrenamtliche Strukturen, Überschaubarkeit und gelebte Nachbarschaft - ländliche Gemeinden verfügen über wertvolle Potenziale, dennoch vollzieht sich derzeit ein gesellschaftlicher Wandel, der bis in kleine ländliche Gemeinden spürbar ist, so Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Die Veränderung der Bevölkerungssstruktur durch Demographie und Migration stellt eine besondere Herausforderung dar, auf die wir reagieren. Trotz der Herausforderungen sieht Gerlinde Augustin den ländlichen Raum auf einem guten Weg. Alle bayerischen Landkreise verzeichnen Bevölkerungszuwächse. Hohe Mieten, das Bedürfnis nach Sicherheit sowie die Veränderung in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung bieten Chancen, die es zu nutzen gilt. Die SDL wird ihr Angebot dahingehend weiterentwickeln.

„Sie alle wollen den ländlichen Raum in eine lebenswerte, für alle Generationen attraktive Zukunft führen“, stellte Bezirksstagspräsident und Vorstandsvorsitzender Jürgen Reichert im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Schule der Dorf- und Landentwicklung fest. Reichert lobte die Geschäftsführung sowie das Engagement der Moderatoren und Fachbeiräte.

Knapp 50 Gemeinden aus Oberbayern und Schwaben haben das Angebot der SDL Thierhaupten in Anspruch genommen und ideenreich Zukunftsstrategien entwickelt. Unzählige Bürgermeister besuchen Fachseminare, die praxisorientiert aufgebaut sind und Themen, wie das soziale Miteinander genauso behandeln, wie Fragen der Orts- und Innenentwicklung, der Nahversorgung, der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit usw. Wir stärken unsere Kommunalpolitiker durch wertvolle Tipps und Hilfen, sagt Gerlinde Augustin. Ein thematischer Schwerpunkt waren Angebote zur Integration von Asylbewerbern im Dorf. Wir werden diese Angebote weiterentwickeln und Gemeinden unterstützen, das soziale Miteinander zu stabilisieren.“ Ausgrenzung steht

der Partizipation im Wege“ davon ist Gerlinde Augustin überzeugt. Es gilt die politische Kultur und die Vereinskultur zu pflegen, damit das Gemeinwesen in unseren ländlichen Kommunen weiter gut funktioniert.

Plattform für Erfahrungsaustausch

Der „Thierhauptener Advent“ ist traditionell die Plattform für den Erfahrungsaustausch der Vereinsmitglieder, Beiräte und Moderatoren. Der langjährigen Moderatorin und Fachbeirätin, Frau Monika Hirl vom ALE Oberbayern, wurde die „goldene Ehrennadel der SDL“ verliehen. Monika Hirl besticht mit ihrem Engagement, ihrer Fachkompetenz und ihrer Loyalität, resümierte Gerlinde Augustin in ihrer Laudatio.

Prof. Thilo Hinterberger von der Universitätsklinik Regensburg ist Physiker, Neuro- und Bewusstseinswissenschaftler. Er referierte über Bewusstseinsbildung in Gesellschaft, Bildung und Wissenschaft. Hinterberger erklärte, wie Bewusstseinsbildung funktioniert. Seiner Meinung nach ist Bewusstsein immer ein subjektives Erleben und dient der Außenraumkoordination. Wenn wir Bewusstsein bilden, dann interpretieren wir die Außenwelt. Viele Bewertungsprozesse laufen ständig automatisch ab. Hinterberger spricht von verschiedenen Bewusstseinsfunktionen, die wir brauchen, wie das rational logische Denken, um die Welt bewältigen zu können. Die höchste Gehirnleistung ist das multiperspektivische Denken; dann ist man in der Lage, seinen eigenen Standpunkt aufzugeben und ist fähig für Empathie und strategisches Denken. □

Integrationsgesetz:

Rechte und Pflichten geregelt

Nach einer Marathonsitzung von knapp 16 Stunden hat der Landtag mit den Stimmen der CSU-Mehrheitsfraktion das Bayerische Integrationsgesetz verabschiedet. In einer überaus kontroversen und leidenschaftlichen Debatte haben vor allem die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen den CSU-Regierungsentwurf heftig kritisiert.

So kam es auch, nachdem das Gesetz in Zweiter Lesung mit den Stimmen der CSU-Mehrheit beschlossen war, auf Antrag von SPD und Grünen zu einer Dritten Lesung. Bei der finalen namentlichen Abstimmung setzte sich die CSU ebenfalls mit ihrer klaren Mehrheit durch. Somit gilt ab 1. Januar 2017 das Bayerische Integrationsgesetz des Förderns und Forderns, mit dem der Freistaat die künftigen enormen Herausforderungen finanzieller, kultureller und gesellschaftlicher Art bewältigen will.

In der bisher längsten durchgängigen Plenarsitzung der Landtagsgeschichte haben insbesondere SPD und Grüne ausführlich und detailliert zu den Artikeln des Regierungsentwurfs Stellung genommen sowie ihre eigenen Änderungsvorschläge erläutert. Hauptkritikpunkt war dabei die im Gesetz als Integrationsziel von den Asylbewerbern geforderte Achtung der Leitkultur. Die Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause erklärte, der CSU gehe es nicht um Integration, sondern nur darum, die rechtspopulistische AfD in Schach zu halten. Der Gesetzentwurf sei ein

„Gebräu aus der Giftküche der Staatskanzlei. Er beinhalte nur Zwang und Schikane. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Markus Rinderspacher, übte ebenfalls heftige Kritik an dem Integrationsgesetz. Damit werde die Gesellschaft gespalten. Und die CSU wolle dem Land einen „streng nach rechts ausgerichteten Scheitel“ verpassen.

CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer wies die Kritik von SPD und Grünen entschieden zurück. Er könne nicht erkennen, wo der Entwurf die Gesellschaft spalte. Mit dem Gesetz verfolge die CSU eine klare Linie der Menschlichkeit. Den Flüchtlingen müsse man frühzeitig sagen, „wohin die Reise geht“.

Die für den Regierungsentwurf fachlich zuständige Sozial- und Integrationsministerin Emilia Müller erklärte, Integration bedeute nicht, dass sich Einheimische und Neuankommlinge auf halbem Weg treffen und daraus eine „neue Kultur der Beliebigkeit“ formen. Die Leitkultur gebe der Integration eine Richtung. Mit dem Gesetz würden Rechte und Pflichten für Zuwanderer klar festgelegt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edgar Büttner
91336 Heroldsbach
am 23.12.

Bürgermeister Ernst Eberherr
85658 Egming
am 25.12.

Bürgermeister Franz Kukla
89423 Gundelfingen a. d. Donau
am 29.12.

Bürgermeister Johann Tremmel
94553 Mariaposching
am 8.1.

Bürgermeisterin Rose Stark
91362 Pretzfeld
am 15.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat
Dr. Thomas Habermann
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
am 23.12.

Bürgermeisterin
Marianne Zollner
84453 Mühldorf a. Inn
am 27.12.

Bürgermeisterin
Brigitte Bachmann
92262 Birgland
am 29.12.

Landrat Michael Busch
96450 Coburg
am 4.1.

Bürgermeister Eugen Götz
89440 Lutzingen
am 5.1.

Bürgermeisterin
Rosa Maria Maurer
84166 Adlkofen
am 7.1.

Bürgermeister Fridolin Fuchs
63864 Glattbach
am 9.1.

Bürgermeister Friedrich Biegel
90613 Großhabersdorf
am 11.1.

Bürgermeister Burkard Losert
97222 Rimpar
am 17.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christoph Hammer
91550 Dinkelsbühl
am 24.12.

Bürgermeister Paul Wecker
82297 Steindorf
am 24.12.

Bürgermeisterin Gerlinde Sigl
84435 Lengdorf
am 11.1.

Bürgermeister Gerhard Zeitler
93358 Train
am 11.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Korneder
85630 Grasbrunn
am 25.12.

Bürgermeister Manfred Walter
82205 Gilching
am 27.12.

Bürgermeister Maximilian Beer
92447 Schwarzhofen
am 27.12.

Bürgermeister Thomas Gneißl
85457 Wörth
am 4.1.

Bürgermeister Otto Fisch
84326 Rimbach
am 6.1.

Bürgermeister Robert Kiermeier
84187 Weng
am 8.1.

Bürgermeister
Christian Scheuerer
82441 Ohlstadt
am 15.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Dirlenbach
85256 Vierkirchen
am 12.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Andrea Rothenbacher
97265 Hettstadt
am 15.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Instrumente für mehr Wohnungsbau

„Wir brauchen einen Instrumentenmix, der noch in dieser Legislaturperiode zu wirken beginnt, um in Wachstumsregionen mehr Bauland zu mobilisieren. Und wir brauchen über den sozialen Wohnungsbau hinaus eine stärkere Förderung von Wohneigentum und Mietwohnungsbau“, forderte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Essen.

„Trotz substantieller Verbesserungen für den geförderten sozialen Wohnungsbau durch den Bund und steigender Neubaulzahlen fehlt in vielen Städten mit angespannten Wohnungsmärkten geeigneter Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Dabei handelt es sich um die Haushalte, die keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, sich aber auch keine teure Wohnung leisten können. Deshalb brauchen wir nachfragegerechte Konzepte zur Wohnraumbeförderung und dafür zusätzliche Unterstützung von Bund und Ländern“, unterstrich Lohse.

Sozialer Wohnungsbau

Die Präsidentin begrüßte den Umstand, dass der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro jährlich bis Ende 2019 anhebt. Nun sollten die Länder dieses Geld schnell einsetzen und durch eigene Mittel aufstocken. Attraktiv wirkten Förderprogramme beispielsweise mit Tilgungszuschüssen. „Gut ist zwar, dass der Wohnungsbau dort, wo die Engpässe am größten sind, überdurchschnittlich wächst. Aber das Tempo und der Umfang des Wohnungsbaus reichen noch nicht aus.“

Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“, in dem auch der Deutsche Städtetag mitarbeitet, hatte im vergangenen Jahr Empfehlungen erarbeitet. Erste

Erfolge im Wohnungsbau sind spürbar: Viele Städte betreiben ein aktives Flächenmanagement, regeln den Anteil von preislimitiertem Wohnungsbau oder die an Bedingungen geknüpfte Baulandvergabe.

Baugenehmigungen

Auch die Baugenehmigungen steigen deutlich. 2016 wurde in Deutschland bis zum dritten Quartal der Bau von 276.300 Wohnungen genehmigt. Das waren 24 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Außerdem werden mehr neue Wohnungen fertiggestellt. Im vergangenen Jahr wurden in den sieben größten deutschen Städten doppelt so viele Wohnungen gebaut wie zehn Jahre zuvor. Insgesamt waren es bundesweit 2015 allerdings unter 250.000 Wohnungen. Nötig wären nach übereinstimmender Einschätzung von Experten mindestens 350.000 bis 400.000 Wohnungen pro Jahr.

Investitionszulage

Nach Auffassung des Deutschen Städtetages sind vor allem folgende Instrumente für mehr Wohnungsbau nötig: Der Bund sollte eine Investitionszulage für den Bau preisgünstiger Mietwohnungen auflagen, zudem sollte Wohneigentum durch Bund und Länder mit einem Zuschuss zum Eigenkapital für Bauwillige oder einem Baukindergeld oder der Kombination aus beidem gefördert werden.

dert werden, differenziert nach Zielgruppen (z.B. junge Familien), Standorten (z.B. Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt) und Objekten (z.B. im Hinblick auf Flächeneffizienz und bauliche Nachhaltigkeit). Außerdem sollte der Gesetzgeber prüfen, wie eine Kreditklemme für benachteiligte Kreditnehmer vermieden werden kann, weil Familien mit Kindern und Menschen über 60 Jahre nach der Umsetzung der EU-Richtlinie über Wohnimmobilienkredite nur noch erschwert Darlehen bekommen.

Verbilligte Darlehen

Der Bund sollte ferner die Möglichkeit prüfen, einen Fonds für Wohnbauland aufzulegen. Ein solcher Fonds könnte den Kommunen durch verbilligte Darlehen ermöglichen, Bauland zu erwerben und unter bestimmten Bedingungen an Bauwillige zu vergeben. Dies könnte das Angebot an Bauland verbreitern und zu einer zügigeren und günstigeren Bebauung mit Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen führen, weil keine Zwischenerwerber zum Zuge kommen.

Darüber hinaus sollte laut Deutschem Städtetag kommunales Flächenmanagement weiter verstärkt werden. Kommunale Standards zu Stellplatzpflichten sowie Energieeffizienzstandards, die über die Energieeinsparverordnung hinausgehen, gelte es zu überprüfen. Die verbilligte Abgabe von bundeseigenen Grundstücken an Kommunen für sozialen Wohnungsbau müsse praktikabler gestaltet und auch für eine zweckgebundene Weiterveräußerung an private Investoren geöffnet werden. **DK**

Bayerischer Gemeindetag:

Kritische Stimmen

Skeptisch gegenüber der neuen Gebietskategorie „Urbane Gebiete“ sowie die mögliche Einführung von Kinderfeuerwehren zeigt sich der Bayerische Gemeindetag.

Nach den Worten von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „mag die neue Gebietskategorie vielleicht helfen, insbesondere in innerstädtischen Lagen von Großstädten eine stärkere Verdichtung und Nutzungsmischung zu ermöglichen. Vielleicht wird dadurch auch mehr Wohnraum in der Innenstadt geschaffen. Aber für Gemeinden und kleinere Städte im ländlichen Raum bringt sie nichts, weil ihre allgemeine Zwecksetzung einen kernurbanen Charakter aufweist.“

Vernachlässigung des ländlichen Raums

Dagegen benötigten der Stadt-Umlandbereich und der ländliche Raum Lösungen, die eine Schließung von Baulücken zulassen, die den Konflikt zwischen heranrückender Wohnbebauung an die Landwirtschaft und das Gewerbe lösen und das Unterschreiten des notwendigen Mischungsverhältnisses von Wohnen und Gewerbe im Mischgebiet ermöglichen.

Dass die Bundesregierung in erster Linie die Großstädte als Ziel der Erleichterungen für den Wohnungsbau im Blick hat, den ländlichen Raum aber eher vernachlässigt, sei bedauerlich: „Bei allem Verständnis für die angespannte Wohnsituation in den Großstädten – aber auch auf dem Land leben Menschen. Das Baurecht muss auch deren Belange im Blick haben und

geeignete Lösungen anbieten.“

Ausdrücklich begrüßt wird dagegen der geplante Paragraph 135 Baugesetzbuch, der in Zukunft die Aufstellung von Bebauungsplänen für Wohngebiete am Ortsrand erleichtern soll.

Stichwort Kinderfeuerwehren:

Der Freistaat plant, Kinderfeuerwehren auch in den Freiwilligen Feuerwehren, also in den öffentlichen Einrichtungen, zu ermöglichen. Hintergrund ist der Wunsch, die Personalstärke der Freiwilligen Feuerwehren, die fast ausschließlich aus ehrenamtlich tätigen Männern und Frauen bestehen, langfristig zu sichern. „Werden die Kinder nicht nach

Fachkräftesicherung in der Verwaltung

„Mit Sicherheit spannend“ – Innovative Stellenbörse für Landratsämter geht online

„Die demographische Entwicklung stellt die Personalgewinnung an den Landratsämtern vor neue Herausforderungen. Mit einer neuen Internetstellenbörse setzen die Landkreise ein in der öffentlichen Verwaltung in Bayern bislang einmaliges Zeichen, um den Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich zu bestehen.“ So warb der Landkreistagspräsident und Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter auf der Landkreisversammlung in Bad Kissingen für das neue Stellenportal der Landratsämter in Bayern.

Die Stellenbörse unter dem Motto „Mit Sicherheit spannend“ wurde auf Initiative des Bayerischen Innovationsrings beim Bayerischen Landkreistag entwickelt und jüngst online gestellt. Sie bietet einen bayernweiten Überblick über die von den Landratsämtern aktuell ausgeschriebenen Stellen. Bereits am ersten Tag konnte auf 50 Stellenangebote vom Verwaltungsangestellten und Informatiker über Straßenwärter bis zum Sozialpädagogen zugegriffen werden.

Der Tölzer Landrat Josef Niedermaier und Leiter des Bayerischen Innovationsrings stellte das

Internetportal wie folgt vor: „Die Landkreise präsentieren sich auf der Stellenbörse als attraktive und moderne Arbeitgeber. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen, sich unter www.mit-sicherheit-spannend.de und www.mit-sicherheit-spannend.bayern über die überraschend vielfältigen wie spannenden Aufgaben eines Landratsamts zu informieren.“

Filtermöglichkeiten

Zahlreiche Such- und Filtermöglichkeiten unterstützen das Auffinden der passenden Stellen (z. B. Orts- und Umkreissuche,

einiger Zeit die Lust am Feuerwehrwesen verlieren, wenn sie erst ab 18 Jahren aktiven Feuerwehrdienst leisten dürfen?“, fragte sich Präsident Brandl. „Wieviel Personal werden die Gemeinden und Städte vorhalten müssen, um eine attraktive Kinderbetreuung bei der Feuerwehr sicherzustellen?“ Und: „Müssen Feuerwehrgerätehäuser kindgerecht umgebaut werden?“ Der Bayerische Gemeindetag hat grundsätzlich Verständnis für diesen Ansatz, zweifelt aber, ob dies durch sogenannte Kinderfeuerwehren erreicht werden kann. **DK**

Suche nach Tätigkeitsgebieten oder nach Voll- und Teilzeistellen). Neben einer reinen „Textsuche“ werden alle Stellenausschreibungen auf einer interaktiven Landkarte angezeigt, die über dieselben Such- und Filtermöglichkeiten verfügt. Interessenten können sich zudem automatisch benachrichtigen lassen, wenn eine neue Stelle veröffentlicht wird, die den zuvor hinterlegten Such- und Filterkriterien entspricht. Die Vielfalt an Aufgaben und Beschäftigungsmöglichkeiten im Landratsamt wird durch Fotomotive veranschaulicht. Für die Fotomotive konnte mit Peter Oppefelder einer der 200 weltweit besten Werbefotografen gewonnen werden.

Landrat Armin Kroder, Nürnberger Land, zugleich Leiter der Projektgruppe „Personal und Führung“ im Innovationsring, unterstrich die Notwendigkeit, über

GZ

Kolumne
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

der Haushaltsansatz für die Eingliederungshilfe übersteigt beim Bezirk Oberbayern 2017 erstmals die Rekord-Marke von einer Milliarde Euro. Das ist die gute, aber zugleich auch die schlechte Nachricht für diesen Haushalt. Gut, weil damit in Euro und Cent sichtbar wird, wie umfassend das Hilfesystem für Menschen mit Behinderungen in Oberbayern ausgebaut ist. Schlecht aber deshalb, weil

wir daran ablesen können, wie viele Menschen dieser Hilfen bedürfen. Und auch deshalb beunruhigend, weil die Kosten für Soziales jährlich steigen - und zwar so stark, dass sie auch in konjunkturstarken Zeiten den Zuwachs an Steueraufkom-

Wenig Spielraum im Kommunalhaushalt

men komplett aufzehren. Für 2017 beispielsweise erwarten wir im Bereich Soziales und Jugend eine Erhöhung um 70 Millionen Euro. Deshalb müssen wir versuchen, die Entwicklungen im Sozialbereich so zu steuern, dass wir auch bei moderateren Steuerzuwächsen noch handlungsfähig sind. Das ist eine Aufgabe, die wir im Bezirkstag 2017 wieder mit Bedacht ins Auge fassen müssen.

Aber beginnen wir mit der Ausgangslage, damit, wie sich das Gesamtbild im Bezirk Oberbayern darstellt: Die Umlagekraft für 2017, die sich vom Steueraufkommen 2015 ableitet, steigt wieder um komfortable 6,3 Prozent an und hat mit 6,8 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Doch obwohl wir im Bereich der Eingliederungshilfe erstmals über eine Milliarde Euro ausgeben und auch bei der Hilfe zur Pflege die Kosten auf nun 172 Millionen klettern, haben diese Zahlen unsere Haushaltsdebatten kaum beschäftigt.

Nein, geprägt war die diesjährige Haushaltsaufstellung eindeutig von einer Thematik, die inhaltlich nichts mit den Bezirksaufgaben zu tun hat und von uns auch nicht gesteuert werden kann: Alles drehte sich um die Kosten für junge erwachsene Ausländer, die Jugendhilfeleistungen erhalten. Angesichts der hohen zu erwartenden Kosten



für die über 18-jährigen Flüchtlinge war es ein Gebot der Stunde, im Sommer den Landräten und Oberbürgermeistern frühzeitig mitzuteilen, dass wir die Umlage um 2,0 Prozentpunkte würden erhöhen müssen, wenn der Freistaat seiner Verantwortung nicht gerecht wird und diese Kosten wenigstens zum Teil übernimmt. Der Bezirk Oberbayern ist von der Flüchtlingsproblematik aus verschiedenen Gründen mit Abstand am Stärksten betroffen, aber auch andere bayerische Bezirke leiden unter der finanziellen Belastung.

In einer großartigen Solidaritätsaktion, die vom Bayerischen Bezirkstag über mehrere andere bayerische Bezirke bis zu vielen kleineren Gemeinden in ganz Bayern reichte, kam es zum Schulterschluss der kommunalen Familie. Diesem geballten Nachdruck konnte sich auch die Bayerische Staatsregierung nicht mehr entziehen. Mein herzlicher Dank gilt allen Landräten und Bürgermeistern, den Kreistagen und Gemeinderäten, die sich hier in den Dienst der Sache gestellt haben! Wir konnten gemeinsam durch unseren beharrlichen Einsatz staatliche Mittel heraushandeln, die zwischenzeitlich bereits in weite Ferne gerückt schienen. Mit dem in den Verhandlungen erzielten Kompromiss bin ich zufrieden, aber nicht glücklich.

Trotz der staatlichen Unterstützung geht es nun darum, die Tagessätze in der Jugendhilfe zu senken und die Übernahmequoten zu verringern – sonst kommen wir mit den ausgehandelten 40 Euro Beteiligung am Tagessatz pro jungem erwachsenem Flüchtling für ein Jahr nicht weit. Und auch da sind wir in der Umsetzung wieder auf unsere Umlagezahler angewiesen! Nur dann werden wir in Oberbayern ohne Defizit aus dem Haushaltsjahr 2017 herauskommen, obwohl wir mit 93 Millionen Euro Entnahmen einen weiteren tiefen Griff in die Rücklagen machen. Diese Rücklagen, die wir eigentlich zum Abpuffern der Bezirksumlage bei Konjunkturschwankungen angelegt hatten, sind nun abgeschmolzen, aber die Bezirksumlagenhöhe von 19,5 konnte gehalten werden.

Ich wünsche Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

Ihr Josef Mederer

Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Zehn Jahre Einsatz für serviceorientierte Verwaltung

Die Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. feiert Jubiläum

Kommunen, die im Standortwettbewerb bestehen wollen, müssen heute mehr bieten als eine exzellente Anbindung oder Lage. Standortfaktoren wie eine Verwaltung, die den Belangen der Wirtschaft entspricht, werden immer wichtiger. Die Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. (GMKEV) setzt sich für die Förderung serviceorientierter und transparenter Verwaltungsabläufe ein und vergibt das RAL Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung an nachweislich unternehmensfreundliche Städte und Kreise. In diesem Jahr feiert sie zehnjähriges Jubiläum.

Ein verlässlicher Partner für Unternehmen sein – so lautete das erklärte Ziel der acht Städte und Kreise, die sich 2006 zur Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen zusammenschlossen. Mittlerweile umfasst die GMKEV 41 Mitglieds-kommunen, die sich in 14 Serviceversprechen beispielsweise zur Bearbeitung von Bauanträgen innerhalb von 40 Werktagen oder zur Bezahlung von Auftragsrechnungen innerhalb von 14 Werktagen verpflichten und Unternehmensgründern einen Ansprechpartner zur Seite stellen. Die Einhaltung der Serviceversprechen wird regel-

moderne Wege Personal für die Verwaltung zu gewinnen: „Nach Hochrechnungen werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren pro Landratsamt 100 bis 150 Mitarbeiter/innen in den Ruhestand gehen. Die Landratsämter gehören zu den interessantesten Behörden der Welt, gleichzeitig aber auch zu den Unbekanntesten. Das wollen wir ändern.“ □

mäßig durch den TÜV Nord CERT überprüft. Sie sind deshalb zuverlässig und die Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen kalkulierbar.

Serviceversprechen

Aber nicht nur die Wirtschaft profitiert von den Serviceversprechen. „Städte und Kreise, die durch eine besondere Serviceorientierung hervorstechen, können im Wettbewerb um Investoren punkten“, berichtet Jürgen Großmann, Vorsitzender der GMKEV und Oberbürgermeister von Nagold. „Für die Verwaltung selbst bringt das RAL Gütezeichen ebenfalls Vorteile. Die mit ihm verbundenen Dokumentationspflichten führen intern oftmals zu transparenteren und damit effizienteren Abläufen.“ Zehn Jahre nach der Gründung steht damit auch das Ziel fest: „Wir möchten die Zahl der GMKEV-Mitglieder deutschlandweit steigern und noch mehr Kommunen und Unternehmen unterstützen, ihre Wirtschaftsfreundlichkeit mit dem RAL Gütezeichen zu dokumentieren.“ □

Neue Finanzierungsquellen für Kommunen

Von Silke Wolf, Geschäftsführerin Bayerischer Bankenverband

Die Finanzverwaltungen der Kommunen in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Einerseits wachsen die Einnahmen, insbesondere aufgrund gestiegener Gewerbesteuererinnahmen, in 2015 auf 230 Mrd. Euro. Nach der Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes bedeutet dies einen Zuwachs von 55% in den vergangenen 15 Jahren. Um den gleichen Prozentsatz sind allerdings auch die Ausgaben gestiegen: zuletzt auf 227,6 Mrd. Euro in 2015. In den kommenden Jahren ist keine wesentliche Entlastung auf der Ausgabenseite zu erwarten. Insbesondere wird mit weiter steigenden Sozialausgaben gerechnet. Außerdem wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Energiewende zusätzlicher Investitionsbedarf in Energieinfrastrukturen und Energieeffizienzmaßnahmen (insbesondere Sanierung öffentlicher Gebäude) entstehen. Die Flüchtlingsunterbringung und ihre Integration werden die Kommunen ebenfalls weiter finanziell fordern.

Deutschlands Kommunen stecken in einem strukturellen Dilemma: Auf das Gros ihrer Einnahmen und Ausgaben haben sie keinen Einfluss. Insbesondere die von Bund und Ländern aufgebürdeten Sozialausgaben sprengen oft die kommunalen Haushalte. Rund 140 Mrd. Euro Schulden summieren sich so in 2014 in den Haushalten von Deutschlands Städten und Gemeinden, mit steigender Tendenz.

Kassenkredite

Wie unzureichend die Finanzausstattung der Kommunen ist, zeigt auch der deutliche Anstieg der sogenannten Kassenkredite, ursprünglich gedacht als eine Art Dispo bei schwankenden Einnahmen. Dieser Zielsetzung entsprechend betrug der kommunale Kassenkreditbestand in Deutschland 1992 auch lediglich 1,4 Mrd. Euro, in 2015 waren es bereits rund 51 Mrd. Euro.

Da dieser Überziehungskredit anders als die sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten von keiner Aufsichtsbehörde genehmigt werden muss und damit keiner Begrenzung unterliegt, ist er heute fester Bestandteil der Finanzierung laufender Ausgaben. Dies ist nicht ohne Risiko. Kassenkredite haben in der Regel nur eine kurze Laufzeit. Entsprechend hoch ist das Zinsänderungsrisiko. Dieses Risiko schlägt unmittelbar zu Buche, wenn variable Zinsen vereinbart wurden und das derzeit niedrige Zinsniveau wieder ansteigen sollte. Um den Kreditbestand nicht zum Sprengsatz für kommunale Haushalte werden zu lassen, sollte die Zinsbelastung, wo

langfristige Verschuldungsquote, die Refinanzierung langfristiger Kredite bei den Banken verteuern und deren Angebot verknappen. Darüber hinaus wird diskutiert, Staatsanleihen mit Eigenkapital zu unterlegen.



Silke Wolf.

Für die Kommunen kommt diese Entwicklung zum Glück nicht überraschend. Eine bereits im vergangenen Herbst auf der Hauptversammlung des Städtetags durchgeführte Umfrage zeigt, dass Basel III längst ein Thema ist. So rechnen drei von vier befragten kommunalen Finanzexperten damit, dass sich

Integration und Innere...

(Fortsetzung von Seite 1) lässt“, erklärte Schäfer. Vor Ort werde der Integrationsprozess nur gelingen, wenn den Städten und Gemeinden die dazu notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müsse eine Anschlussregelung ab dem Jahr 2018 gefunden werden.

Der DStGB warnt die Politik davor, mit Blick auf die zurückgehenden Flüchtlingszahlen zur Tagesordnung überzugehen. Da niemand die weiteren Zuzugszahlen vorhersehen kann, bleibe die Bundesregierung aufgerufen, gemeinsam mit der Europäischen Union für eine weitere Begrenzung des Zuzuges zu sorgen. Dazu zählten die wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, eine solidarische Verteilung der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union und die Aufrechterhaltung der Grenzkontrollen.

Viele Abschiebungen

Zwar ist, so der DStGB, die Zahl der Abschiebungen und Rückführungen aus Deutschland gestiegen. Gleichwohl sollen rund 220.000 Ausreisepflichtige in Deutschland leben, die Zahl kann bis Ende 2017 auf über 450.000 steigen. Die Abschiebungspraxis müsse dringend verbessert werden. Notwendig seien ein gemeinsames Rückführungsmanagement in der Verantwortung von Bund und Ländern insbesondere zur Identitätsfeststellung, mehr finanzielle Anreize für eine freiwillige Rückkehr sowie Abkommen mit den Herkunftsländern, damit diese die eigenen Bürger wieder aufnehmen.

Mit Blick auf die Innere Sicherheit verwies der Präsident darauf, dass Hasskriminalität und Straftaten, die sich gegen politische Einstellungen, Nationalitäten, Hautfarben oder Religionen richten, angestiegen seien; insbesondere Wohnungs- und Geschäftseinbrüche hätten dramatisch zugenommen. Statistisch gesehen gebe es alle 3,1 Minuten einen Einbruch oder Einbruchversuch in Deutschland. Dagegen sei die Aufklärungsquote laut Polizeiangaben in den vergangenen zehn

Jahren von 19,6 auf 15,2 Prozent gesunken.

Sicherheit sei Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemeinden und zugleich wichtiger Standortfaktor. „Bund und Länder haben inzwischen unsere Vorschläge aufgegriffen und Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit eingeleitet. Dies betrifft den Ausbau der Personalkapazitäten bei der Polizei und Justiz, Präventionsstrategien gegen Radikalisierungen sowie den Kampf gegen die Internet- und Computerkriminalität. Das reicht aber nicht aus“, stellte Schäfer fest.

Datenschutz abbauen

Die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen sowie im ÖPNV muss seiner Meinung nach ausgebaut werden. Die gesetzlichen Regelungen in den Ländern ließen dies derzeit freilich nur sehr einschränkend zu. Aus Sicht des DStGB sind datenschutzrechtliche Hürden auf Bundes- und Landesebene dringend abzubauen.

Es gelte, ausreichend Ermittler zur Bekämpfung der Wohnungs- und Geschäftseinbrüche einzusetzen. Durch eine Verschärfung des Strafrahmens für Wohnungseinbrüche und eine Änderung der Strafprozessordnung müsse die Justiz die entsprechenden Handlungs- und Eingriffsbefugnisse erhalten. Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität müssten die Sicherheitsbehörden der Länder stärker kooperieren und die Telekommunikationsüberwachung sowie die Verkehrsdatenüberwachung ermöglichen. Der Informationsaustausch sei grenzüberschreitend zwischen den Behörden aller Ebenen – EU, Bund, Länder, Kommunen – zu verbessern. Die zwischen Deutschland, den Niederlanden und Belgien unterzeichnete „Aachener Erklärung“ zur besseren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Eigentums-kriminalität sei ein richtiger Schritt.

Gewaltaufreife, Beleidigungen und Drohungen gegenüber Mandats- und Amtsträgern, aber auch

Basel III auch in ihrer Arbeit bemerkbar machen wird. 61 Prozent erwarten schlechtere Konditionen bei den Kommunaldarlehen als bisher.

Diversifizierung

Angesichts der künftig zu erwartenden geänderten Kreditvergabepraxis der Banken scheint eine Erweiterung der Kreditgeber über den Kapitalmarkt geboten. Zudem zeichnet sich ein gutes kommunales Finanzierungsmanagement – wo möglich – durch eine Diversifizierung der Finanzierungsarten aus. Häufigste Alternativen zum Kommunalkredit sind das Schulscheindarlehen und die Anleihe. Galten diese lange als zu teuer, werden sie in Zukunft aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der Kreditkosten für die Kommunen voraussichtlich an Attraktivität gewinnen.

Schulscheindarlehen

Das Schulscheindarlehen ist wie eine Anleihe eine Form der langfristigen, großvolumigen Fremdfinanzierung, bei der jedoch nicht der organisierte Kapitalmarkt in Anspruch genommen wird. Vielmehr handelt es sich um bilaterale und nicht börsennotierte Darlehensverträge, die direkt an institutionelle Investoren verkauft werden. Investoren sind vor allem deutsche und europäische Banken, Versicherungen und Pensionskassen. Die Investoren werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit direkt von der Kommune angespro-

gen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen haben laut DStGB ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Ein wehrhafter Rechtsstaat müsse ein deutliches Zeichen setzen. Der Kommunalverband plädiert seit langem für einen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Hasskriminalität. Dieser müsse endlich umgesetzt werden, forderte Schäfer. So sei der geltende Stalking-Paragraf § 238 Strafgesetzbuch um den neuen Straftatbestand des „Politiker-Stalkings“ zu ergänzen.

Die Verschärfung des Strafrechts nütze wenig, wenn die Täter nicht ermittelt und Staatsanwaltschaften und Justiz diese nicht konsequent verfolgen und aburteilen können. Auch die sozialen Netzwerkbetreiber sollten – etwa durch eine Änderung des Telemediengesetzes – dazu verpflichtet werden, die Daten straffälliger Personen bei Ermittlungsverfahren an die Polizei und die Justiz weiterzugeben. Absprachen, dass auf freiwilliger Basis Einträge dieser Inhalte gelöscht werden, reichten nicht aus.

Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft müssten gezielter bekämpft werden, fuhr Schäfer fort. Notwendig sei der Aufbau von lokalen Präventionszentren, in denen gemeinsam mit den Kommunen mögliche Radikalisierungstendenzen analysiert, Gegenstrategien entwickelt und in einem bundesweiten Netzwerk zusammengearbeitet wird. Auch müsse hier der notwendige Informationsfluss der Behörden untereinander sichergestellt werden.

Angesichts zunehmender Cyber- und Hackerangriffe schlägt der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor, die bereits beschlossene zentrale Stelle im Sicherheitsbereich zur Entschlüsselung der Internetkommunikation schnell aufzubauen. Die Internet- und Computerkriminalität müsse durch besser geschulte Fachkräfte bekämpft werden. Zudem gelte es, die bereits bestehenden Aktivitäten in den Landeskriminalämtern und im Bundeskriminalamt miteinander zu vernetzen und schließlich zusammenzuführen. **DK**

chen. Häufig werden auch Vermittler, ein Makler oder eine Bank, zwischengeschaltet. Das Bestehen des Darlehens wird durch einen Schulschein bestätigt. Schulscheindarlehen umfassen typischerweise ein Volumen zwischen 10 und 100 Mio. Euro mit einer Laufzeit von 2 bis 10 Jahren. Die Tilgung des endfälligen Darlehens sowie Zinssatz, Auszahlungsbetrag und Laufzeit können flexibel entsprechend den Anforderungen des Darlehensnehmers und

der Investoren gestaltet werden.

Die Investoren erwarten im Gegenzug von der Kommune Transparenz und die Offenlegung des Emittentenprofils, der Jahresabschlüsse sowie möglichst eine halbjährige Berichterstattung. Ein externes Rating ist nicht erforderlich, aber hilfreich. Aufgrund deutlich geringerer Kosten als bei einer Anleihe und des geringeren Mindestvolumens eignen sich Schulscheindarlehen auch für kleinere Kommunen. **□**

Studie zur...

(Fortsetzung von Seite 1)

weils beginnenden Kursmodulen. Die Interessierten werden von der Antragstellung bis hin zum Einstieg in einen Integrationskurs beraten. Darüber hinaus koordiniert die VHS auch die zugelassenen Träger, verwaltet die Wartelisten für alle Kurse und sorgt für eine planbare Durchführung der Kurse bei den einzelnen Trägern.

Neben den Integrationskursen des BAMF bietet die VHS Landkreis Hof auch ehrenamtlich geleitete Deutschkurse, Deutschförderung für Schulkinder und Sprachkurse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Außerdem übernimmt sie den Unterricht zur Sprachvermittlung an dem Berufsschulzentrum Hof für das BerufsinTEGRATIONSJahr.

Gesamtkoordination

Der Landkreis Hof geht hier einen eigenständigen Weg in der Beauftragung der VHS mit der Gesamtkoordination für die Sprachförderung von Asylsuchenden im Landkreis. Bär zufolge zeigen die Erfahrungen, dass dies ein erfolgsversprechender Ansatz ist, der zum einen die Verwaltung des Landkreises entlastet, zum anderen aber die vorhandenen Strukturen und die Expertise der VHS nutzt. „Die VHS Landkreis Hof ist die größte VHS im ländlichen Raum in Bayern und hat sich seit 25 Jahren auf den Bereich Integration spezialisiert – diese Erfahrung ist sicher einer der Erfolgsfaktoren für diesen Weg.“

Neben den vorbereitenden Kursen an Berufsschulen ist auch die Eingliederung der Flüchtlinge in deren Regelunterricht eine Aufgabe, der sich die Landkreise stellen. Denn ebenso wie an Grund- und weiterführenden Schulen bedarf es hier einer besonderen Anstrengung. Der Landkreis Hof hat hierfür eine Berufsintegrationsklasse eingeführt:

Berufsintegrationsklassen stellen ein zweijähriges Vollzeitangebot dar und sind in Bayern flächendeckend eingeführt. Sie sollen den Schülern Grundlagen für ein selbstständiges, wirtschaftlich unabhängiges Leben vermitteln und die Integration in die Gesellschaft erleichtern. Da eine Grundvoraussetzung hierfür die berufliche Etablierung am Arbeitsmarkt ist, soll der Besuch der Berufsintegrationsklassen den erfolgreichen Verlauf einer Berufsausbildung bzw. den erfolgreichen Besuch weiterführender Schulen ermöglichen.

Unabhängig von der vorliegenden Klassenform wird der Unterricht unter organisatorischer Leitung der jeweiligen Beruflichen Schule sowohl von den Lehrkräften der Schule als auch von Lehrkräften eines Kooperationspartners durchgeführt. Eine sozialpädagogische Betreuung der Schüler durch Fachkräfte ist in jeder Klassenform vorgesehen.

Auch wenn die Umsetzung der Wohnsitzauflage wegen der positiven Effekte für die Integration notwendig ist, stellt sie Landkreise doch vor eine große Herausforderung, denn in vielen Landkreisen ist nicht genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Zwar stehen bundesweit bei einem der-

zeitigen Bestand von 40, 5 Mio. Wohnungen ca. 1,7 Mio. Wohnungen leer, die Bautätigkeit ist aber nichtsdestotrotz seit mehreren Jahren aus unterschiedlichen Gründen auch unabhängig von der Zuwanderung durch Flüchtlinge hinter dem Bedarf an Wohnungen zurückgeblieben. In manchen Landkreisen ist der verfügbare Wohnraum tatsächlich so knapp, dass die anerkannten Schutzberechtigten zur Vermeidung von Obdachlosigkeit auch nach ihrer Anerkennung weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen.

Im Landkreis Hof haben die Bürger nun die Möglichkeit, über eine App verfügbaren Wohnraum an den Landkreis zu melden. Über die Web App können Bürger auch Unterkünfte für Asylbewerber bieten. Zur Unterbringung von Asylbewerbern mietet das Landratsamt Hof für den Freistaat Bayern Wohnraum. In Betracht kommen sowohl leerstehende Pensionen und Gasthöfe, aber auch Mehrfamilienhäuser und einzelne Wohnungen. Wichtig ist, dass die Unterkünfte über eine gute infrastrukturelle Anbindung verfügen, da die Asylbewerber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Alle wichtigen Parameter werden über das Eingabeformular der Web App abgefragt und als Vorschlag zur Prüfung zu einem Mitarbeiter des Landratsamtes Hof im Fachbereich Bauwesen gesendet. So ist eine schnelle und direkte Kommunikation gewährleistet.

Kommunikationswege

Für die Weitergabe von Informationen an die ehrenamtlichen Helfer sind einige Portale auf den Internetseiten der Landkreise eingerichtet worden. Darüber hinaus wurden mittlerweile aber auch soziale Netzwerke entwickelt, die ähnlich wie Facebook oder vergleichbare Portale strukturiert sind und damit aktuelle Kommunikationswege abbilden. Ein weiteres digitales Kommunikationswerkzeug, das in den Landkreisen genutzt wird, sind Apps. Der Landkreis Hof hat eine Web App entwickelt, über die Informationen rund um das Thema „Flüchtlinge“ allgemein verständlich weitergegeben werden können.

Auch die Ehrenamtlichen im Landkreis werden so unterstützt: Sie kommen leicht an benötigte Informationen zu Sprachkursen und weiteren Maßnahmen und können diese Informationen gezielt an die Flüchtlinge weitergeben. Die App bietet Antworten auf die meistgestellten Fragen, die durch eine Suche schnell kategorisiert werden können.

Zudem werden die Ehrenamtlichen entlastet, weil sich die App mit relevanten Informationen auch direkt an Flüchtlinge richtet. So können relevante Stellen wie Rathäuser oder Ärzte direkt in der App gesucht und durch eine detaillierte Wegbeschreibung erreicht werden.

Wie Landrat Bär betonte, sei das Bedürfnis nach Information bei Bürgern, ehrenamtlichen Helfern und Flüchtlingen groß. „Wir stillen dieses allgemeine Bedürfnis und geben ein Beispiel für moderne Flüchtlingshilfe. Landkreis Hof – wir sind Heimat.“ **DK**

Schlachthöfe beim Tierschutz in der Pflicht

Die Bayerische Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf fordert von den Schlachthofbetreibern in Bayern, die gesetzlichen Vorgaben beim Tierschutz konsequent einzuhalten.

Die Ministerin hatte die Regierungen beauftragt, diejenigen Betriebe nachzukontrollieren, in denen bei vergangenen Kontrollen gravierende Mängel im Bereich Tierschutz festgestellt wurden.

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse zeigen nach einer Bewertung durch die zuständigen Behörden vor Ort im Ergebnis geringgradige bis mittelgradige Gesamtmängel und damit insgesamt eine Verbesserung der Tierschutzsituation. Allerdings wurden auch vereinzelt erneut gravierende Mängel festgestellt: von Managementfehlern im Umgang mit den Tieren bis hin zu Betäubungsfehlern in einem Betrieb. „Verstöße gegen den Tierschutz sind nicht hinnehmbar. Tierschutzdefizite müssen dauerhaft abgestellt werden“, so Scharf. **□**

Sparkassenverband Bayern:

Mit Maß und Ziel

Klar positioniert hat sich der Sparkassenverband Bayern einmal mehr zu den Themen Bankenregulierung, Wohnimmobilienkreditrichtlinie sowie europäische Eigenkapital- und Liquiditätsregeln. Mit Blick auf die Forderung des Bundesrates nach einer konsequenten Anwendung des Proportionalitätssprinzips in der Bankenregulierung stellte SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer fest: „Die Regulierung muss Maß und Ziel behalten: Regionalbanken wie die Sparkassen fahren geringere Risiken als Großbanken, weil Kredite an Mittelständler aus der eigenen Region infolge der genauen Marktkenntnis weniger ausfallgefährdet sind als große Engagements in risikoreichen Modellen. Das muss sich auch weiterhin in einer vergleichsweise niedrigen Eigenkapitalunterlegung beim Kreditgeber niederschlagen.“

Der Basler Ausschuss für die Bankenaufsicht überarbeitet derzeit seine international verbindlichen Regeln der Risikovorsorge für Kredite und hat angekündigt, sie noch im Jahr 2016 fertigzustellen. „Eine generelle Verschärfung darf aber nicht dazu führen, dass die Kreditvergabe an den Mittelstand vor Ort erschwert wird“, betonte Netzer. „Das Reformpaket muss so geschnürt werden, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht mittelbar zu Leidtragenden werden. Die Regeln müssen deshalb Erleichterungen vorsehen, die sich aus Institutsgröße, Komplexität und Risikogehalt der Geschäfte ableiten.“

Stichwort Wohnimmobilienkreditrichtlinie: Die Finanzminister aus Baden-Württemberg und Hessen sowie Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback haben in einem Brief an Bundesjustizminister Heiko Maas gefor-

dert, dass die Nachbesserungen bei der deutschen Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie „nicht auf halber Strecke enden dürfen“. Netzer begrüßt die Klarstellung der drei Landesminister: „Die Bundesratsinitiative der drei Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen muss in vollem Umfang umgesetzt werden. Mit dem deutschen Umsetzungsgesetz wurde weit über das Ziel hinaus geschossen. Jetzt werden nicht Verbraucher vor Überschuldung und Banken vor faulen Krediten geschützt, sondern häufig solide Kreditwünsche nicht erfüllt. Dieser unbefriedigende Zustand muss ganz abgestellt werden.“

Die Bundesratsinitiative der drei Länder greift, so der Sparkassenverband Bayern, folgende Kritikpunkte auf: Unbestimmte Rechtsbegriffe wie z.B. „Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung“ müssen konkretisiert werden, so dass weder für die Kunden noch

für die Finanzinstitute Risiken durch eine spätere Interpretation der Gerichte entstehen. Die mögliche Wertsteigerung einer Immobilie soll bei der Kreditwürdigkeitsprüfung mitberücksichtigt werden dürfen – z.B. bei einem altersgerechten Umbau. Eine Anschlussfinanzierung darf nicht an einer erneuten Kreditwürdigkeitsprüfung auf Grundlage der neuen Regeln scheitern. Und schließlich sollen auch Immobilienverzehrkredite ermöglicht werden.

Keine Lösung des Problems

Die Initiative der drei Bundesländer gehe daher über das hinaus, was Bundesjustizminister Maas in verschiedenen Interviews angekündigt hat. Auch wenn ein Vorschlag für ein mögliches Änderungsgesetz noch fehlt, wolle Maas bisher lediglich Punkt 2 (mögliche Wertsteigerung einer Immobilie darf bei Kreditwürdigkeitsprüfung berücksichtigt werden) und Punkt 4 (Immobilienverzehrkredite ermöglichen) umsetzen. Von den anderen Punkten sei bisher nicht die Rede. Netzer zufolge hat die Bundesratsinitiative die wichtigsten Änderungspunkte klar und deutlich aufgeführt. Jetzt davon nur einen kleinen Teil umzusetzen, wäre keine Lösung des Problems.

Nicht ausreichend sind nach

Netzers Auffassung auch die von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge für eine Überarbeitung der europäischen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln (CRR II / CRD IV), um kleinere Regionalbanken effektiv von überschüssenden Regulierungslasten zu befreien: „Die EU-Kommission reagiert endlich auf die Probleme, die kleinere Banken haben, wenn sie aufwändig die gleichen Aufsichtsregeln umsetzen sollen wie internationale Großbanken. Das Entgegenkommen bleibt jedoch im Ansatz stecken. Denn wie befürchtet sollen nur Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von weniger als 1,5 Milliarden Euro wirksam entlastet werden. Diese Grenze ist eindeutig zu niedrig. Von 69 bayerischen Sparkassen würde nicht einmal jede dritte Erleichterung erfahren. Es leiden aber alle Sparkassen als Regionalbanken gleichermaßen unter der überbordenden Fülle der Regulierungen. Die vorgeschlagene Schwelle reicht nicht aus.“

Kreditvergabe an KMU

Als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet der SVB-Präsident, dass die Privilegierung des Kreditgeschäfts mit mittelständischen Kunden beibehalten werde. Dies erlaube den Instituten, für Kredite gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen weniger Eigenkapital vorzuhalten. So könne eine Verteuerung der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen vermieden werden. Dass die Erleichterungen bei Offenlegungs- und Meldepflichten aber nur einen Teil der regional tätigen Institute betreffen sollen, sei nicht akzeptabel, unterstrich Netzer, bedeute doch für Sparkassen die Erfül-

GiroCheckout:

Die Bezahlösung für Kommunen

Durch das E-Government Gesetz sind Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nunmehr in der Lage, ihre Behördengänge auch elektronisch abzuwickeln. Mit dem Angebot mehrerer alternativer Bezahlmethoden signalisiert eine Kommune zugleich Kundenservice und Bürgerfreundlichkeit. GiroCheckout zählt zu den derzeit diskutierten Modellen, was das elektronische Bezahlen im Kommunalsektor betrifft.

GiroCheckout ist die zentrale Lösung der Sparkassen-Finanzgruppe für E-Government. Diese stellt Kommunen über ihren zentralen Dienstleister GiroSolution eine marktfähige Multi-Bezahlösung zur Verfügung. Sie ermöglicht neben der Abwicklung von Kreditkartenzahlungen und Lastschriftinzügen auch die Online-Überweisung GiroPay und das Online-Bezahlverfahren paydirekt.

Der giropay-Bezahl-Button ermöglicht „per Maus-Klick“ das einfache und absolut fehlerfreie Überweisen von digitalen Rechnungen oder Gebührenscheiden. Bürgerinnen und Bürger werden zum Online-Banking ihrer Bank oder Sparkasse wei-

lung der gleichen Mindestanforderungen wie sie auch für internationale Großbanken gelten, eine im Verhältnis ungleich größere Belastung. Netzers Rat: „Die Regulierung sollte hier zweigleisig fahren. Von den Erleichterungen würden nicht zuletzt die Menschen und die mittelständischen Unternehmen in den bayerischen Regionen profitieren, die auf die Leistungsfähigkeit ihrer Sparkassen zählen.“

DK

tergeleitet und können dort die vorausgefüllte Überweisung direkt ausführen.

Mit GiroCode beinhaltet das System – wie auch PayPal – zudem eine Funktion zum Scannen von QR-Codes per Smartphone oder Tablet. Die Banking-App übernimmt über die Scan-Funktion dabei sämtliche Daten der Überweisung. Für den Zahlungspflichtigen entfällt so das manuelle, fehleranfällige Übertragen und der kommunale Fachbereich kann Zahlungsseingänge problemlos zuordnen.

Durch die zentrale technische Integration in ePayBL steht den Kommunen GiroCheckout direkt zur Verfügung. Auch Rechenzentren wie die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) bieten das System ihren Kommunen zur Nutzung an.

Schließlich liegen die Vorteile von GiroCheckout auf der Hand: Gängige Online-Bezahlverfahren aus einer Hand, Angebot diverser Mehrwertlösungen, maximaler Sicherheitsstandard, einfache Integration in den Online-Shop, attraktive und faire Konditionen, übersichtliche Reportings und komfortable Bedienung sowie kompetenter Support.

DK

BayernLB setzt erfolgreiche Entwicklung 2016 fort:

Steigerung des Neunmonats-Ergebnisses auf 589 Mio. Euro

Der BayernLB-Konzern hat in den ersten neun Monaten 2016 ein starkes Vorsteuerergebnis von 589 Mio. Euro erreicht. Damit lag der Gewinn sogar über dem guten Niveau des Vorjahres (574 Mio. Euro). Auch beim Konzernergebnis nach Steuern konnte die Bank eine Steigerung verzeichnen, es erhöhte sich auf 455 Mio. Euro (Vj.: 426 Mio. Euro).

„Wir haben trotz Niedrigzinsen und weiter steigender regulatorischer Aufwendungen unser Ergebnis verbessert. Das zeigt einmal mehr die Stärke der BayernLB im Kundengeschäft“, so Vorstandsvorsitzender Johannes-Jörg Riegler. „Um den Erfolg unserer Bank auch in Zukunft zu sichern, werden wir stetig an unserer Effizienzkultur arbeiten und den Weg erfolgreicher strategischer Partnerschaften wie mit Berenberg und der Standard Chartered Bank fortsetzen.“

Der Zinsüberschuss ging vor allem wegen des weiterhin niedrigen Zinsniveaus auf 1.090 Mio. Euro zurück (Vj.: 1.223 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss stieg auf 181 Mio. Euro (Vj.: 167 Mio. Euro).

Hohe Qualität des Kreditportfolios

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft musste die Bayern LB nur den geringen Wert von -44 Mio. Euro ausweisen (Vj.: -32 Mio. Euro). Dies spiegelt die hohe Qualität des Kreditportfolios der BayernLB wider und ist zudem das Ergebnis erfolgreicher Restrukturierungen.

Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung erhöhte sich auf 75 Mio. Euro (Vj.: -65 Mio. Euro). Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 268 Mio. Euro (Vj.: 242 Mio. Euro). Darin enthalten sind 144 Mio. Euro aus dem Verkauf der Anteile an der Visa Europe Ltd. und 28 Mio. Euro aus dem Verkauf der Anteile an der Deutschen Factoring Bank.

Der Verwaltungsaufwand stieg leicht um 5,6 Prozent auf 889 Mio. Euro (Vj.: 842 Mio. Euro). Die Erhöhung geht vor allem auf

gestiegene Aufwendungen für die Erfüllung regulatorischer Anforderungen und die Erstkonsolidierung der Bayern Card-Services GmbH zurück. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belastete das Ergebnis mit insgesamt 85 Mio. Euro (Vj.: 147 Mio. Euro). Die Bankenabgabe hatte daran einen Anteil von 51 Mio. Euro, der Beitrag zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe betrug 35 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresresultum um 4,3 Prozent auf 225,0 Mrd. Euro. Das an Kunden ausgereichte Kreditvolumen konnte um 4,6 Prozent auf 183,5 Mrd. Euro gesteigert werden.

Solide Kapitalausstattung

Die Kapitalausstattung der Bank ist weiterhin solide. Die harte Kernkapitalquote (CET 1) lag zum 30. September 2016 bei 13,0 Prozent (31.12.2015: 15,1 Prozent). Der Rückgang resultiert vor allem aus der im April 2016 vorgenommenen Rückführung der stillen Einlage in Höhe von 1,3 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern. Fully loaded lag die Quote bei 11,6 Prozent (31. Dezember 2015: 12,0 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) der BayernLB hat sich auf 9,0 Prozent erhöht (Vj.: 7,9 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) lag mit 54,9 Prozent (Vj.: 52,7 Prozent) im Zielkorridor.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Corporates & Mittelstand betrug 182 Mio. Euro (Vj.: 232 Mio. Euro). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung der Risikovorsorge, die mit 23 Mio. Euro (Vj.: 59 Mio. Euro) zwar positiv zum Er-

gebnis beitrug, im Vorjahreszeitraum aber von deutlich höheren Eingängen auf abgeschriebene Forderungen geprägt war. Zins- und Provisionsüberschuss konnten mit insgesamt 310 Mio. Euro (Vj.: 320 Mio. Euro) trotz des niedrigen Zinsniveaus weitgehend stabil gehalten werden.

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Verbund konnte ein leichter Anstieg des Vorsteuerergebnisses auf 166 Mio. Euro verzeichnet werden (Vj.: 160 Mio. Euro). Hervorzuheben sind die erfreuliche Entwicklung des Neugeschäftsvolumens im Bereich Immobilien, das erneut gesteigert werden konnte, und ein Ergebnisanstieg bei der BayernLabo, dem Wohnungsbau-Förderinstitut der BayernLB.

Im Segment DKB konnte das Vorsteuerergebnis erneut kräftig gesteigert werden. Es erhöhte sich auf 329 Mio. Euro (Vj.: 240 Mio. Euro). Eine wesentliche Ursache für den Anstieg ist der Ertrag aus dem Verkauf der Anteile an der Visa Europe Ltd., den mit 132 Mio. Euro vor allem die DKB vereinnahmte. Der im Segment erzielte Zinsüberschuss konnte mit 582 Mio. Euro (Vj.: 590 Mio. Euro) stabil gehalten werden. Darüber hinaus hat die DKB erneut Kunden hinzugewonnen und mit inzwischen fast 3,4 Millionen Privatkunden ihre Position als eine der führenden Direktbanken Deutschlands weiter gefestigt.

Das Segment Financial Markets schloss die ersten neun Monate 2016 mit einem Ergebnis vor Steuern von -22 Mio. Euro ab (Vj.: 123 Mio. Euro). Der Rückgang ist maßgeblich auf das niedrige Zinsniveau sowie Bewertungseffekte zurückzuführen. Die für die Kundensegmente erwirtschafteten Erträge aus Financial Markets Produkten wurden weiterhin unter den jeweiligen Segmenten ausgewiesen. Sie lagen auf dem Niveau des Vorjahres.



Wohlfühlen ist einfach.

Wenn man einen Immobilienpartner hat, der von Anfang bis Eigentum an alles denkt.

Viele Angebote zuerst auf s-immobilien.de

Wenn's um Geld geht

Jahrespressekonferenz der LBS Bayern:

Neugeschäft auf gutem Niveau

Die Entwicklung der Finanzierungskosten auf dem Immobilienmarkt ist schwierig einzuschätzen und wird durchaus widersprüchlich bewertet. So stellte Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der Landesbausparkasse Bayern (LBS), in der Jahrespressekonferenz fest, dass sich die Anzeichen verdichteten, dass Bauherren künftig wieder mit höheren Kosten bei der Finanzierung rechnen müssten. Andererseits schließt er nicht aus, dass die Zinsen noch längere Zeit sehr niedrig bleiben. Dennoch bleibe Bausparen, gerade auch im Zinstief, ein hoch attraktives Produkt für alle, „die sich vor steigenden Finanzierungskosten schützen wollen“.

Den ersten Teil seiner Feststellung kann Wirnhier mit Zahlen belegen. So habe sich der Referenzzinssatz für Interbankengeschäfte im Euro-Raum mit zehnjähriger Bindungsfrist, der Euro-Mid-Swap, ein wichtiger Marktindikator, seit seinem Tiefpunkt Mitte September 2016 von 0,25 Prozent auf inzwischen (Stand: 1. Dezember 2016) 0,76 Prozent verdreifacht. Und die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen hätten sich in dieser Vergleichszeit um 0,5 Prozentpunkte auf 0,37 Prozent, also aus dem negativen in den positiven Bereich, verbessert. Die Zinsvolatilität sei derzeit sehr groß.

Verstärkte Nachfrage nach Sofortfinanzierungen

Diese „deutliche Zinssteigerung“ habe sich auf die Konditionen von Baufinanzierungen bereits ausgewirkt. Die Nachfrage nach Sofortfinanzierungen habe schon angezogen. Ähnlich, wie es in der Rentenversicherung den Eckrenter gibt, kann man sich beim Bausparen den Eckvertrag, also einen durchschnittlich konditionierten Vertrag, vorstellen. Bei einem solchen Vertrag betragen die Guthabenzinsen derzeit 0,1 Prozent und die Darlehenszinsen 1,4 Prozent.

Auf die für die Finanzwirtschaft schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die LBS mit vielfältigen Maßnahmen eingestellt. Sie hat auf die Nullzinspolitik der EZB mit einer Nullzinsstrategie geantwortet. Deshalb gehen der behutsame Personalabbau und die Einsparungen bei den Sach- und Materialkosten, die im Vorjahr um 8 Millionen Euro reduziert werden konnten, weiter. Die durchschnitt-

liche Einlagenverzinsung konnte auf 1,7 Prozent gesenkt werden, vor allem durch Vertragsumstellungen, aber auch durch Kündigungen von hochverzinslichen Verträgen, die nach Zuteilungsreife nicht für eine Immobilienfinanzierung in Anspruch genommen wurden. Ob solche Kündigungen rechtens sind, wird 2017 der Bundesgerichtshof entscheiden.

Bei der LBS erwartet man mit ziemlicher Sicherheit ein für sich positives Urteil. Kunden mit Verträgen, deren Darlehenszins nicht mehr dem heutigen Marktniveau entspricht, konnten und können in ein aktuelles Tarifwerk umsteigen, das zwar einerseits niedrigere Habenzinsen bietet, aber andererseits vor allem die Möglichkeit, für die gesamte Laufzeit von den historisch niedrigen Zinsen beim Bauspardarlehen zu profitieren. Das Volumen für solchen Transaktionen dürfte bei etwa 360 Millionen Euro liegen. Die durchschnittliche Einlagenverzinsung wird im kommenden Jahr um weitere 8 Prozent sinken.

Dank all dieser Maßnahmen rechnet Wirnhier für 2016 mit einem Betriebsergebnis vor Risikoversorge von etwa 30 Millionen Euro. Dabei spielt aber eine Rolle, dass der Zeitraum für die Durchschnittsbildung des Rechnungszinses für die Pensionsrückstellungen von 7 auf 10 Jahre verlängert wurde, was den Aufwand für Pensionsrückstellungen zunächst erheblich reduziert hat und somit das Betriebsergebnis aufbessert. Der Jahresüberschuss dürfte wie im Vorjahr etwa 4 Millionen Euro erreichen.

Bei den traditionellen Bauspardarlehen konnte der durch den jahrelangen Zinsverfall bedingte Rückgang in diesem Jahr gestoppt

werden, nicht zuletzt durch die schon erwähnten Vertragswechsel. Inzwischen hat die LBS ihr Bauspargeschäft konsequent auf Kunden ausgerichtet, die für einen späteren Finanzierungsbedarf Vorsorge treffen wollen oder bereits einen aktuellen Finanzierungswunsch haben.

Zweitbestes Absatzjahr

Bis Jahresende sei mit einer Bausparsumme im Neugeschäft von etwa 7,2 Milliarden Euro zu rechnen. Das sei zwar ein Rückgang von rund 20 Prozent gegenüber 2015, als die Umstellung auf die neue Produktstrategie noch einmal einen kräftigen Schlussverkauf verursacht hatte, der die Vergleichsbasis verzerrte. Aber vergleiche man in der Zeitreihe nur das Kerngeschäft, „dann war 2016 unser zweitbestes Absatzjahr“.

Dass das gewünschte werthaltige, substanzstarke Neugeschäft erzielt werde, zeige sich auch an der hohen durchschnittlichen Bausparsumme von voraussichtlich 52.000 Euro gegenüber 46.800 Euro im Jahr zuvor. 2017 soll das Neugeschäft um etwa 10 Prozent steigen. Bausparer wüssten, dass die Zeit extrem niedriger Zinsen schnell vorbei sein könne. Dann aber seien Bausparer vor einer steigenden Zinsbelastung geschützt. Mit Blick auf andere Möglichkeiten der Immobilienfinanzierung meinte der LBS-Chef: „Bausparen ist zwar nicht immer die beste Lösung, aber auf jeden Fall immer eine gute.“

Bausparkombikredite

Bei den Sofortkrediten, auch Bausparkombikredite genannt, ist 2016 mit einem Wachstum um 25 Prozent auf etwa 800 Millionen Euro zu rechnen. Mit einer Sofortfinanzierung können sich Kunden, die nicht über einen zuteilungsreifen Bausparvertrag verfügen, sofort feste Zinsen bis zur letzten Rate sichern, auch bei Finanzierungslaufzeiten von 25 oder 30 Jahren. Bei den erst seit dem 1. Juli angebotenen Annuitätendarlehen rechnet die LBS mit einem Volumen von etwa 70 Millionen Euro.

Unzufrieden ist man bei der LBS angesichts von Bestrebungen der Politik, Verwerfungen im Immobilien- und Finanzierungsmarkt mit neuen Regeln vorzubeugen. Bausparen habe eine stabilisierende Wirkung. Es sei mit seiner starken gesetzlichen Kontrolle und Reglementierung bereits eine systemische Sicherungseinrichtung. Der Anteil der Kreditverluste beim LBS-Kreditbestand sei

mit 0,04 Prozent im Jahr 2015 äußerst gering. Der Bausparvertrag trage entscheidend dazu bei, dass in Deutschland die Wahrscheinlichkeit einer Immobilienblase gering sei.

Die Regulierungswelle der vergangenen Jahre sei eine Last, weil eine Vielzahl an Vorschriften und Auflagen nicht ausreichend differenziere zwischen global tätigen Großbanken und regionalen Kreditinstituten. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie Spezialkreditinstitute wie Bausparkassen führten weitaus geringere Risiken als Großbanken. Dies müsse sich weiterhin in einer vergleichsweise niedrigeren Eigenkapitalhinterlegung ihrer Kreditgeschäfte sowie angemessenen regulatorischen Bestimmungen niederschlagen.

Zur angespannten Lage auf dem Wohnimmobilienmarkt meinte Wirnhier, Deutschland brauche mehr Mietwohnungsbau, aber auch mehr Wohneigentumsbildung. Mit 43 Prozent der Haushalte, die in eigenen vier Wänden leben, liege Deutschland in Europa weit zurück. Um den Wohnungsempässen zu begegnen, seien Impulse nötig. Die LBS plädiert dafür, den Erwerb von Wohneigentum durch direkte Zuschüsse zu unterstützen, ergänzt durch eine starke familienpolitische Komponente, zum Beispiel in Form einer Kinderzulage - und dies ohne regionale Einschränkung. „Wir brauchen eine einfache, spürbare und niemanden diskriminierende Lösung“, so Wirnhier.

Des Weiteren fordert die Bausparkasse eine Anpassung bei der Sparförderung. Eine signifikante Anhebung von Einkommensgrenzen und Fördersätzen bei der Wohnungsbauprämie sei überfällig. Die Einkommensgrenzen seien seit 20 Jahren nicht mehr an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepasst worden, so dass viele ehemals Berechtigte aus der Förderung herausgewachsen seien. Die LBS schlägt eine Anhebung der Einkommensgrenze von bisher 25.600 auf mindestens 30.000 Euro und eine Erhöhung der maximalen Sparleistung von bisher 512 auf 1000 Euro bei einem Fördersatz von 10 Prozent vor.

Auch bei der Riester-Förderung, besonders auch beim Wohn-Riester, gebe es Veränderungsbedarf. Als Reaktion auf das anhaltende Zinstief müsse der Rechnungszins beim Wohnförderkonto, das die geförderten Spar- und Tilgungsbeiträge erfasst, von 2 auf allerhöchstens 1 Prozent abgesenkt werden. Außerdem sollten energetische Sanierungen als Förderatbestand zugelassen werden. Wohneigentum ist und bleibe die ideale Altersvorsorge, bilanzierte Wirnhier.

dhg.



Sozialbilanz der Sparkasse Dillingen

Die Sozialbilanz der Sparkasse Dillingen präsentierten deren Repräsentanten (v. l.): Personalchefin Heidi Nitbaur, Vorstand Martin Jenewein, Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Alexandra Leo (Rotaract), Monsignore Gottfried Fellner, Kreisbäuerin Hannelore Schmid, Gundelfingens Bürgermeister Franz Kukla, Kinderheimleiterin Schwester Maria Elisabeth Marschalek, Höchstädts Berufsschulleiter Dr. Helmut Nebel, Sängerin Sarah Straub, Landrat Leo Schrell, Svenja Berchtenbreiter (Rotaract), Tobias Mecklinger (Fachakademie für Sozialpädagogik) und Redaktionsleiter Berthold Voh (Donau Zeitung/Werlinger Zeitung).

250.000 Euro insgesamt kann die Sparkasse Dillingen dieses Mal an besonders förderwürdige Einrichtungen verteilen: Davon entfallen 57.500 Euro auf kirchliche, soziale und gemeinnützige Bereiche; 70.500 Euro werden für Jugend, Wissen und Lernen investiert; 58.500 Euro kommen Kunst und Kultur zugute und 12.000 Euro gehen in verschiedenen kleinere Projekte.

Text: jdt / Bild: Peter Hurler

Versicherungskammer weiter auf Erfolgskurs

Wachstum in allen Geschäftsbereichen
Starke Nachfrage nach zukunftsfähiger Vorsorge

Der Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB) blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft bei 7,80 (7,62) Mrd. Euro; das entspricht einem Plus von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft belaufen sich die Beitragseinnahmen auf 7,73 (7,56) Mrd. Euro. Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns VKB steigt auf rund 48,50 (46,83) Mrd. Euro.

„In einem von Herausforderungen geprägtem Jahr konnten wir dank unserer konsequenten Kundenorientierung das Neu- und Bestandsgeschäft über alle Sparten und Kundengruppen steigern. Erfolgreich zu wachsen ist unser Ziel. Dieses haben wir erreicht“, sagt Dr. Frank Walther, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns VKB. Die Herausforderungen der Branche lagen im abgelaufenen Jahr insbesondere in der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, der Niedrigzinsphase und der Digitalisierung.

Multikanal- und Digitalisierungsstrategie

Der Konzern VKB hat seine Multikanal- und Digitalisierungsstrategie erfolgreich weiterentwickelt. Durch gezielte Investitionen wurde sowohl die persönliche, als auch die digitale Beratung und Betreuung der Kunden gestärkt. Alle Vertriebswege konnten ihre Markt- und Wettbewerbsposition verbessern. Insbesondere das Onlinegeschäft und die Onlineservices wurden deutlich ausgebaut.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung steigen die Beiträge des Konzerns VKB um 6,1 Prozent auf 2,48 (2,34) Mrd. Euro. Die Kompositversicherer wachsen sowohl im Privatkundennach wie auch im Firmenkundengeschäft. Ein deutliches Wachstum konnte im privaten Bereich insbesondere in der Wohngebäude- und der privaten Haftpflichtversicherung erzielt werden. Im gewerblichen Bereich entwickelte sich die Sach- und Haftpflichtversicherung besonders erfreulich. Ihre Lei-

stungsfähigkeit konnte die Versicherungskammer Bayern bei einigen Groß- und Kumulschäden unter Beweis stellen. Die Bruttoschadenquote liegt bei etwa 68,7 (69,9) Prozent; die kombinierte Schaden-Kosten-Quote brutto bei voraussichtlich 93,6 (94,3) Prozent.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die UKV-Union Krankenversicherung, steigern die Beiträge um 1,5 Prozent auf 2,29 (2,26) Mrd. Euro. Besonders gut hat sich wiederum das Geschäft in der Zusatzvorsorge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im privaten und betrieblichen Bereich entwickelt. Hier gehören die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die UKV zu den führenden Versicherern in Deutschland.

Lebensversicherung

Die Lebensversicherer des Konzerns VKB konnten ihre Beitragseinnahmen mit 2,97 (2,96) Mrd. Euro, gegen den Markttrend, stabil halten und dabei ihre Marktposition ausbauen. Die laufenden Beiträge steigen gegenüber dem Vorjahr mit 5,7 Prozent deutlich. Walther betont: „Besonders freut es uns, dass unsere kapitalmarktnahen Produkte im Neugeschäft so erfolgreich sind.“ Alleine von der Rentenversicherung WachstumGarant, die seit Mitte Juli für die private und betriebliche Altersvorsorge erhältlich ist, wurden bis 30.11. 2016 8.523 Verträge abgeschlossen. Oder anders gesagt: Pro Arbeitstag konnte damit bisher eine Beitragssumme von ca. 2,6 Mio. Euro realisiert werden.

Strukturschwache Kommunen:

Bayerische Unterstützung mit rund 145 Mio. Euro

175 Kommunen erhalten Zuweisungsbescheide

Der Freistaat unterstützt seine strukturschwachen Kommunen im ländlichen Raum tatkräftig. Bayernweit erhalten 175 Kommunen rund 145 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Von den Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden.

„Ein starkes Signal für die Kommunen und ein gutes Signal für Kommunen mit schmalen Geldbeutel. Diese Mittel sind Teil des Kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2016 ein Rekordvolumen von rund 8,56 Milliarden Euro erreicht. Auch in diesem Jahr geht jeder vierte Euro aus dem Staatshaushalt an Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen tatkräftig“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Übergabe der Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen an die Vertreter der Kommunen gemeinsam mit Staatssekretär Albert Füracker in Nürnberg fest.

Starkes Signal

Nach Oberfranken gehen über 66 Millionen Euro, in die Oberpfalz über 35 Millionen Euro, nach Unterfranken über 18 Millionen Euro, Niederbayern über 15 Millionen Euro,

nach Mittelfranken 8 Millionen Euro, nach Schwaben 900.000 Euro und nach Oberbayern 400.000 Euro.

Spielräume eröffnen

Die Stabilisierungshilfen sollen besonders strukturschwache Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen. Voraussetzung für die Bewilligung von Stabilisierungshilfen sind u. a. Strukturschwäche bzw. eine besonders stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung sowie eine unverschuldete finanzielle Notlage. Ziel ist, einen nachhaltigen Konsolidierungswillen strukturschwacher Kommunen zu unterstützen.

Seit 2014 kann ein Anteil der Stabilisierungshilfe auch für Investitionen in die kommunale Grundausstattung verwendet werden. Kommunen können damit im Rahmen ihrer Haushaltskonsolidierung unumgängliche dringliche investive Ausgaben bestreiten.

Kreissparkasse Augsburg und VR-Bank Handels- und Gewerbebank eG teilen sich Geschäftsräume

Die Kreissparkasse Augsburg und die VR-Bank Handels- und Gewerbebank weiten ihre Zusammenarbeit aus. Seit Dezember betreiben sie nun auch in Westendorf, Steppach und Biberbach gemeinsam eine Geschäftsstelle.

Dazu wird die VR-Bank in die bestehenden Geschäftsräume der Kreissparkasse Augsburg umziehen. Der gemeinsame Betrieb erfolgt nach bewährtem Modus: Die beiden regionalen Finanzdienstleister bedienen ihre jeweiligen Kunden abwechselnd an unterschiedlichen Wochentagen. Darüber hinaus stehen in jeder Geschäftsstelle ein gemeinsamer Geldautomat zur kostenlosen Nutzung für Kunden beider Institute, sowie je zwei Kontoauszugsdrucker zur Selbstbedienung zur Verfügung.

„Eine solche Kooperation haben wir in anderen Orten bereits erfolgreich etabliert. Sie ermöglicht es uns, weiterhin vor Ort bei unseren Kunden zu bleiben, obwohl sich die Kundenströme verändern“, betont Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

„In einem schwierigen Banken-umfeld ist es die einzige Möglichkeit über ein solches Modell bei reduzierten Kosten in Teilzeitöffnung diese Geschäftsstellen aufrecht zu erhalten“, erklärt Georg Schneider, Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Handels- und Gewerbebank.

Vorbild sind Aystetten und Gablingen, wo die beiden regionalen Finanzdienstleister ihr Bankgeschäft seit November 2013 bzw. August 2015 abwechselnd in den gleichen Räumen betreiben. Gemeinsame Geldautomaten bzw. SB-Geschäftstellen gibt es zudem bereits in Westheim, Nordendorf, Biburg und Herbertshofen. Die Kooperation begann im Dezember 2012 mit einer gemeinsamen Selbstbedienungsstelle in Westheim.

„Der Traum vom Eigenheim würde für viele platzen“

GZ-Interview mit Dr. Jürgen Gros,
Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB)

Schlechte Nachrichten für Immobilienkäufer: Die Bundesregierung will der Finanzaufsicht erlauben, Verschuldungsgrenzen zu setzen. Damit würde die Kreditaufnahme erheblich erschwert. Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), sieht darin einen ungerechtfertigten Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und warnt vor negativen Folgen.

GZ: Herr Dr. Gros, Sie kritisieren, dass der Staat immer stärker in den Immobilienmarkt eingreift und damit den Eigenheimerwerb erschwert. Woran machen Sie das fest?

Jürgen Gros: An einem bürokratischen Wortungsetüm: dem „Gesetz zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Darlehensvergabe zum Bau oder zum Erwerb von Wohnimmobilien zur Stärkung der Finanzstabilität“. Es soll noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten. Die Bundesregierung will damit der Finanzauf-

sichtsbehörde Bafin erhebliche Eingriffsrechte in den Markt für Immobilienkredite zugestehen, wenn der Verdacht auf eine Überhitzung besteht.

GZ: Um welche Eingriffsmöglichkeiten handelt es sich hierbei?

Gros: Es ist zum Beispiel vorgesehen, dass der Kredit im Verhältnis zum Wert der Sicherheit eine bestimmte Obergrenze nicht überschreiten darf. Für die Relation von Gesamtverschuldung und Einkommenshöhe sowie von Schuldendienst und Einkommen sind ebenfalls Maximalwerte ge-

plant. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Staat den Bürgern vorschreibt, in welcher Höhe sie sich verschulden dürfen – ein bemerkenswerter Eingriff in das Marktgeschehen. Ich frage mich, wie ernst es uns mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft eigentlich noch ist.

GZ: Aber es ist doch grundsätzlich sinnvoll, ein Heißlaufen des Immobilienmarkts zu verhindern ...

Gros: Natürlich ist es sinnvoll, die Risiken im Blick zu be-



Dr. Jürgen Gros. □

halten. Aber dazu müssen nicht gleich die Freiheitsrechte des Einzelnen beschnitten werden. Zumal in Deutschland die konservative Finanzkultur der Banken eine hohe Stabilität gewährleistet. Kreditberater prüfen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ihrer Kunden akribisch. Das führt im Ergebnis zu sehr niedrigen Ausfallraten bei privaten Immobilienkrediten. Bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lag sie im Jahr 2015 bei nicht einmal 0,4 Prozent.

GZ: Was wäre die Folge,

BayernLabo bewilligt 1000. Förderantrag

Nur wenige Monate nach der Gründung des Bayern-Labo Förderstützpunkts wurde der 1000. Förderantrag bewilligt. Die Bayern-Labo hat im Juli 2016 ein Büro in Grafenau eröffnet. Die Aufgabenschwerpunkte vor Ort liegen auf der Förderung von Eigenwohnraum in Niederbayern und der Oberpfalz sowie der bayernweiten Förderung behindertengerechter Umbauten.

Staatsminister Dr. Markus Söder sieht dies als wichtiges Signal für die Region: „Der Stützpunkt der BayernLabo entfaltet damit in der Region genau die gewollte Wirkung. Wir bringen 10 krisensichere Arbeitsplätze in die Region. Mit den Förderanträgen unterstützen wir gezielt Familien und Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen. Und außerdem profitieren auch regionale Unternehmen, z. B. als Auftragnehmer für geförderte Baumaßnahmen“.

„Die hohe Anzahl an Förderanträgen freut uns natürlich sehr“, sagt Stützpunktleiter Norbert Kellermann. „Wir haben seit Juli für Eigenwohnraum rund 100 Anträge mit einem Fördervolumen von rund 10 Mio. Euro und für eine behindertengerechte Umgestaltung von Wohnraum rund 900 Förderanträge mit einem Fördervolumen von rund 7,5 Mio. Euro bewilligen können“. Sein Team besteht aus neun Kolleginnen und Kollegen, davon stammen acht aus der Region. □

wenn das Gesetz in dieser Form in Kraft treten sollte?

Gros: Der Traum vom Eigenheim würde für viele platzen. Schließlich kann nicht jeder Bauherr oder Immobilienkäufer zusätzliches Eigenkapital aus dem Ärmel schütteln. Doch genau das würde die Einführung der Kennzahlen mit sich bringen.

Hinzu kommt, dass die praxisferne Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Deutschland die Aufnahme von Immobilienkrediten schon jetzt erschwert. Das verbaut vielen Bürgern die Chance, mit einem Eigenheim fürs Alter vorzusorgen. Das ist widersinnig, weil die Politik die deutsche Wohneigentumsquote doch eigentlich zu Recht erhöhen will. Schließlich sind wir mit gerade einmal rund 52 Prozent Schlusslicht in Europa.

GZ: Sehen Sie nicht die Gefahr einer Immobilienblase? Speziell in München steigen die Preise doch sehr erheblich...

Gros: Da haben Sie recht, die Preise sind in einigen Regionen gestiegen. Aber das ist noch lange kein Zeichen für eine Überhitzung des gesamten Markts. Denn trotz der Dynamik in den Ballungsräumen ist die Preisentwicklung bundesweit moderat: Zwischen 2008 und 2015 lag das durchschnittliche Wachstum des Hauspreisindex bei gerade einmal 2,6 Prozent pro Jahr. Außerdem ist die Verschuldung privater Haushalte rückläufig und es gibt keine Anzeichen von einem Verfall der Kreditvergabestandards, wie die Bundesbank zuletzt bestätigt hat.

GZ: Sind die vom Gesetzgeber vorgesehenen Instrumente demnach überflüssig?

Gros: Der deutsche Immobilienmarkt ist stabil. Deshalb schießt der Gesetzentwurf deutlich über das Ziel hinaus. Denn er beschränkt und bürokratisiert die Kreditvergabe. Ich meine, man sollte den Gesetzesvorschlag daher grundsätzlich hinterfragen. Zuversichtlich stimme ich, dass das mittlerweile auch zahlreiche Abgeordnete im Bundestag so sehen.

GZ: Herr Dr. Gros, vielen Dank für das Gespräch. □

PwC-Gutachten gibt Diskussionsanreize:

Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft

Vor allem auf der kommunalen Ebene sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur anhaltend gering. Die schwachen Investitionen haben zu einem erheblichen Investitionsrückstand geführt und stehen in einem auffallenden Gegensatz zu den seit Jahren günstigen Bedingungen für die herkömmliche Kreditfinanzierung. Auch die Möglichkeit, die Projektsteuerung und die Projektrisiken im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) auf Private auszulagern, wird insbesondere auf der kommunalen Ebene nur relativ wenig genutzt.

Vor diesem Hintergrund ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) der Empfehlung der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ nachgekommen, Möglichkeiten zu prüfen, wie mehr privates Kapital für öffentliche Infrastrukturen insbesondere im kommunalen Bereich mobilisiert werden könnte. Zu diesem Anlass wurde ein Forschungsauftrag vergeben, dessen Schlussbericht nunmehr vorliegt.

Die Studie der PricewaterhouseCoopers Legal AG mit dem Titel „Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen zur Einführung neuer Formen zur privaten Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben unter Einbindung einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft“ kommt zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben durch Fonds für alle Beteiligten Vorteile bieten kann.

Entlastungseffekte

So werde für die Kommunen über die herkömmliche Finanzierung und die ÖPP hinaus eine weitere Form der Beschaffung und Finanzierung bereitgestellt. Diese Form könnte es den Kommunen ermöglichen, die Umsetzung solcher Projekte, die für eine Standardisierung geeignet sind (z. B. Neubauten für Schulen oder Kindergärten oder die Sanierung kommunaler Straßenbrücken), auf einen Fonds zu übertragen und dadurch Entlastungseffekte zu erzielen.

Darüber hinaus werden sie bei einer Fondsfinanzierung von typischen Risiken, die mit der Errichtung und dem Betrieb von Infrastruktureinrichtungen verbunden sind, entlastet, so die Untersuchung. Dabei ergibt sich aus der mit dieser Beschaffungs- und Finanzierungsvariante verbundenen Bündelung gleichartiger Projekte die Chance, dass die betreffenden Vorhaben, auch infolge von Skaleneffekten, rascher und kostengünstiger realisiert werden können.

Zudem können sich die Kommunen auf die mögliche Entwicklung vorbereiten, dass die Attraktivität des klassischen Kommunalkredits – etwa infol-

ge gesteigerter bankenregulatorischer Anforderungen – im Vergleich zu anderen Finanzierungsformen abnehmen wird. Schließlich kommen Kommunen mit hoher Finanzkraft auch als Investoren in Betracht. Umgekehrt kann sich bei Vorhaben von besonders finanzschwachen Kommunen, bei denen die bisherigen Finanzierungsarten ausreichen, die Fondsfinanzierung sogar als einzige Möglichkeit erweisen, das Projekt zu realisieren.

Der Bund kann, indem er die Fondsfinanzierung ermöglicht und fördert, seine gesamtstaatliche Verantwortung für die Schaffung hochwertiger Infrastruktureinrichtungen in Deutschland wahrnehmen. Zudem erhalten insbesondere kleinere institutionelle Anleger – etwa Pensionsfonds und berufsständische Versorgungswerke – die von ihnen seit längerer Zeit gewünschte Möglichkeit, Gelder in öffentliche Infrastruktur zu investieren und dabei eine attraktive Rendite zu erzielen.

Um die Fondsfinanzierung als neue Form der Beschaffung und Finanzierung zu etablieren und das Modell damit umzusetzen, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich. Dazu zählen die Feinabstimmung der Modellstruktur, die Errichtung und Beauftragung der staatlichen Infrastrukturgesellschaft, die Errichtung von Projektgesellschaften, die Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die perspektivische Beteiligung von Privatanlegern.

Auf Grundlage des Gutachtens werden die Akteure auf der öffentlichen wie auf der privaten Seite die Diskussion weiter darüber führen, welche Anwendungsfälle für eine Umsetzung in Frage kommen, wie eine Umsetzung aussehen und die Komplexität des Modells verringert werden könnte. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird diese Diskussion weiter eng begleiten.

Kurzfassung des Gutachtens: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/pwc-gutachten-kurz,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> DK

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

Main-Kraftwerk Limbach / www.rmd.de

/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH

Politik und Raiffeisenbank im Dialog

Immer mehr Bürokratie, Verbraucherschutz, Niedrigzinsphase und Negativzinsen. Die Finanzwelt beschäftigen derzeit massive Probleme und sie schlagen durch bis zu kleinen Regionalbanken und damit auch auf die Kommunen und jeden einzelnen Bürger. Grund genug für die Raiffeisenbank Weissenburg-Gunzenhausen, zusammen mit Abgeordneten aus dem Europaparlament, dem Bundes- und dem Landtag, sowie Kommunalpolitikern die Folgen zu diskutieren.

„Politik und Raiffeisenbank im Dialog“ lautete das Motto der Veranstaltung und der dabei von Wirtschaftskorrespondent Uwe Ritzer (Süddeutsche Zeitung) moderierten Diskussionsrunde in Langlau. Dort begrüßten Raiffeisenbank-Vorstandsvorsitzender Wilfried Wiedemann und Landrat Gerhard Wägemann den Europaparlamentarier Albert Deß, Artur Auernhammer, MdB sowie Landtagsabgeordneten Manuel Westphal. Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, nahm an der Debatte teil.

Das Ziel der Veranstaltung, zu der auch die beiden Landratsstellvertreter und die Bürgermeister fast aller Kommunen in Altmühl-

gesorgt, betonte Präsident Gros.

Dem stimmte auch Europaparlamentarier Deß zu. Auch er habe in Bezug auf die neu initiierte europäische Einlagensicherung kein Verständnis dafür, dass eine bodenständige deutsche Regionalbank, bei der die Ausfallquote bei Krediten unter 2 Prozent liegt beispielsweise für eine Bank in Zypern haftet, deren Ausfallrisiko im Kreditbereich weit über 40 Prozent liege. Den Lösungsansatz dagegen sieht Deß in dem strikten Abbau der Risiken in den verursachenden Ländern. Ein Ziel, das auch der Bundestag anstrebe, bekräftigte Auernhammer in der Diskussionsrunde.

Allgemein wurde eine wahre

in Frage. Konkret am Beispiel der neu eingeführten Wohnimmobilienkreditrichtlinie hat das Landkreisoberhaupt, dem viel an der Schaffung von neuem Wohneigentum in Altmühlfranken liegt, seine Zweifel. Den strengeren Auflagen zufolge sollen sich die Kredite nicht mehr so stark am Wert der Immobilien orientieren, sondern am Leistungsvermögen der Kreditnehmer.

Regional verwurzelt

„Das ist für uns doch nichts Neues!“, erwiderte Wiedemann. „Wir achten von jeher darauf, ob der Kreditnehmer sich die Raten wirklich dauerhaft leisten kann. Als regional verwurzelte Bank kennen wir unsere Kunden noch persönlich, wir pflegen langjährige Geschäftsbeziehungen und können die Risiken einschätzen. Das ist ein enormer Vorteil gegenüber Groß- und Direktbanken.“

Eigentlich macht diese EU-Richtlinie mehr Sinn für Länder, in denen die Immobilienblase 2007 und 2008 voll zugeschlagen hatte. Mit der neuen Vorschrift wurde auch in Deutschland ein Bereich mit neuen Regeln „überzogen“, bei dem es hierzulande bisher kaum Probleme gab.

Erschwerend kommt hinzu, dass die europäischen Vorgaben zur Kreditrichtlinie von Deutschland schärfer umgesetzt werden, als europaweit gefordert, kritisierte Auernhammer. Kämen noch Zusatzregularien hinzu, könnte es so weit kommen, dass manche Bürger trotz normalem Einkommen und extrem günstigen Zinsen kaum noch eine Immobilienfinanzierung bekämen.

„Dass das nicht das ist, was wir wollen“, waren sich alle Diskussteilnehmer einig. Kritisiert wurde auch die Flut an Dokumentations- und Informationsmaterial, mit der die Verbraucher „regelmäßig überschüttet werden müssen“ und die die Kunden oftmals mehr überfordert als schützt.

Tatsache ist: Die Umsetzung der Vielzahl an umstrittenen

Richtlinien, Gesetze und Auflagen kostet enorm viel Geld, das den Banken an anderer Stelle wieder fehlt. So schwächt der verminderte Eigenkapitalaufbau die Möglichkeit, Kredite an Kleinunternehmer und die mittelständische Wirtschaft auszureichen.

Mittlerweile liegen die Regulierungskosten bei den Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern bei rund 138 Mio. Euro pro Jahr. Laut GVB-Präsident Gros werden die Regulierungskosten 2020 die Summe der Gewerbesteuer, die die Genossenschaftsbanken dann an die Kommunen abführen, übersteigen. Dies deckt sich auch mit Erkenntnissen anderer Bankengruppen.

Anhaltender Niedrigzins

Die entscheidende Rolle für die wegfallenden Erträge spielt auch das anhaltende Niedrigzinsniveau. Während von der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank in erster Linie die überschuldeten Staaten profitieren, stellt die Kapitalmarktsteuerung durch EZB-Präsident Mario Draghi insbesondere die Banken vor immense Herausforderungen. „Wir zahlen mittlerweile Strafzinsen bei der Zentralbank. Für die Sparer gibt es keine Zinsen mehr. Die Bereitschaft Geld anzulegen ist gesunken.“ machte Vorstandschef Wiedemann deutlich.

Gut aufgestellte Regionalbanken

Moderator Uwe Ritzer warf die Frage auf, wohin die Reise in Zukunft führen wird? Dass wir auf eine weitere Bankenkrise in Deutschland zusteuern, davon geht Manuel Westphal nicht aus. Der Landtagsabgeordnete sieht die Regionalbanken grundsätzlich gut aufgestellt und auch die Kehrtwende bei der Landesbank als glücklich. Das dreigliedrige Bankensystem sieht auch Deß als Erfolgsfaktor für die Zukunft, wenn gleich er bekannte, dass auf europäischer Ebene die Regional-



Die Raiffeisenbank Weissenburg-Gunzenhausen lud Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der Region in das Seehotel nach Langlau ein.

banken wenig Beachtung finden.

Abschließend fassten Wiedemann und Gros zusammen, wie sehr die enormen Bürokratiekosten die Banken belasten, während zugleich die extreme Zinspolitik der EZB und die fehlende Zinsspanne die Ertragsseite zusätzlich unter Druck bringt.

Zunehmende Digitalisierung

Der stetig steigende Online-trend und die zunehmende Digitalisierung sorgen ebenso dafür, dass die Banken umdenken und sich umstellen. Diesen neuen Herausforderungen werde man sich stellen, um das Ergebnis auch langfristig erfolgreich zu halten. „Denn zum verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Handeln sei man den Kunden und Mitgliedern verpflichtet“, so Wiedemann.

65 Jahre LfA Förderbank Bayern

Die LfA Förderbank Bayern feiert ihr 65-jähriges Jubiläum mit einer Erfolgsbilanz: Seit 1951 hat die staatliche Förderbank den Mittelstand und die Kommunen im Freistaat mit einem Fördervolumen von rund 67 Milliarden Euro unterstützt. Dahinter stehen fast 400.000 zugesagte Darlehen.

Die Geschäftsaufnahme der LfA 1951 stand im Zeichen des Wiederaufbaus Bayerns. Anfangs als Flüchtlingsbank und schon bald als Finanzierungspartner für den gesamten Mittelstand sorgte die LfA seit 65 Jahren für Chancengleichheit auf der Finanzierungsseite. Heute profitieren jährlich rund 5.500 kleine und mittlere Unternehmen sowie Gründer vom Förderangebot. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, finanziert die LfA auch Infrastrukturvorhaben.

„Die Erfolgsgeschichte der LfA ist beeindruckend: Mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung und einem umfassenden und passgenauen Förderangebot ist sie ein wichtiger Partner für bayerische Gründer, Handwerksbetriebe und etablierte Mittelständler. Die LfA hat mit einem Fördervolumen von rund 67 Milliarden Euro deutliche Impulse für Investitionen am Wirtschaftsstandort Bayern gesetzt und so Arbeitsplätze gesichert sowie geschaffen. Zu diesem Erfolg gratuliere ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand. Sie haben die LfA zu dem gemacht, was sie heute ist: Eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaftspolitik“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner anlässlich des Jubiläums.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Die LfA hat sich seit ihrer Gründung immer wieder aufs Neue konsequent am Finanzierungsbedarf des Mittelstands ausgerichtet. Ob Energiewende, Finanz- und Wirtschaftskrise oder aktuell der digitale Wandel. Das ist unser Förderauftrag, den wir auch in Zukunft als moderne Förderbank mit vollem Einsatz wahrnehmen werden. Und das zusammen mit unseren Partnern bei Hausbanken, Kammern und Verbänden, mit denen wir seit Jahrzehnten eng, vertrauensvoll und engagiert zusammenarbeiten.“

Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht.

ren attraktiv macht. Hier können die Genossenschaftsbanken gemeinsam mit ihren Pfandbriefpartnern attraktive Angebote machen, während sich andere Institute aufgrund regulatorischer Vorgaben auf andere Geschäftsfelder konzentrierten. Trotz der Reduzierung der Marktteilnehmer bleibe der Preiswettbewerb in der Kommunalfinanzierung hoch, was sich naturgemäß zugunsten der Städte und Gemeinden auswirke.

Rinn zeigte sich davon überzeugt, dass das Angebot an Kommunalkredit auf stabilem Niveau bleiben werde. Angesichts der kommunalen Investitionsbedarfe und der hohen Bedeutung der kommunalen Leistungserbringung für den Wirtschaftsstandort Deutschland sei es wichtig, dass

den Kommunen weiterhin ein gut funktionierender Kommunalkreditmarkt zur Verfügung stehe. Daher werde der Öffentliche Pfandbrief, der die Stärken einer Pfandbriefbank mit den Kundenbedürfnissen zusammenbringt, auch zukünftig eine stabile Rolle in diesem Markt spielen.

Der Vorstandsvorsitzende der gastgebenden VR Bank Hof eG, Jürgen Handke, zog ein positives Fazit der Veranstaltung. Kommunen seien ein wichtiger und interessanter Partner für die Genossenschaftsbanken, die ihnen passende und effiziente Finanzierungsleistungen zur Verfügung stellen müssten. Dazu bildeten Treffen wie das Kommunalforum und die dort möglichen Gespräche eine wichtige Grundlage.

UNESCO würdigt Genossenschaftsidee:

Immaterielles Kulturerbe

Die UNESCO hat die Genossenschaftsidee in die sog. Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen. Dies entschied der Zwischenstaatliche Ausschuss der UNESCO-Konvention in Addis Abeba.

Dazu Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB): „Die UNESCO würdigt mit ihrer Entscheidung Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, die Pioniere des deutschen Genossenschaftswesens. Ihre Idee, viele kleine Kräfte zu einer großen Kraft zu vereinen, entstand Mitte des 19. Jahrhunderts in Zeiten großer Not. Sie ist von ungebrochener Überzeugungskraft. Allein in Bayern gibt es 1.294 Genossenschaften mit 2,9 Millionen Mitgliedern, die nach den genossenschaftlichen Ur-Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung gemeinsam wirtschaften. Ihr Engagement erfährt durch die Entscheidung der UNESCO eine außerordentliche Würdigung.“

franken kamen, umriss Raiffeisenbank-Vorstandschef Wiedemann gleich zu Beginn: „Wir wollen die Probleme offen ansprechen, an die Politiker appellieren und ihnen unsere Gedanken und Sorgen mitteilen. Wir wollen Anstöße geben, etwas zu ändern. Für unsere Bank, aber auch für die Kommunen, für die Unternehmen unserer Region und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises“.

Gutes Betriebsergebnis

Anschließend machte Wiedemann Angaben zur Situation der Raiffeisenbank im Landkreis. „Wir sind gesund und können auch heuer wieder ein gutes Betriebsergebnis vorweisen“, sagte er. „Dennoch geht das nur, wenn wir all unsere Kraft aufwenden, um uns zu behaupten, denn der Handlungsdruck wächst.“

Mit dieser Aussage spielte der Bankchef auf die Flut von neuen Gesetzen und Vorschriften an, mit denen der Bankensektor belegt wurde. Die Kosten und der Aufwand dafür seien enorm gestiegen und Regionalbanken seien unverhältnismäßig stark davon betroffen. Dies gelte für die örtlichen Genossenschaftsbanken ebenso wie für die Sparkassen.

Fehlende Differenzierung

Die größte Problematik sieht GVB-Chef Gros dabei in der fehlenden Differenzierung in der Bankenlandschaft. „Regionalbanken wie die Volks- und Raiffeisenbanken zeigen, dass man mit den Rahmenbedingungen klarkommen kann, wenn nicht künstlich eingegriffen wird. Über viele Jahrzehnte hindurch habe noch nie ein Kunde seine Einlagen verloren. Nie ging eine Genossenschaftsbank in die Insolvenz.“ Hier habe immer die solide Unternehmenspolitik sowie die instituteigene Sicherungseinrichtung – ohne jegliche staatliche Beteiligung – für die nötige Absicherung

„Regulierungswut“ beklagt. In den letzten Jahren wurden rund 400 Bankenvorschriften neu eingeführt oder novelliert. Ob diese immer dem Verbraucherschutz und somit dem einzelnen Kunden dienen, stellte Landrat Wägemann

Kommunalforum der VR Bank Hof eG:

Bayerische Kommunen profitieren vom Finanzausgleich

Entscheidungsträger aus mehr als 20 Kommunen konnte Vorstandsvorsitzender Jürgen Handke beim Kommunalforum der VR Bank Hof eG begrüßen. Im Mittelpunkt stand der Austausch von Informationen und Meinungen zu kommunalen Themen. Dazu gehörte insbesondere die Bewertung der Ergebnisse aus dem kommunalen Finanzausgleich 2017 und der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020.

Emil Schneider, Referent für Finanzen und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag und Vertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds, erläuterte die Auswirkungen der getroffenen Beschlüsse auf die bayerischen Kommunen. Die kommunale Investitionskraft werde, so das Fazit des Vortragenden, durch den kommunalen Finanzaus-

gleich 2017 in Bayern erheblich gestärkt. Die Reform der Gemeindegeldbeschlüsse 2016 bewirke eine gerechtere Erfassung der Grund- und Gewerbesteuer und eine gerechtere Abbildung der Ausgabeanteile. „Die Reform ist ein guter Kompromiss für alle Beteiligten, weil er besondere Belastungen und Entlastungen aus aktuellen Rahmenbedingungen berücksich-



V. l.: Bereichsleiter Robert Werner (VR Bank Hof eG), Götz Rinn, Regionaldirektor der WL Bank, Vorstandsvorsitzender Jürgen Handke (VR Bank Hof eG), Matthias Beyer, Vorsitzender des Kreisverbandes Hof im Bayerischen Gemeindetag und Emil Schneider, Referent für Finanzen und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag.

Ein Vierteljahrhundert Grundstücksverwaltung

Die TERA Kommunalsoftware GmbH feiert ihr 25-jähriges Bestehen. Das unterfränkische Unternehmen hat sich auf die Programmierung von Software spezialisiert, die Kommunen bei der Verarbeitung grundstücksrelevanter Informationen unterstützt. TERA-Produkte sind bei rund 800 Kunden in Bayern im Einsatz.

Festakt in der Würzburger AKDB-Geschäftsstelle: Dr. Lukas Kagerbauer, der als Bereichsleiter bei der IHK Würzburg-Schweinfurt den Wirtschaftsraum Mainfranken vertrat, überreichte dem Gastgeber, TERAGeschäftsführer Georg Walk, eine Urkunde und zählte die TERA Kommunalsoftware GmbH in diesem Zusammenhang zum „starken unternehmerischen Mittelstand“.

Das Unternehmen zeichne sich

auch durch hohen regionalen Bezug sowie große Flexibilität und Innovationsfähigkeit: „Die TERA Kommunalsoftware GmbH bietet regionale Arbeitsplätze und stellt die Basis für solides, nachhaltiges Wirtschaftswachstum“, so Kagerbauer.

Auch Kürnachs Bürgermeister Thomas Eberth, der als Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages Würzburg Land die TERA-Kunden repräsentierte, be-

tonte die regionale Bedeutung der TERA Kommunalsoftware GmbH: „Das Unternehmen unterstützt Gemeinden vor Ort mit einem umfangreichen Softwarepaket, das Informationen jederzeit verfügbar macht und Verwaltungsabläufe vereinfacht. Die TERA Kommunalsoftware GmbH ist ein wichtiger Partner der Kommunen, gerade in Zeiten, in denen Personalsuche in Verwaltungen immer schwieriger wird.“

Für die Stadt Würzburg gratulierte der zweite Bürgermeister Dr. Adolf Bauer zum Jubiläum: „25 Jahre TERA Kommunalsoftware GmbH zeigen, dass die Stadt

Würzburg ein guter Standort für innovative Unternehmen ist.“

Rudolf Schleyer, Mitglied des AKDB-Vorstands, äußerte sich beim Festakt zufrieden: „Die AKDB als Alleingesellschafterin der TERA Kommunalsoftware GmbH schätzt das große Know-how der TERAMitarbeiter. Die Produkte unterstützen rund 800 Kommunen in Verwaltungsbereichen, die für ihre Arbeit grundstücksbezogene Informationen benötigen. Das Leistungsspektrum reicht vom neuen Geoinformationssystem TERA Objektmanager über die Beitragsabrechnung und die Bauhofverwaltung bis hin zur Friedhofsverwaltung. Wir freuen uns auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit“.

Wie alles begann ...

In den 1980er Jahren entwickelte Norbert Braun, damals Kämmerer in der Marktgemeinde Hösbach, ein Grundstücksverwaltungsprogramm. In Verbindung mit den Vermessungsamtsdaten war es damit möglich, Eigentümer und Grundstücksdaten komfortabel abzufragen und Beiträge und Gebühren abzurechnen. Aus der kleinen EntwicklungsgmbH entstand 1991 die TERA Kommunalsoftware GmbH – der Name TERA steht dabei für TECHNISCHES RATHAUS. Das rasch wachsende Unternehmen erarbeitete sich in der Folge eine immer bessere Marktposition, da für den steigenden Verwaltungsaufwand digitale Lösungen zunehmend nachgefragt wurden. So entstanden weitere Module – etwa für die Bauhofverwaltung und die Friedhofsverwaltung – sowie aktuell ein Objektmanager, mit dem Geoinformationen aller Art modulübergreifend abgefragt werden können.



V. l.: Bürgermeister Thomas Eberth, Dr. Adolf Bauer, zweiter Bürgermeister der Stadt Würzburg, Georg Walk, Geschäftsführer der TERA Kommunalsoftware GmbH, Dr. Lukas Kagerbauer von der IHK Würzburg-Schweinfurt und Rudolf Schleyer, Vorstandsmitglied der AKDB.

Bild: TERA Kommunalsoftware GmbH

Schluss mit dem Papierkram:

CeBIT bündelt alle Aspekte des digitalen Büros an einem Ort

Vom Urlaubsantrag über die Rechnungslegung bis hin zur sicheren Archivierung von E-Mails und wichtigen, unternehmensrelevanten Dokumenten: Die CeBIT 2017 zeigt, wie sich papiergetriebene Prozesse in die digitale Welt überführen lassen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben hier noch erheblichen Nachholbedarf. Auf ihrem Weg zum papierlosen Büro sind sie mehr denn je auf eine fachmännische Beratung angewiesen. Die CeBIT 2017 bündelt sämtliche Aspekte rund um das digitale Büro.

Vom 20. bis 24. März 2017 dreht sich auf der CeBIT in Hannover alles um die Digitale Transformation von Unternehmen und ihren Geschäftseinheiten – vom Personal- und Finanzwesen über den Einkauf, Marketing, Vertrieb und Logistik bis hin zum Bereich Forschung und Entwicklung.

In Halle 3, traditionell der Hotspot der Enterprise Content Management- (ECM) sowie Input-/Output-Management-Branche, geht es schwerpunktmäßig um das digitale Büro. Dass sich Investitionen in diesem Bereich lohnen, bestätigen all jene Unternehmen, die den Weg zum digitalen Büro bereits beschritten haben. So berichten 74 Prozent dieser Unternehmen, dass sich die Einführung neuer Softwarelösungen in dem Bereich positiv auf die Performance ihrer internen Büro- und Verwaltungspro-

zesse ausgewirkt hat. Das hat die Bitkom-Studie „Digital Office Index“ ergeben. Auch die Kunden profitieren: 63 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie die Zufriedenheit ihrer Kunden durch optimierte Prozessabläufe deutlich steigern konnten. Gut die Hälfte (51 Prozent) konnte außerdem die Datensicherheit erhöhen.

Lösungsportfolio

Mit der „Digital Office Area“ des Bitkom bietet die CeBIT in Halle 3 einen Anlaufpunkt für alle, die sich über die Vorteile und Möglichkeiten des digitalen Büros informieren wollen. In der Digital Office Area präsentieren Hersteller, Anbieter und Berater ihr Lösungsportfolio aus allen Bereichen des digitalen Büros. Angefangen von den neuesten Tools für die

mobile Zusammenarbeit (Collaboration) und Kommunikation über Lösungen zur Prozessautomatisierung, cloudbasierte Archivierung bis hin modernen Systemen zum Einlesen oder Drucken von Dokumenten.

Anhand von konkreten Anwender-Beispielen lassen sich Parallelen für das eigene Unternehmen ziehen. Wer tiefer in die Materie einsteigen möchte, kann sich auf der „Digital Office Stage“, dem ECM-Fachforum, ausführlich über die einzelnen Themenschwerpunkte informieren.

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft:

Soziale Marktwirtschaft fit für die Digitalisierung

Im Rahmen des Kongresses „Deutschland hat Zukunft: Wirtschaftswunder 4.0“ hat die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. festgestellt, dass die Soziale Marktwirtschaft fit für das Zeitalter der Digitalisierung ist.

„Die Digitalisierung hat tiefgehende Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst, die alle Lebensbereiche, Branchen und Märkte erfassen. Diesem Wandel wird unser Wirtschaftssystem grundsätzlich gerecht“, erklärte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. „Das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft muss aber den aktuellen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden, damit wir von den Chancen der Digitalisierung bestmöglich profitieren können.“

Die Soziale Marktwirtschaft schützt als erfolgreiche Wirtschaftsordnung den freien und fairen Wettbewerb auf den Märkten und ermöglicht somit Fortschritt und Wohlstand. „Doch durch die Digitalisierung ändert sich die Funktionsweise der Märkte. Der Zugang zu Informationen wurde durch das Internet stark vereinfacht. Über Online-Plattformen werden Angebot und Nachfrage schneller zueinander gebracht, zudem wird die Transparenz bei Preisen und Leistungen erhöht“, erläuterte Brossardt. „Transakti-

onskosten sinken, weil bei digitalen Gütern wie Software kaum Transportkosten entstehen und auch die Vervielfältigung nahezu kostenlos möglich ist. Diese Kostenreduzierungen führen dazu, dass sich der Wettbewerb intensiviert und an Dynamik gewinnt.“

Anstelle eines direkten Austausches von Waren und Dienstleistungen zwischen Anbietern und Kunden haben sich im Internet auch Märkte etabliert, in denen Kunden Angebote günstiger oder kostenfrei nutzen können.

Brossardt: „Markt und Wettbewerb können auch dann stattfinden, wenn Transaktionen unentgeltlich ablaufen, weil hauptsächlich Daten und Informationen gehandelt werden. Für die Wettbewerbspolitik folgt aus diesem Trend, dass eine Überprüfung der traditionellen Instrumente zur Sicherstellung des Wettbewerbs nötig ist. Unsere Wettbewerbsordnung muss künftig der neuen Bedeutung von Daten Rechnung tragen – dies schließt auch kartellrechtliche Verfahren zur Marktabgrenzung und zur Feststellung der Marktmacht ein.“

Technikchamp.

Produktivität powered by SYNERGO®



Sicher und leichtgängig aus dem Rechenzentrum.

Mit der neuen SYNERGO®-Produktgeneration kommt Ihre kommunale IT schnell in die Gänge. Denn für den Bezug als Software-as-a-Service, kurz SaaS, aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB oder aus einem Partner-Rechenzentrum genügt ein internetfähiger PC. Um Servertechnologie, Datenbanklizenzen und Sicherheitskonzepte für Datenschutz brauchen Sie sich bei SaaS nicht zu kümmern. Das macht SYNERGO® besonders investitionssicher und produktiv.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

19. Gunzenhausener IuK-Tage:

Strategie und Aufklärung

Bayern will die Digitalisierung forcieren und setzt mit dem Bayerischen E-Government-Gesetz klare Umsetzungsfristen für verschiedene elektronische Dienste und Verfahren. Das IT-Sicherheitskonzept wird zum 1.1.2018 gefordert, die Einführung der elektronischen Rechnung ist ab 2019 und die elektronische Bezahlung ab 2020 relevant. Auf die Kommunen und Behörden wartet also jede Menge Arbeit.

Neben den technischen Herausforderungen sind es vor allem organisatorische Aufgaben, die gelöst werden müssen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern griff die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management im Rahmen der 19. Gunzenhausener IuK-Tage die wichtigsten Themen heraus und lud hierzu ausgewiesene Experten ein.

So beschäftigte sich Dr. Eugen Ehmann, Regierungsvizepräsident der Regierung von Mittelfranken mit dem Thema „E-Government am Scheideweg? Warum verstärkte Anstrengungen dringend sind“. Sacha Kuhrau, Fachmann für Informationssicherheit berichtete über die Risiken und kritische Erfolgsfaktoren bei der Informationssicherheit und Jens Lange von der Stadt Kassel referierte über das Thema „IT-Grundschutz mit kommunalem Profil“.

Mit Informationen über den nationalen Standard der Öffentlichen Verwaltung für elektronische Rechnungen wartete Dr. Jörg Hofmann, Freie Hansestadt Bremen (Koordinierungsstelle für IT-Standards - KoSIT) auf. Hofmann zufolge sollen im Rahmen des Steuerungsprojekts eRechnung (2016 – 2019) unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern und der Freien Hansestadt Bremen bewusst eingeräumte Spielräume der Mitgliedsstaaten auf rechtlicher, organisatorischer und technischer Ebene für alle öffentlichen Auftraggeber ausgestaltet werden. Es gehe um „die Schaffung einer nationalen verlässlichen Lösung für öffentlichen Auftraggeber und Dienstlei-

ster der Verwaltung und die Ermöglichung der wirtschaftlichen Umsetzung der Richtlinie für öffentliche Auftraggeber“.

Als Ergebnisse des Steuerungsprojekts führte Hofmann eine erprobte technische Spezifikation (XRechnung) an, die die Einhaltung der europäischen Vorgaben sicherstellt und von Fachverfahrensherstellern implementiert werden kann, zudem Handlungsempfehlungen zur organisatorischen und rechtlichen Umsetzung in Bund und Ländern sowie ein nachhaltiges Betriebskonzept zum Standard XRechnung.

XRechnung

Laut Hofmann bildet XRechnung eine eindeutige Version der Europäischen Norm für nationale öffentliche Auftraggeber ab („National Usage Guideline“). Mit XRechnung soll also kein zusätzlicher Standard geschaffen, sondern Eindeutigkeit hergestellt werden. So müssen beispielsweise Pflichtfelder festgelegt oder die Semantik einzelner Felder beschrieben und die verbindliche EU-Norm um weitere, für die Verwaltung relevante Regelungen ergänzt werden.

Die Freie Hansestadt Bremen und das Bundesministerium des Innern haben im Rahmen ihrer Federführung des Steuerungsprojekts des IT-Planungsrates dazu beschlossen, zur Umsetzung der E-Rechnung ein gemeinsames, abgestimmtes und übertragbares Architekturkonzept für eine zentrale Rechnungseingangsplattform zu erarbeiten. Ebenfalls beteiligt ist das Bundesministerium der Fi-

nanzen. Gemeinsames Ziel ist, möglichst auf bereits bestehenden Komponenten aufzubauen. Bis Anfang 2017 soll das gemeinsame Ergebnis veröffentlicht werden. Die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) wird diesen Prozess fachlich begleiten. Die Ergebnisse sollen in den Standard XRechnung einfließen.

Telemediengesetz

Im Sommer beschloss der Deutsche Bundestag die Änderung des Telemediengesetzes mit dem Ziel, mehr Rechtssicherheit für Anbieter öffentlicher WLANs zu schaffen. Nachdem die Störerhaftung in Deutschland jedoch nur unbefriedigend geregelt wurde, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nun mehr Klarheit geschaffen. Der Weg für offene WLANs ist zwar frei, kann aber genauso schnell wieder geschlossen werden, wie Thomas Hofer, Akademischer Direktor am Rechtsinformatikzentrum der Ludwig-Maximilian-Universität München erläuterte.

Geschäftsleute, die ein kostenloses WLAN-Netz anbieten, haften laut EuGH. Allerdings kann vom WLAN-Betreiber verlangt werden, dass der Anschluss durch ein Passwort gesichert wird. Und Rechtsinhaber könnten bei einer Behörde oder einem Gericht eine Anordnung beantragen, mit der vom Anbieter verlangt wird, Urheberrechtsverletzungen zu stoppen oder ihnen vorzubeugen.

Zahlreiche Sicherheitslücken

Nach Hofers Angaben wurden in diesem Jahr 2.799 Sicherheitslücken allein in den Top 50 der meist verwendeten Softwareprodukte verifiziert. Zwei bis vier Wochen dauert es, bis Hacker 50 % der Sicherheitslücken in Software-Updates geknackt haben. 40 bis 120 Tage brauchen Hacker, um 90 % der Sicherheitslücken auszunutzen und 120 Tage benötigen Unternehmen im Schnitt, um die Sicherheitslücken mit den Hersteller-Patches zu schließen. Fünf bis neun Monate dauert es schließlich, ehe ein Angriff erkannt wird.

Hofers Ausblick: „Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden. Die Geschwindigkeit bestimmt nicht der Staat. Alles, was (dabei) schiefgehen kann, wird schiefgehen.“ Die IT-Sicherheit mit Mitteln des Rechts zu stärken, sei positiv, wobei davon auszugehen sei, dass nicht alle bestehenden Rechtsprobleme beseitigt und überdies auch neue geschaffen werden (erhöhte Novellierungsdichte). Die IT-Sicherheit trete aus dem Schatten des Datenschutzes und werde ein eigener Haftungstatbestand.

Grundsätzlich, so Hofer, müsse man die Pflichtenverdichtung weniger als Herausforderung, denn als Chance begreifen und stelle in diesem Zusammenhang die Frage in den Raum: „Warum müssen Organisationen vom Staat dazu gezwungen werden, mehr Wert auf IT-Sicherheit bei steigender Abhängigkeit zu legen?“

Umgang mit Schadsoftware

Den Umgang mit Schadsoftware beschrieb in seinem Vortrag Claudiu Bugariu, IHK Nürnberg für Mittelfranken. Die Industrie- und Handelskammer hat sich als Multiplikator der Allianz für Cyber-Sicherheit, einer Initiative des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Kooperation mit dem Bundesverband Informationswirtschaft, Tele-

kommunikation und neue Medien (BITKOM), angeschlossen. Als Zusammenschluss aller wichtigen Akteure im Bereich der Cyber-Sicherheit hierzu-lande hat die Allianz das Ziel, aktuelle und valide Informationen flächendeckend bereitzustellen.

Aktuell gebe es digitale Angriffe auf jedes zweite Unternehmen. Die Vorfälle verursachten Schäden in Höhe von rund 51 Milliarden Euro pro Jahr, betonte Bugariu. Laut BITKOM seien Automobilbau, Chemieindustrie und Finanzwesen am häufigsten betroffen. Schäden durch Cyberangriffe kosteten die kleinen und mittleren Unternehmen im Durchschnitt 41.000 Euro. Bei den häufigsten Wirtschaftsstraftaten weltweit nehme die Cyberkriminalität bereits Platz 4 ein.

Wie Bugariu erläuterte, werde die Höhe des Schadens oft unterschätzt und der Aufwand für zusätzliche Maßnahmen gescheut. Die Folgen von Cyberkriminalität kosteten die Weltwirtschaft ca. 445 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die Hälfte dieser Summe entfalle auf die zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Deutschlandweit entstünden jährlich Schäden in Höhe von 59 Mrd. US-Dollar.

Cyberkriminalität

Cyberkriminelle verstünden sich als voll funktionsfähige Anbieter und deckten eine Vielzahl von Bereichen. Sie verfügten über Partner, Mitarbeiter, Händler und Lieferanten und agierten aus dem Untergrund heraus.

Grundsätzlich würden Cyberangriffe immer komplexer, professioneller und zielgerichteter, führte der Referent aus. Über die Hälfte der Angriffe, deren Spektrum sehr groß sei, zielten auf die Systemverfügbarkeit. Da in den kommenden Jahren von einer Zunahme an Übergriffen auf Kundendaten und geistiges Firmeneigentum auszugehen sei, müssten Unternehmen und Kommunen ihre Assets (Kronjuwelen) identifizieren und Schutzmechanismen darauf auslegen.

Aufklärungsmaßnahmen

Für eine Operative Aufklärung könnten unter anderem die IT-Sicherheitsabteilung, interne Revision, Compliance-Abteilung, Strafverfolgungsbehörde, Rechtsabteilung, externe IT-Dienstleister, Geschäftsführung und eine Detektei sorgen. Als Aufklärungsmaßnahmen definierte Bugariu elektronische Datenanalysen, Mitarbeiterbefragungen/Interviews, die Auswertung von Zutrittsprotokollen, die digitale Analyse von Buchhaltungsdaten, die Analyse von Zugriff auf E-Mail-Konten der Mitarbeiter, die forensische Auswertung von Endgeräten, die Auswertung physischer Unternehmensakten, die Sicherung und Auswertung des Arbeitsspeichers sowie die forensische Auswertung mobiler Geräte.

Bugariu zufolge werden die Anforderungen an die IT-Sicherheit steigen. Festzustellen sei eine Professionalisierung von Angriffen und Angriffswerkzeugen, die weiterentwickelt und gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Bedrohungen seien schwer zu bekämpfen, da die Zahl der Angreifer stetig steigt.

Nicht unterschätzt werden dürften gezielte Angriffe auf Unternehmen und Einrichtungen. Je gezielter die Angriffe, desto höher sei die Erfolgsquote für Angreifer und der Schaden für die Angegriffenen. Die neuen Technologien bezeichnete Bugariu als Ursprung von Bedrohungen. Schutzmaßnahmen müssten stetig angepasst und erweitert werden. Social Media, mobile Internetnutzung und Cloud Computing erhöhten die Angriffsfläche und die Anforderungen an die IT-Sicherheit. **DK**

Neuregelung des Umsatzsteuerrechts

Durch die Neuregelung des Umsatzsteuerrechts werden Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Steuererklärungen für juristische Personen des öffentlichen Rechts immer wichtiger. Die AKDB reagiert auf die neuen Herausforderungen und baut ihr Finanzverfahren OK.FIS/Finanzwesen zentral Dialog stufenweise aus. So stellt sie ihren Kunden wie gewohnt neue maßgeschneiderte Lösungen und ein zielgerichtetes Schulungsangebot zur Verfügung.

Die Stufe 1 beginnt mit der Optimierung der Auswertung „Umsatzsteuernachweis“ für die Umsatzsteuer-Voranmeldung und Steuererklärung. In Stufe 2 werden dann Stamm- und Buchungsdaten sowie Anordnungsdialoge optimiert und dienen als Basis zur korrekten Ermittlung der Übergabewerte an das ELSTER-Übergabe-Modul. Und schließlich wird OK.FIS/FINzD in seiner Stufe 3 ein ELSTER-Übergabe-Modul mit ELSTER-Zertifizierung zur Prüfung und Übertragung der meldungsrelevanten Werte enthalten. Damit wird OK.FIS/FINzD kommunale Finanzverwaltungen zuverlässig und in vollem Umfang beim Thema Umsatzsteuer unterstützen. **□**

8. Jahrestagung E-Akte in Berlin:

Digitale Transformation als Chance

Profilierte Experten und erfahrene Praktiker präsentierten im Rahmen der Jahrestagung E-Akte in Berlin auch heuer Best Practices rund um das Thema E-Akte und diskutierten zudem neue Entwicklungen. Der Themenbogen reichte von der mobilen Anwendung und IT-Sicherheit über das Zusammenspiel von E-Akte und Fachverfahren bis zu den möglichen „Szenarien“ der elektronischen Verwaltungsarbeit. Mit weit über 400 Teilnehmern stellte die Veranstaltung erneut einen Rekord auf.

Die Notwendigkeit der Digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung, um Effizienzpotenziale zu heben und Bürokratiekosten zu senken, hob eingangs Kai Whittaker, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses Digitale Agenda des deutschen Bundestags, hervor. Whittaker stellte den aktuellen Stand in anderen Ländern der Europäischen Union dar.

Zur Erfassung und Betreuung der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge wurden konkrete Umsetzungen der Zusammenarbeit von Behörden aufgezeigt. Hierzu stellte Marek Rydzewski von der AOK Nordost die Möglichkeit der Erteilung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber durch ein webbasiertes Verfahren vor. Josef Andriele, Projektleiter für den Basisdienst E-Akte der Bundesverwaltung, präsentierte seinerseits den Fahrplan für die Beschaffung und den geplanten IT-Betrieb der zentralen Anwendung.

In den Fachforen wurden aktuelle Projekte aus Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden vorgestellt. Hierbei ging es um die Integration von Fachverfahren und E-Akte, rechtliche und technische Fragen zum ersetzenden Scannen, der Weiterentwicklung und Migration von E-Akte-Systemen sowie die Einbindung der De-Mail in E-Government-Prozesse. Konzepte und erste Umsetzungen zur Implementierung der ab 2018 von der öffentlichen Verwaltung zu schaffenden Voraussetzungen zur Entgegennahme elektronischer Rechnungen rundeten das Programm ab.

Im Fachforum „E-Akte-Lösungen in Bundesbehörden“ stellte Jürgen Blei, Projektleiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das e-Akte-Projekt „PROTOS im BMZ“ vor, das die Ablösung des bisherigen BMZ eAkte-Systems „OpenText DO-MEA®“ vorbereitet. Dabei soll die Umsetzung der Referenzarchitektur des Bundes eine zentrale Rolle spielen. Aus dieser Referenzarchitektur wurde der „Basisdienst E-Akte“ entwickelt, der ab 2020 einheitlich für alle obersten Bundesbehörden zum Einsatz kommen soll.

Obwohl das BMZ bereits seit vielen Jahren die verbindliche elektronische Akte eingeführt hat, und somit nicht gezwungenermaßen auf die Verfügbarkeit des

Basisdienstes warten muss, spielen die dort empfohlenen Technologien eine entscheidende Rolle bei der Initialisierung des Projektes „PROTOS“, so der interne Codename des neuen E-Akte-Vorhabens.

Wie Blei betonte, biete der SOA-basierte, modulare Ansatz des Architekturmodells endlich die Option, eine elektronische Akte homogen in die Anwendungslandschaft, insbesondere in die Office-Umgebung des BMZ zu integrieren.

In den Ausstellerforen präsentierten zahlreiche Firmen ihre Neu- und Weiterentwicklungen von E-Akte-Systemen u. a. unter den Aspekten des mobilen Arbeitens und des gesicherten Zugriffs auf die E-Akte sowie der immer virulenten Frage des effizienten Datenaustauschs zwischen E-Akte und Fachverfahren.

T-Systems beispielsweise bietet mit der E-Akte Public eine leistungsfähige und nutzerfreundliche Lösung zur rechtskonformen elektronischen Aktenführung. Dabei werden Geschäftsgänge und Veraktung so abgebildet, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wo sich welches Objekt befindet. Diese Transparenz ermöglicht u. a. eine intelligente Dokumentsuche, die alle bearbeitungsrelevanten Informationen direkt auffindbar macht. Darüber hinaus verbessert die E-Akte die interne sowie organisationsübergreifende Zusammenarbeit: Alle Objekte, seien es Akten, Vorgänge oder Dokumente, werden in einer einheitlichen Datenbank gespeichert, können gemeinsam bearbeitet werden und sind mobil zugänglich.

Die IT-Konsolidierung im Bund und in den Ländern hat in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. In einer abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Reinhard Brandl, Mitglied des Bundestags, Felix Zimmermann, Bitkom e.V. und Jens Altmeier, Justizministerium Baden-Württemberg, die Entwicklungen und erläuterten, welche Aufgaben in diesem Feld noch anstehen, um eine weitergehende Standardisierung und damit eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Dabei wurde auch nicht außer Acht gelassen, welche Herausforderungen auf IT-Dienstleister der öffentlichen Hand durch die Schaffung neuer Organisationsstrukturen zukommen. **DK**

Glasfaserüberwachung leicht gemacht

Von Falk Wagner, LASER COMPONENTS GmbH

Das Thema nachrichtentechnische Informationsübertragung ist beinahe so alt wie es zivilisiertes Zusammenleben gibt. So wurden bereits in der Antike mittels optischer Telegrafie Informationen zwischen einem Sender und Empfänger ausgetauscht. Unter Einsatz von Fackeln und zyklisch eingesetzten Blenden konnte man diverse Codes von A nach B übermitteln. Wenn man so will, hat sich an dem grundsätzlichen Prinzip bis heute nichts geändert, obgleich sich Infrastrukturen und Datenraten sicherlich nicht mehr mit denen aus der Antike vergleichen lassen. In jedem Fall gleich geblieben ist das Ziel einer hundertprozentigen Verfügbarkeit eines nachrichtentechnischen Kommunikationsweges sowie der Schutz vor Sabotage und dem Mit-hören Dritter - ganz gleich ob aus militärischen oder betriebswirtschaftlichen Beweggründen.

Aus diesem Grund gibt es in der modernen Übertragungstechnik Möglichkeiten, sich vor ungewollter Manipulation seiner Netzinfrastruktur zu schützen. Dazu zählt insbesondere das Rückgrat eines jeden Netzes, welches heutzutage ausschließlich aus Glasfaserleitungen besteht.

Detektierung in Echtzeit

Zum Einsatz kommt in der modernen IT ein Glasfaserüber-

wachungssystem, welches möglichst skalierbar sein sollte, um mit wachsendem Netz eines Betreibers mühelos erweitert werden zu können. Ein Überwachungssystem der neuesten Generation ermöglicht dabei die Detektierung eines Ereignisses auf der Glasfaserstrecke annähernd metergenau und in Echtzeit. Dazu gehören neben dem radikalsten Störungsanlass „Faserbruch“ auch Streckenveränderungen, die eine Dämpfung nach sich ziehen, wie beispiels-

weise verursacht durch Fiber-Tapping, bei dem mittels Biegung (Bending) einer Faser das Licht des Übertragungssignals ausgekoppelt wird und ohne Einsatz eines Überwachungssystems unbemerkt abgehört werden kann. Selbst die Ummantelung einer Faser bietet hierbei

keinen ausreichenden Schutz.

War die vorrangige Motivation, ein Glasfaserüberwachungssystem einzusetzen bis vor ein bis zwei Jahren noch die damit erzielbare deutlich reduzierte Mean Time To Repair (MTTR), also die gemessene Zeitdauer zwischen Störungsereignis und vollständiger Störungsbehebung, so wird Glasfaserüberwachung heute mehr denn je aus Gründen der Absicherung vor Sabotage, Diebstahl und zum Detektieren von Abhörversuchen eingesetzt. Auch die gegen elektromagnetische Störsender unanfällige Überwachung von Schachtdeckeln oder

Türen kritischer Infrastrukturen ist damit problemlos möglich. Es bedarf hierzu nur einer einzigen übrig gebliebenen Faser und einem entsprechenden Sensor am jeweiligen Überwachungsort. Bis zu 80 Sensoren lassen sich dabei mit nur einer Faser ansteuern.

Wachsende Kundschaft

Klassische Netzbetreiber, staatliche Behörden und Zweckverbände im Betreibermodell wie Kreise, Städte und Gemeinden setzen bereits auf die Glasfaserüberwachung. Darüber hinaus immer mehr und insbesondere seit den Neuregelungen des BSI zur Meldepflicht im Rahmen des IT-Sicherheitsgesetzes vom 25. Juli 2015 auch Betreiber kritischer Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorger.

Die Ereignis-Alarmierung seitens des Systems sollte dabei über verschiedene Wege erfolgen können wie E-Mail, SMS, via SNMP an ein NOC oder über ein Relais. Gerade letzteres sowie die Möglichkeit, sich im Bedarfsfall mittels separater lokaler Schnittstelle auf eine Messeinheit verbinden zu können, sollte jede Überwachungslösung bereitstellen. Nur

so kann sichergestellt werden, dass auch bei Netzwerkmanipulationen auf höheren Schichtenebenen (z.B. Router Hacking) immer eine Möglichkeit besteht, direkten Zugang zu seiner Glasfaserüberwachung zu erlangen und jeder Zeit unabhängig von Netzwerken und Mobilfunknetzen ein aktueller Alarmstatus der Messeinheit und der angebundenen Glasfaserstrecken zur Verfügung steht. Fragen Sie bei Laser Components nach modernen Systemen für die Glasfaser-Überwachung.

Professionelle Schulungen

Bei der Laser Components GmbH erhalten Netzwerkbetreiber, Installateure und Systemhäuser alles zum Thema Lichtwellenleitertechnik: Es gibt Messgeräte für die Netzwerktechnik - zu denen beispielsweise Systeme zur Glasfaserüberwachung zählen - aber auch Spleißgeräte, Reinigungsmittel oder Geräte zur Steckerinspektion. Sogar professionelle Schulungen für alle Bereiche der Lichtwellenleiter-Technik werden angeboten: Schauen Sie auf dem LC Campus vorbei! □

M-net stärkt Wirtschaftsstandort

Glasfaser-Internet für Gewerbegebiet Würzburg-Ost

Der regionale Telekommunikationsanbieter M-net erschließt in Kooperation mit der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH (WVV) das Gewerbegebiet Ost in Würzburg mit Glasfaserkabeln. Nach Abschluss der Arbeiten stehen den Firmen im Gewerbegebiet und den umliegenden Privathaushalten leistungs- und zukunftsfähige Breitband-Internetanschlüsse zur Verfügung.

Unternehmen sind heute mehr denn je auf einen schnellen Internetanschluss angewiesen. Ein Großteil der Kommunikation findet über das Internet statt, der weltweite Datenaustausch steigt exorbitant; der damit verbundene Bandbreitenbedarf wächst seit Jahren rasant. So begrüßt Würzburgs Bürgermeister Dr. Adolf Bauer den Glasfaserausbau im Gewerbegebiet Ost: „Für die ansässigen Betriebe bringt der Glasfaserausbau große wirtschaftliche Chancen. Außerdem steigert er die Attraktivität des Gewerbegebiets und fördert damit die Ansiedlung neuer Unternehmen. Von dieser Maßnahme profitiert der Wirtschaftsstandort Würzburg.“

Anschlüsse für 300 Betriebe

M-net wird im Rahmen des Projekts sechs sogenannte Kabelverzweiger im Gewerbegebiet mit Glasfaser erschließen und damit knapp 300 Gewerbebetrieben professionelle Geschäftskundenanschlüsse mit adäquaten Bandbreiten anbieten. Bei entsprechendem Bedarf verlegen die Ausbaupartner die Glasfaserleitung bis in einzelne Gebäude, um noch weitaus höhere Bandbreiten bereitstellen zu können.

„Wir bieten den Unternehmen im Gewerbegebiet Ost künftig einen echten Wettbewerbsvorteil“, erklärt Gerhard Krämer, Regionalbeauftragter für Unterfranken bei M-net. „Unsere schnellen und zuverlässigen Anschlüsse ermöglichen ein effektives und modernes Arbeiten. Per IP-VPN können wir zum Beispiel mehrere Unternehmensstandorte sicher miteinander vernetzen. Außerdem betreibt M-net zertifizierte Rechen-

zentren, in denen wir nicht nur unseren eigenen Datenverkehr abwickeln, sondern auch eine sichere Infrastruktur für die Server unserer Kunden bieten.“

Eigenwirtschaftliche Finanzierung

Für den Ausbau werden keine staatlichen Fördergelder bezogen, es handelt sich um eine komplett eigenwirtschaftliche Finanzierung. „Wir freuen uns, bei diesem für Würzburg zukunftsweisenden Projekt erneut mit unserem langjährigen Partner M-net zusammenzuarbeiten“, sagt Thomas Schäfer, Geschäftsführer der WVV. „Hier ergänzen sich die Kompetenzen und das Know-how zweier kommunal und regional geprägter Unternehmen - die WVV mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, die M-net als Telekommunikationsanbieter. Zusammen setzen wir nun einen weiteren Meilenstein bei der Erschließung schneller Datenleitungen in der Region.“

Strukturelle Aufwertung

Neben den Gewerbebetrieben profitieren auch umliegende Privathaushalte von dem Ausbau. Über 160 Wohneinheiten im Umfeld der auszubauenden Kabelverzweiger werden miterschlossen. Das gesamte Areal erhält damit eine deutliche strukturelle Aufwertung. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Sommer 2017 abgeschlossen sein. Zu gegebener Zeit informiert M-net alle Unternehmen und Anwohner über die verfügbaren Anschlüsse, Dienstleistungen und den Prozess des Anbieterwechsels. □

Vectoring verhilft Haushalten zu Datenübertragungen bis 100 Mbit/s

Regensburg (RL). Das Warten hat sich gelohnt. Rund 5.400 Neutraublinger Haushalte nutzen nach Abschluss der Ausbaumaßnahme nunmehr das schnelle Vectoring Netz der Telekom. Wie Harald Albert, Regiomanager der Telekom Deutschland, kürzlich betonte, hätten die Neutraublinger Bürgerinnen und Bürger durch das neue Netz die Möglichkeit, mit Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s im Internet zu surfen. Durch den verstärkten Upload von 40 Mbit/s sei auch das Hochladen von größeren Datenmengen ab sofort kein Problem mehr.

„Wir freuen uns, dass es nun so weit ist. Neutraubling gehört jetzt ebenfalls mit zu den schnellsten Internet-Städten in Deutschland“, bedankte sich stellvertretender Landrat Willi Hogger für den Ausbau. Der Landkreis Regensburg habe durch die koordinierende gemeindeübergreifende Mitwirkung und Förderung dazu beigetragen, dass die weißen Flecken immer kleiner werden. Eine moderne digitale Infrastruktur sei ein Standortvorteil – für die gesamte Stadt aber auch für jede einzelne Immobilie.

42 Kabelverzweiger versorgt

In Neutraubling wurden insgesamt 12.400 Meter Glasfaserkabel eingezogen und 3.000 Meter Rohr verlegt. Des Weiteren

waren 1.600 Meter Tiefbau nötig, um die 20 neuen Multifunktionsgehäuse zu versorgen. Insgesamt werden durch diesen Ausbau 42 Kabelverzweiger im Stadtgebiet Neutraubling mit schnellem Internet versorgt. „Während der Bauphase waren wir immer bestrebt, die Beeinträchtigungen für die Anwohner so gering wie möglich zu halten und in überschaubaren Bauabschnitten voranzugehen“, so der Leiter der Planungsabteilung Heinrich Aumer von der Telekom Technik Niederlassung Regensburg, zu den Details dieses technischen Ausbaus.

Bürgerinnen und Bürger, die in den Genuss der höheren Datenübertragungsraten kommen wollen, müssen dazu neue Verträge abschließen. □

Breitbandausbau auf dem Lande

Neuer EU-Investitionsfonds

Die EU richtet für den Breitbandausbau in entlegenen Regionen einen speziellen Investitionsfonds ein. Für den „Connecting Europe Broadband Fund“ haben die EU-Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) ihre Pläne in Brüssel vorgestellt. Mit dem neuen Breitband-Fonds sollen private und öffentliche Investitionen in unterversorgten Gebieten gefördert werden. Die KfW Bankengruppe aus Deutschland ist neben den staatlichen Förderbanken aus Italien und Frankreich einer der drei Ankerinvestoren.

Der neue Fonds soll bis zu 500 Mio. Euro von öffentlichen und privaten Investoren einwerben. Die EU-Kommission wird 100 Mio. Euro aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) in den Europäischen Breitbandfonds investieren. Der Fonds wird die erste Investitionsplattform sein, die den Breitbandausbau unter dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFISI) bündelt.

Jedes Jahr sollen damit in einem Umfang zwischen 1 und 30 Mio. Euro sieben bis zwölf Projekte finanziert werden. Insgesamt wird erwartet, dass der Fonds zusätzliche Investitionen zwischen 1 und 1,7 Mrd. Euro für den Breitbandausbau in unterversorgten Gebieten auslöst.

Der operationelle Start des Fonds ist für Mitte 2017 vorgesehen. Gemanagt wird der Fonds von Cube Infrastructure Managers S.A., einem Unternehmen mit umfangreichen Erfahrungen in Projekten im Digitalbereich, das durch eine öffentliche Ausschreibung in diesem Sommer ermittelt wurde.

Bis 2020 sollen alle Haushalte in der EU Internetverbindungen von mindestens 30Mb/s haben. Außerdem sollen bis 2025 alle Bereiche mit besonderer sozioökonomischer Bedeutung wie Schulen, Hochschulen, Forschungszentren, Verkehrsknotenpunkte, Anbieter öffentlicher Dienste (etwa Krankenhäuser und Verwaltungen) sowie Unternehmen, die sich in hohem Maße auf Digitaltechnik stützen, eine äußerst leistungsstarke Gigabit-Internetanbindung erhalten – mit Send- und Empfangsgeschwindigkeiten von 1 Gigabit pro Sekunde. □

o2.de | O₂ Shops

Mit O₂ Free[®] geht dir beim Surfen nie wieder die Luft aus*

Endlich unendlich surfen und streamen.*
Jetzt neu bei O₂

EINE *Telefonica* MARKE

You can do. O₂

Telefonica Germany GmbH & Co. OHG, Georg-Brauchle-Ring 23-25, 80992 München
*Mtl. Kosten 24,99€ / 34,99€ / 44,99€ / 54,99€, 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Einmaliger Anschlusspreis 29,99 €. Nationale Gespräche (außer Sonderrufnummern, Rufumleitungen) und SMS in alle dt. Fest- und Mobilfunknetze, eine Festnetznummer für eingehende Gespräche aus Deutschland zu Festnetzkontingenten sowie 1 GB/2 GB/4 GB/8 GB Highspeed Datenvolumen für mobiles Surfen mit bis zu 225 Mbit/s (im Durchschnitt 13 Mbit/s; Upload bis zu 50 Mbit/s, im Durchschnitt 8,6 Mbit/s) im dt. O₂ Mobilfunknetz pro Abrechnungsmonat enthalten. Nach Verbrauch des Highspeed Datenvolumens kann unendlich im O₂ 2G/GSM und 3G/UMTS Netz mit bis zu 1000 kbit/s (im Durchschnitt 994 kbit/s) weiter gesurft werden (HD Video-Streaming und Internetanwendungen mit ähnlich hohen oder höheren Bandbreitenanforderungen nicht uneingeschränkt möglich; Upload bis zu 1000 kbit/s, im Durchschnitt 945 kbit/s).

Konvent der Baukultur 2016 in Potsdam:

Lebensräume in Stadt und Land

Eine öffentliche Standortbestimmung zur Lage der gebauten Umwelt in Deutschland nahm der diesjährige Konvent der Baukultur in Potsdam vor. Im Rahmen der Tagung präsentierte und diskutierte die Bundesstiftung Baukultur erstmalig den aktuellen Bericht „Stadt und Land“. Ziel der Stiftung ist es, das Bewusstsein für gutes Planen und Bauen in der Gesellschaft breit zu verankern.

Der Baukulturbericht 2016/17 gibt einen Überblick zur aktuellen Lage der Baukultur in Deutschland, zu Fragen nach dem infrastrukturellen Ausbau, zur Zukunft der gebauten Lebensräume in Stadt und Land sowie zur Teilhabe und Bürgermitwirkung. Best-Practice-Beispiele werden vorgestellt und Forschungserkenntnisse veranschaulicht.

Mittel- und kleinstädtische sowie ländliche Räume werden in Augenschein genommen und deren Bezug zur Großstadt beleuchtet. Zu den drei Schwerpunktthemen „Vitale Gemeinden“, „Infrastruktur und Landschaft“ sowie „Planungskultur und Prozessqualität“ formuliert der Bericht Handlungsempfehlungen für Akteure aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Planung sowie Kultur, Bildung und Forschung.

Laut Baukulturbericht gilt es auf dem Weg zur „vitalen Gemeinde“ zunächst, den Ortskern zu stärken und zu vitalisieren. Die Zukunft ländlicher Räume, vor allem schrumpfender Gemeinden, hängt von Konzentration und Verdichtung ab, die bauliche Voraussetzung für ein finanziell leistbares Infrastrukturanangebot sind und Anknüpfungspunkte für ein örtliches Gemeinschaftsleben schaffen. Die Gemeinden sollten daher den Flächenverbrauch stoppen, Brachflächen im Siedlungsraum aktivieren und den Leerstand durch Kataster erfassen.

Durch Kooperationen, Förder-

programme, Preise und Auszeichnungen könnten Bund und Länder wichtige Unterstützung bei der Stärkung der Ortsmitte leisten. Zudem seien Leuchtturmprojekte in der Lage, Nachfolgeprojekte und -investitionen auszulösen, wenn sie durch einen guten Beteiligungs- und Kommunikationsprozess von hoher Akzeptanz und Identifikation getragen werden.

„Die Nutzung ist der Schlüssel zur Vermeidung von Leerstand und Ödnis“, heißt es weiter. „Daher gilt es, vor allem im Ortszentrum neuartige, gemischte und bedarfsgerechte Konzepte zu entwickeln und zu betreiben – mit aktiver Beteiligung von Privateigentümern, Initiativen und Gewerbetreibenden.“

Neue Wohnformen fördern

„Keine Neubaugebiete planen, sondern städtebauliche Siedlungen mit angemessenen Gestaltungsregeln, um langfristig ökonomisch und sozial wertbeständig zu sein“, lautet die Maxime. Neue Einfamilienhäuser am Ortsrand sollten nur in stark wachsenden Gemeinden als städtebaulich qualifizierte Siedlungen geplant werden, sonst schwächen sie die Ortsmitte. Neue Wohnformen wie generationenübergreifendes Wohnen, Gewerbe, Handel und gemischtes Wohnen im Ortszentrum seien von Bund und Ländern aktiv zu fördern.

Ortsspezifisches Bauen stärke die Identität. Die Berücksichtigung lokaler bzw. regionaler Baustile, Materialien und Formen bei Neu- und Umbau seien dafür Voraussetzungen. Baukultur müsse zur Chefsache gemacht und als in die Zukunft gerichtetes Leitbild gemeinsam mit den Bürgern entwickelt werden. Gestaltungssatzungen oder -fibeln, Leitfäden oder Richtlinien, Bauberatung oder allgemeine Vermittlung, Wettbewerbe und Gestaltungsbeiräte seien wichtige unterstützende Instrumente.

Erhalt des baukulturellen Erbes

„Für einen erfolgreichen Denkmalschutz ist die sinnvolle Nutzung der Schlüssel für den Erhalt des baukulturellen Erbes“, heißt es. Die Vermittlung von guten Beispielen könne öffentliche und private Bauvorhaben unterstützen. Baukulturinitiativen, Verbände und Kammern sollten ihre Angebote der Baukulturvermittlung, -schulung und -förderung von Gemeinden im ländlichen Raum ausbauen.

Auf dem Weg zu „Qualität in der Landschaft“ gilt es dem Bericht zufolge zunächst, die Infrastruktur und Landschaft zu gestalten und ortsgerecht zu planen. Die Folgen des Klimawandels und der Energiewende sowie der Ausbau der Infrastruktur müssten als aktive Gestaltungsaufgaben behandelt werden: „Solarfelder, Windräder, Stromtrassen und Hochwasserschutzanlagen werden unsere Landschaft prägen und verändern. Sie müssen gestalterisch qualifiziert werden und einen Mehrwert für die gebaute

Umwelt schaffen.“ Um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, seien landschaftsprägende Projekte interdisziplinär und gemeinsam von unterschiedlichen Planungsebenen (Land, Region, Gemeinde) zu bearbeiten.

„Neue Lebens- und Freizeiträume durch Konversion schaffen“, lautet eine weitere Empfehlung. Die Konversion von aufgegebenen landwirtschaftlichen Bauten, von baulichen oder landwirtschaftlichen Industriebrachen, von Abbauflächen, Deponieflächen oder Kläranlagen sei ein zentrales Mittel zur regionalen Aufwertung. Ziel für öffentliche und private Grundeigentümer sollte ein auf Konversion ausgeglichenes Flächenmanagement sein, das den Flächenverbrauch reduziert, das Klima schont und die Qualität der Landschaft bewahrt oder weiterentwickelt.

Regionale Kooperation sei eine wichtige Voraussetzung auch für die Einrichtung von regionalen Parks oder Erlebnisräumen. Sonderformate wie Gartenschauen, Regionalen, Internationale Bauausstellungen etc. sollten im Hinblick auf ihr Potenzial zur langfristigen Aufwertung aktiv eingesetzt werden.

Als wichtige Handlungsempfehlung auf dem Weg zu Planungskultur und Prozessqualität erachtet der Bericht die Stärkung von Kompetenz und Kooperation: „Baukultur ist integraler Bestandteil der Gemeindeentwicklung. Kompetente Verwaltung und Politik nutzen dieses Potenzial. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden muss Baukultur auch Chefsache sein.“

Kompetenz und Kooperation

In Planungsverbünden, durch mobile Bauberatung und mobile Gestaltungsbeiräte könnten Kompetenz und Kooperation gestärkt werden. Formate wie aktivierende Planungswerkstätten, Workshops oder Reisen zu Referenzprojekten zeigten Gestaltungsmöglichkeiten für die Gemeinde und andere Bauherren auf. Baukulturinitiativen, Berufsverbände und -kammern seien dabei wichtige Multiplikatoren.

„Aktive Bodenpolitik betreiben“ lautet eine weitere Aufforderung. Die Anlage eines Flächenkatasters sei wichtige Voraussetzung für ein aktives Entwicklungs- oder Leerstandsmanagement. Die Wiederbelebung von Leerstand durch aktive Ankauf- und Vergabepraxis sowie innovative Beteiligungsprozesse sei ein zentrales Mittel, um das Sozialleben einer Gemeinde zu stärken. Bund und Länder sollten die Möglichkeit revolvierender Grundstücksfonds auch für Gemeinden eröffnen, für die eine Vorfinanzierung durch den eigenen Haushalt bisher nicht machbar ist.

DK



Das GEWOFLAG Dantebad. Bild: Florian Nagler Architekten

„Wohnen für alle“:

Von der Idee zum Richtfest in weniger als 12 Monaten

Am Wintereingang des Dantebads in München baut die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFLAG im Rahmen des Wohnungsbauförderprogramms „Wohnen für alle“ ein fünfstöckiges Gebäude mit 100 Wohneinheiten. Der Neubau steht auf Stelzen über einem Parkplatz, der sich im Eigentum der Stadt München befindet und der nach der Fertigstellung weiterhin als öffentlicher Parkplatz genutzt werden kann. Dr. Klaus-Michael Dengler, Sprecher der Geschäftsführung der GEWOFLAG, freute sich sichtlich über die erstaunlich kurze Bauzeit. Zwölf Monate zuvor hatte er selbst noch auf diesem Parkplatz geparkt und nicht einmal gehaut, dass er ein Jahr später hierher zum Richtfest einladen darf.

Dengler dankte insbesondere dem Ideengeber Dr. Ernst Böhm und Brigitte Dworak vom Generalunternehmen B&O Wohnungswirtschaft, deren persönliches Engagement das „Turboprojekt“ erst ermöglicht hat. Oberbürgermeister Dieter Reiter fügte hinzu, dass dieses Turboprojekt nun als Schablone für alle anderen „Normalprojekte“ zu dienen habe.

Das Gebäude mit 2.880 qm Wohnfläche wurde von der Firma Huber & Sohn in Holzbauweise errichtet und steht auf einem Betontisch, der, so erläuterte Rainer Kemnitzer, vor Ort durch die Firma E. Hönninger gegossen wurde. Alle weiteren Betonteile wie Laubgänge, zusätzliche Stützen, Treppen und auch Bäder wurden vorproduziert angeliefert. Wegen der einfacheren Montage und dem platzsparenden Raumkonzept wurden mit Fernwärme betriebene Deckenheizkörper verwendet. Josef Huber, Geschäftsführer von Huber & Sohn, spricht von einem „durchaus sportlichen Zeitplan“. Gearbeitet wurde in drei Partien, damit der Bau sechs Tage die Woche an vielen Stellen gleichzeitig fortschreiten konnte. „Üblicherweise braucht man die dreifache Zeit“, so Huber.

Nach einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der Anwohnerschaft wurde festgelegt, dass die zukünftigen Bewohner sich

je zur Hälfte aus anerkannten Flüchtlingen und sonstigen berechtigten Haushalten verschiedener Einkommensstufen zusammensetzen und mindestens 40 % Frauen ab Januar 2017 in das Gebäude einziehen werden. Es wird 86 1-Zimmer-Appartements und 14 2,5-Zimmer-Wohnungen geben. Vier Wohnungen sind rollstuhlgerecht. Bei Bedarf können weitere Wohnungen umgerüstet oder zusammengelegt werden. Gemeinschaftsräume, Aufweitungen von Laubgängen und Freiflächen auf dem Dach bieten den Mietern Möglichkeiten des Aufenthalts außerhalb ihrer Wohnung und zur Begegnung.

Zum Richtfest wurden neben den Anwohnern und der Presse auch Manager großer Einzelhandelsketten eingeladen und sofort zu einem persönlichen Gespräch mit Oberbürgermeister Dieter Reiter gebeten, um dieses Modellprojekt denjenigen zu präsentieren, die innerhalb der Stadt große, bereits versiegelte und erschlossene Flächen in Form von Parkplätzen besitzen. Horst Lischka, Erster Bevollmächtigter der IG Metall und Stadtrat der Stadt München, sieht großes Potential auch bei Industriebetrieben, die „Parkplätze beispielsweise mit Werkwohnungen bebauen und so dazu beitragen könnten, den Münchner Wohnungsnotstand zu entschärfen“. CH

Vorbildliche Architektur für den Menschen

Schmuttertal-Gymnasium in Diedorf ist Sieger des DGNB-Preises „Nachhaltiges Bauen“ 2016

Deutschlands wichtigster Architekturpreis für nachhaltige Gebäude ging in diesem Jahr an ein Projekt, das speziell den Menschen als Nutzer in den Fokus setzt. Mit dem Preis „Nachhaltiges Bauen“ der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen wurde das am Rande des Naturparks Augsburg in Diedorf gelegene Schmuttertal-Gymnasium ausgezeichnet. Der von Florian Nagler Architekten und Architekten Hermann Kaufmann ZT entworfene Bau gilt als die größte aus Holz errichtete Plusenergieschule in Deutschland.

Die Holzkonstruktion bietet den rund 1.000 Schülern moderne und offene Lernlandschaften zum gemeinschaftlichen, selbstorganisierten Lernen. Architektur-integrierte Photovoltaik liefert mehr Strom als benötigt – so wird der Primärenergiebedarf der Schule um den Faktor 1,5 überkompensiert. Dank Modulbauweise konnte die kreuzförmige Anlage kostengünstig und in nur zweijähriger Bauzeit fertiggestellt werden.

Wie die Jury in ihrer Begründung mitteilte, fügt sich das Ensemble, bestehend aus vier Gebäuden, in herausragender Weise in die Landschaft am Rand des

Naturparks Augsburg ein. „Neben einer hochwertigen Architektur ist die Anpassungsfähigkeit des Gymnasiums ein wesentliches Kriterium für eine langfristige Nutzung. Der Holzbau nutzt eine durchgehende digitale Datenkette von der Planung über die Fertigung bis zur Montage vor Ort. Diese Entwurfs- und Herstellungsmethode bietet eine effiziente und rationale Fertigung mit sehr kurzer Bauzeit und kann beispielgebend für andere Bauprojekte werden. Durch die Holzkonstruktion kommt ein nachwachsender Baustoff zum Einsatz, der nur wenig graue Energie benötigt

und eine gute CO2-Bilanz ermöglicht.“

Die Holz-Beton-Verbunddecke bringe thermische Masse ins Gebäude und dämpfe dadurch die Schwankungen im Tages- und Jahrestemperaturverlauf, heißt es weiter. Der Einsatz hocheffizienter Haustechniksysteme und einer Photovoltaik-Anlage mit einer Nennleistung von 440 kWp ermögliche die Erzeugung von mehr Energie als verbraucht wird.

Doch der Modellcharakter des Gymnasiums basiere nicht nur auf seiner hervorragenden energetischen „Performance“, sondern hauptsächlich darin, dass es gelungen sei, eine spannende Lernlandschaft mit einer vorbildhaften neuen Entwurfs- und Herstellungsmethodik zu gestalten. „Modulbauweise und Vorfertigung sind beliebte Schlagworte in der Debatte um eine kostengünstige Systembauweise für die großen Bauaufgaben unserer Zeit: Wohnungsbau und Bildungsbau. Mit dem Schmuttertal-Gymnasium wird vorbildhaft aufgezeigt, dass diese Herstellungsmethodik nicht zu einem bloßen Funktionsbau führen muss, sondern gute, spannende und flexible Raumkonfigurationen ermöglicht.“

Augsburgs Landrat Martin Sailer zeigte sich hocherfreut über den Preis: „Nur der Gestaltungskraft und dem unermüdlichen und äußerst engagierten Einsatz aller an der Planung und dem Bau Beteiligten ist diese großartige Auszeichnung zu verdanken. Das Schmuttertal-Gymnasium hat damit Vorbildfunktion weit über die Grenzen des Bildungslandkreises Augsburg hinaus.“ DK



Dank Modulbauweise konnte die kreuzförmige Anlage kostengünstig und in nur zweijähriger Bauzeit fertiggestellt werden. □

Unterstützung kommunaler Bauprojekte

Innenministerium erstellt gemeinsamen Leitfaden

Zur schnelleren Realisierung von dringend anstehenden Bauprojekten hat Bayerns Innenministerium gemeinsam mit Vertretern aus Kommunen, Banken und Wirtschaft einen Leitfaden erarbeitet, der die bayerischen Kommunen künftig bei ihren Projekten unterstützen soll. Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sieht in der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Partnern im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP oder PPP) eine große Chance zur Bewältigung der aktuellen Probleme. Daher will er sich auch weiterhin für die Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen.

Herrmann verwies auf die Vielzahl von kommunalen und staatlichen PPP-Projekten im gemeinsamen Leitfaden, in denen die Partnerschaft erfolgreich praktiziert werde und längst Alltag sei. Man wolle Chancen und Risiken aufzeigen und verlege sich auf unterschiedliche Vertragsmodelle. Der Leitfaden enthalte auch den neu entwickelten PPP-Eig-

nungstest, der den Kommunen als Entscheidungshilfe zum Projekteinstieg diene.

Die Oberste Baubehörde berate die Gemeinden bei der Durchführung ihrer PPP-Projekte. Dieses Angebot hätten mittlerweile mehr als 150 Kommunen in Anspruch genommen, so der Minister. Außerdem könnten sie im Rahmen des „Kommunalen Fo-

rum PPP“ ihre Erfahrungen austauschen. Dabei profitierten sie von der Praxis vieler öffentlicher Auftraggeber.

Die Zusammenarbeit bei einem PPP-Projekt erstreckte sich auf den gesamten „Lebenszyklus“ eines Bauwerks. Dazu gehörten Planung, Bau, Unterhalt, Betrieb und ggf. auch die Finanzierung und Verwertung. Hierbei gelte der Grundsatz, dass die mit dem Bau und Betrieb einer Bauinvestition verbundenen Projektrisiken von dem Partner übernommen werden, der diese am besten handhaben könne. So werde eine optimale Aufgabenverteilung mit dem Ziel größtmöglicher Effizienzvorteile erreicht, erklärte Herrmann. rm

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann:

PPP-Rahmenbedingungen weiter verbessern

Neuer Leitfaden für Öffentlich-Private Partnerschaften in Bayern

Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sieht in der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Partnern im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP oder PPP) eine sehr gute Möglichkeit, dringend anstehende Bauprojekte schneller zu realisieren. Deshalb hat das Innenministerium gemeinsam mit Vertretern aus Kommunen, Banken und Wirtschaft einen Leitfaden erarbeitet, der die bayerischen Kommunen bei ihren Projekten unterstützen soll.

Der Teil 1 des Leitfadens, der nunmehr in 2. aktualisierter Auflage vorliegt, erläutert den Begriff von PPP und befasst sich mit den Chancen und Risiken dieser Beschaffungsvariante. Des Weiteren werden die gängigen PPP-Vertragsmodelle erklärt, wobei sich in der bayerischen PPP-Praxis zahlenmäßig das sog. Inhabermo-

dell durchgesetzt hat. Völlig neu konzipiert ist der PPP-Projekteignungstest, der, im Vergleich zur Voraufgabe, nunmehr allein auf qualitative Bewertungskriterien abstellt. 18 Beispiele für gelungene PPP-Projekte in Bayern und Hinweise zur erfolgreichen Realisierung eines PPP-Projekts im kommunalen Bereich runden den Leitfadeneintrag ab.

Schnellere Realisierung

Minister Herrmann sieht in der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Part-

nern im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP oder PPP) eine sehr gute Möglich-

keit, dringend anstehende Bauprojekte schneller zu realisieren. Der Leitfaden erläutert die Grundlagen von PPP und stellt erfolgreiche Projekte der letzten zehn Jahre in Bayern vor. Herrmann: „Die zahlreichen Beispiele kommunaler und staatlicher PPP-Projekte in unserem Leitfaden belegen, dass die Partnerschaft erfolgreich praktiziert wird und längst Alltag ist. Ich setze mich auch weiterhin dafür ein, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden.“

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

„Wir wollen sowohl Chancen als auch Risiken aufzeigen und

munen haben dieses Angebot bereits in Anspruch genommen.“

Kommunales Forum PPP

Außerdem können Kommunen im Rahmen des 'Kommunalen Forum PPP' ihre Erfahrungen austauschen. Sie profitieren dabei von der Praxis vieler öffentlicher Auftraggeber und können Kontakte zu Fachleuten aus der Verwaltung knüpfen.

Die Zusammenarbeit bei einem PPP-Projekt umfasst den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks. Dazu gehören die Pla-

zung und Abwehr von Drohen und ähnlichen Fluggeräten. Spannende Synergien seien garantiert, denn die U.T.SEC finde im Verbund mit den Fachmessen IWA OutdoorClassics und Enforce Tac statt, zu denen insgesamt über 1.600 Aussteller und 50.000 Fachbesucher erwartet werden.

Abgerundet werde dieser neue „Nürnberger Veranstaltungs-Dreiklang“ durch die im Februar stattfindende Net.Law.S – die Konferenz für Recht, Gesellschaft & Industrie in der digitalen Welt. Inhaltlich schließe Net.Law.S eine Lücke, die beim Internet der Dinge oder der globalen Digitalisierung bisher kaum behandelt wird – nämlich die gesamte Klaviatur, beginnend mit den Chancen von Industrie 4.0, E-Health und Smart Mobility und endend mit Fragen wie „Wer trägt eigentlich die Verantwortung?“ oder „Wer übernimmt die Haftung im Ernstfall?“. Das zum Thema „neue Veranstaltungen in Nürnberg“.

Neben der skizzierten Innovationsoffensive werden auch die Investitionen ins Messezentrum Nürnberg weiter forciert, um die hohe Attraktivität des Messestandorts zu sichern. Für Fleck stellt dies eine zentrale Weichenstellung dar: „Der Bau der neuen Halle 3C befindet sich aktuell im Zeit- und Kostenplan. Damit sind wir optimistisch, unser neues Schmuckstück im dritten Quartal 2018 in Betrieb nehmen zu können.“

Der Ausblick auf 2017 ist maßgeblich vom turnusgemäßen Aussetzen großer internationaler Fachmessen in Nürnberg geprägt, insbesondere bei den zentralen Herbst-Veranstaltungen. „Nach dem Rekordjahr 2016 gilt es nun, betriebswirtschaftlich ein schmales Tal zu überwinden, ehe wir 2018 postwendend wie vorgese-

hen wiederum deutlich über eine viertel Milliarden Euro Umsatz erzielen werden“, erklärten beide NürnbergMesse-Geschäftsführer übereinstimmend. **DK**

klusansatz verfolgt außerdem das Ziel, Kostensicherheit für den Projektträger und gleichbleibende Leistungsstandards für den Nutzer sicherzustellen. Dr. Detlef Lupp, Bayerischer Bauindustrieverband, der seit 2004 den bayerischen PPP-Arbeitskreis leitet, erläutert hierzu: „Das Bemerkenswerte an dem Leitfaden ist, dass dieser von allen an dem Arbeitskreis beteiligten und im Impressum des Leitfa-

dens aufgelisteten Institutionen inhaltlich mitgetragen wird und damit eine auf breitem Konsens beruhende Position zur Realisierung von PPP-Projekten in Bayern vorliegt. Dies ist in Deutschland nach wie vor einzigartig.“

Weitere Informationen zu PPP sind im Internet unter www.ppp.bayern.de abrufbar. Die PPP-AG Bayern ist unter ppp@stmi.bayern.de erreichbar. **□**

Demographie-Kompetenzzentrum Oberfranken:

Leuchtturmprojekt mit Symbolcharakter

Wie können wir auf die unterschiedlichen Herausforderungen reagieren und die vielfältigen Chancen nutzen, die der demographische Wandel mit sich bringt? Diese Frage steht im Zentrum des Demographie-Kompetenzzentrums Oberfranken, das auf dem Gelände des Loewe-Campus in Kronach angesiedelt ist. Dabei geht es nicht nur um Aspekte der Alterung. Vielmehr umfasst diese Thematik alle Generationen in den unterschiedlichsten Bereichen. Sie bestimmt unsere medizinische Versorgung und die Daseinsvorsorge ebenso wie den Bildungssektor, den Einzelhandel oder auch den Tourismus.

Heimatminister Dr. Markus Söder unterstrich bei der Auftaktveranstaltung im Historischen Rathaus in Kronach, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse oberstes Leitziel der Bayerischen Landesentwicklungspolitik ist: „Der ländliche Raum liegt nicht unter einer Käseglocke, sondern ist gleichberechtigter Chancen- und Entwicklungsraum. Der innovative Projektansatz von Oberfranken Offensiv nach dem Motto „Aus der Region, für die Region“ hat überzeugt. Deshalb unterstützt das Heimatministerium das Demographie-Kompetenzzentrum Oberfranken mit rund 1,3 Millionen Euro.“

Oberfranken ist als Pilotregion für das Kompetenzzentrum besonders geeignet. Das vorhandene „Demographie-Knowhow“ bietet fruchtbaren Boden. Auch die demographische Situation in Oberfranken hat sich in den letzten Jah-

ren insgesamt verbessert. Oberfranken ist – anders als früher – keine Abwanderungsregion mehr. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat fördert mit 1.296.000 Euro das Leuchtturmprojekt „Demographie-Kompetenzzentrum Oberfranken. Hier werden erstmals in Bayern die verschiedenen Initiativen und das Engagement Einzelner innerhalb eines Regierungsbezirkes zusammengefasst. Das Demographie-Kompetenzzentrum soll Oberfranken durch Entwicklung und Umsetzung innovativer Lösungsstrategien „demographiefester“ machen, konkrete Initiativen antoßen und unterstützen. Akteure aus der Region werden aktiv eingebunden und vernetzt. Dabei wird auch vorhandenes Demographie-Wissen aufgegriffen.

Die Vorsitzende von Oberfranken Offensiv e.V., Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin

Melanie Huml, betonte: „Die Unterstützung des Demographie-Kompetenzzentrums durch das Bayerische Finanzministerium ist ein wichtiges Signal für die Menschen in Oberfranken und für den Standort Kronach. Von hier werden starke innovative Impulse und digitale Ansätze der Daseinsvorsorge ausgehen, die auch auf andere Regionen übertragbar sind.“

Angesprochen von dem „Mittmachprojekt“ werden unter anderem Landräte, Bürgermeister, Wirtschaftskammern, engagierte Bürger, Vereine und Institutionen, aber auch Wirtschaftsunternehmen.

Zunächst wird der jeweilige Bedarf in Workshops ausgelotet. Mögliche Ansatzpunkte können dabei virtuelle Dorfläden, neue Wohnformen und Mobilität für Senioren, Handwerk und mobile Dienstleistungen, Leerstandmanagement, e-Learning oder Mehrgenerationentreffs sein.

Eine parallel zu den Workshops wachsende Datenbank wird unter www.demographie-oberfranken.de nicht nur aktuelle Projektideen und deren Umsetzung beleuchten, sondern auch bereits erfolgreiche Beispiele aus Oberfranken und darüber hinaus aufzeigen und gegebenenfalls zum Nachahmen ermutigen. **□**

Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse:

Neuer Rekordumsatz in grandiosem Jahr

Einen historischen Rekordwert vermeldeten die beiden CEOs der NürnbergMesse Group, Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Unternehmens: Mit einem Umsatz in Höhe von 275 Millionen Euro wurde erstmals die Schwelle von einer viertel Milliarde Euro überschritten. „Grundlage dieses Rekordumsatzes ist unser klassisches Kerngeschäft – nämlich Messen und Kongresse, in Nürnberg genauso wie weltweit“, stellte Ottmann fest.

Ottmann zufolge beträgt die Ausstellerstandfläche erstmals in der Geschichte des Unternehmens mehr als eine Million Quadratmeter. Auch bei der Zahl der Aussteller – erstmals in der Unternehmensgeschichte mehr als 30.000 – und der Internationalität der Veranstaltungen gibt es neue Höchststände.

Betrachte man sich die 15 internationalen Fachmessen dieses Jahres – EUROGUSS, BIOFACH und VIVANESS, embedded world, Enforce Tac, IWA Outdoor Classics, FENSTERBAU FRONTALE und HOLZ-HANDWERK, POWTECH, Interzoo, GaLaBau, FachPack, Chillventa, it-sa und BrauBeviale –, werde deutlich: „Die Konzepte der einzelnen Veranstaltungen sind so eng mit Kunden und Markt abgestimmt, dass wir jeweils für nachhaltige Branchenrelevanz sorgen. Im Ergebnis vereinen wir auf unseren Messen die Klientel, die im ‚Marketing-Sprech‘ so nüchtern immer als „Entscheider“ bezeichnet wird. Für uns sind unsere Kunden aber mehr als das – sie sind der entscheidende Gradmesser, wo wir uns aktuell befinden und wie es weitergeht. Deshalb pflegen wir diesen Dialog intensiv, weil wir gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung der Geschäftsprozesse davon überzeugt sind: Nur, wenn wir die Veranstaltung „Nummer 1 oder 2“ der jeweiligen Community abbilden, haben wir dauerhaft auch eine Existenzberechtigung. Strategisch werden wir genau diesen Ansatz in das Zentrum unseres Handelns stellen und unsere Messen künftig in Form von Produktfamilien noch

stärker positionieren“, hob Ottmann hervor.

Gleichzeitig kündigte Roland Fleck eine Innovations- und Investitionsoffensive an: „Wir werden 2017 zehn neue Veranstaltungen an den Start bringen, von Nürnberg über São Paulo bis Mumbai, von Shanghai bis Mailand.“ Mehr als zwei Drittel spielten sich dabei im Ausland ab.

Innovationsoffensive

In Nürnberg gehe im Juni 2017 erstmals die MT-Connect, die neue Medizintechnik-Messe, an den Start, die von Anfang an Hand in Hand mit Branchenkennern und interdisziplinären Experten konzipiert wurde. Sie sei ein hervorragendes Beispiel dafür, wie aus einem Kongress, dem in der Branche hoch angesehenen MedTech Summit, und einem starken Fachpartner, dem Forum MedTech Pharma, ein relevantes neues Messthemema entsteht. „Im Ergebnis entsteht damit unseres Erachtens der ideale Treffpunkt – regional bestens verortet im Medical Valley – für Akteure aus den Zulieferbranchen der Medizintechnik, aus Forschung und Entwicklung, Industrie und Medizin sowie Verbänden und Politik.“

Außerdem wird Fleck zufolge im März 2017 das momentan heiß diskutierte Thema „Drohnen“ aufgegriffen. „U.T.SEC – die Fachmesse für Sicherheit durch und vor unbemannten Technologien“ laute der offizielle Titel und inhaltlich drehe sich im Messezentrum alles um die technischen und rechtlichen Aspekte bei der Nut-

TV BAYERN LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Oberbayerischer Integrationspreis 2016:

Ausgezeichneter Ideenreichtum

Im Rahmen einer Feierstunde in München hat Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller gemeinsam mit Regierungspräsidentin Brigitta Brunner die Integrationspreise für den Regierungsbezirk Oberbayern überreicht. Ausgezeichnet wurden fünf, mit jeweils einem Preisgeld von 1.000 Euro bedachte Initiativen aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales und Wirtschaft, die eine Jury unter Vorsitz von Regierungsvizepräsidentin Maria Els und unter Beteiligung der Außenstelle München 2 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aus 39 Projekten ausgewählt hatte. Weitere 34 Initiativen hatten bereits im Vorfeld Ehrenurkunden der Regierung von Oberbayern für ihr Engagement erhalten.

In der Kategorie Gesundheit wurde das Projekt MigraMed München e. V. gewürdigt. Ziel des aus 160 Ehrenamtlichen bestehenden Vereins ist es, die medizinische Versorgung geflüchteter Menschen zu verbessern. Dazu werden rechtliche, logistische, sprachliche sowie zwischenmenschliche Hürden verringert. Medizinstudierende begleiten gemeinsam mit Dolmetschern Asylbewerber zu ärztlichen Terminen. Seit November 2015 bietet MigraMed München in Kooperation mit der Caritas eine wöchentliche Sprechstunde in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Truderinger Straße an. Außerdem veranstaltet MigraMed München Vorträge und Schulungen in Münchner Gemeinschaftsunterkünften zu verschiedenen Gesundheitsthemen.

Begegnungsstätte

Das Projekt InterKulturGarten Pfaffenhofen a.d. Ilm siegte in der Kategorie Soziales. Der InterKulturGarten ist eine Begegnungsstätte von Menschen aus verschiedenen Kulturen. Er ermöglicht eine Teilhabe an Gemeinschaftsprojekten und ein Leben mit und in der Natur im Geiste von Urban Gardening und Permakultur. Der ca. 10.000 Quadratmeter große Garten wird gemeinsam gestaltet und bewirtschaftet. Es gibt Bienenstände, Stein- und Skulpturengärten, Staudenbeete, Maibaum, Pizza-Back-Lehmofen, eine Versammlungsstätte mit Grill- und Feuerstelle und individuell bewirtschaftete Gartenparzellen. Der Garten ist ein kooperativ gestaltetes Gemeinschaftsprojekt, an dem die verschiedensten Vereine, der Arbeitskreis Asyl und Integrationsklassen der Berufsschule mitwirken.

In der Kategorie Wirtschaft wurde das Projekt VON Flüchtlingen/ Migranten FÜR Flüchtlinge/ Migranten - Selbsthelfer e. V. ausgezeichnet. Der Verein Selbsthelfer e. V. in Söchtenau ermöglicht Flüchtlingen durch das Projekt, selbst ehrenamtlich tätig zu werden und so Integration, kulturellen Austausch, Wertevermittlung und gemeinsames Arbeiten auf Augenhöhe zu erleben. Flüchtlinge stellen Produkte und Leistungen her, die anderen bedürftigen Menschen helfen. Derzeit werden Dokumententaschen, Kosmetik-Rolltaschen und HOFER (Kombimöbel zum Sitzen - Hocker und zur Aufbewahrung - Koffer) hergestellt.

Die Selbsthelferidee hat gezündet, erfolgreich setzt das Projekt auf Multiplikatoren: Neugegründeten Gruppen stellt der Selbsthelfer-Verein mit seinen ca. 170 Ehrenamtlichen Starterpakete zur Verfügung und begleitet die Startphase. Aktuell bestehen acht aktive Selbsthelfer-Gruppen in sieben Kommunen. Aus Sicht des Vereins hat insbesondere die enge Zusammenarbeit mit den Behörden maßgeblich zum Erfolg beigetragen.

Doppelt vergeben wurde der Integrationspreis 2016 in der Kategorie Bildung, nämlich an die Brückenschule Trostberg sowie an das Projekt Computergestütztes Lernen für Flüchtlinge - Asylplus e. V.

In der Trostberger Brücken-

Lehrerteam, zum Teil in verschiedenen Leistungsstufen, angeboten. Es gibt Deutschunterricht mit separatem Kurs für Frauen, Mathematikunterricht, Ethik, Verkehrserziehung, Heimatunterricht, PC-Unterricht, Aufbau- und Vorbereitungsunterricht zur Erlangung von Abschlüssen, Sportunterricht und eine Theater-AG in Kooperation mit der Realschule Trostberg.

Online-Bildungsangebote

Der Verein Asylplus e. V. in Wackersberg bietet Asylbewerber und anerkannten Flüchtlingen Zugang zu Online-Bildungsangeboten, um ihnen so die Entwicklung neuer Perspektiven zu ermöglichen. Gleichzeitig hat Asylplus das Ziel, auch Perspektiven für Deutschland zu schaffen, um mögliche Reibungen, die auf kulturellen und sprachlichen Missverständnissen beruhen, zu reduzieren und dazu beizutragen, dass der Zustrom an Menschen für Deutschland zur Chance wird.

Als „Tölzer Modell“ hat Asylplus primär zum Erlernen der deutschen Sprache erfolgreich eine Lernplattform etabliert. Der Verein bietet zeitnah kostenfreien Zugang zum Lernangebot renom-

mierter Anbieter und stellt konfigurierbare Computer zur Verfügung. Das individuelle Lerntempo fördert die Motivation. Erfolge werden durch Erreichen der Sprachniveaus A1 oder B1 gemessen. Aktuell hat der Verein knapp 50 Computerzentren, davon ca. 30 in Oberbayern, mit über 100 Computern. Weitere 30 Computerzentren, davon 20 in Oberbayern, sind in Planung. Darüber hinaus bestehen über 200 Kooperationen. Ziel des Vereins ist, 1.000 Computer bis Ende 2016 zur Verfügung zu stellen. Der Verein wird von den Migranten sehr nachgefragt und will weiter wachsen.

„Bayern ist und bleibt das Land gelingender Integration. Das beweisen nicht zuletzt die unzähligen Unterstützungsprojekte im ganzen Freistaat. Der Ideenreichtum und das Engagement unserer Bürger beim Thema Integration begeistern mich dabei immer wieder aufs Neue. Die diesjährigen Preisträger aus Oberbayern sind wunderbare Beispiele für die großartige Vielfalt der Integrationsangebote und den hohen Integrationswillen, der in Bayern überall zu finden ist. Das wollen wir mit unseren Preisen anerkennen und fördern“, hob Sozialministerin Emilia Müller hervor. Regierungspräsidentin Brigitta Brunner wiederum freute sich über das große Interesse und dankte allen Bewerbern für ihren Einsatz um Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Ihr Einsatz ist nachahmenswert und Vorbild für unsere Gesellschaft“, unterstrich Brunner. **DK**



Kommunalpolitiker aus ganz Bayern zu Gast im Landratsamt Fürstfeldbruck

Jüngst begrüßte Landrat Thomas Karmasin die Geschäftsführerin des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs, Eleonore Cröniger, mit einer Gruppe Kommunalpolitiker aus ganz Bayern. Das Selbstverwaltungskolleg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Fürstfeldbruck und hat die Aufgabe, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte mit den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung vertraut zu machen. Es ist ein Forum, um kommunale Themen zu diskutieren und Erfahrungen gegenseitig austauschen zu können. Landrat Thomas Karmasin stand den 30 Gästen Rede und Antwort zu aktuellen Themen, die die Landkreispolitik betreffen. Im Anschluss berichtete Hermann Seifert, Leiter des öffentlichen Personennahverkehrs, über das neue RufTaxi und Express-Busse im Landkreis. Nadine Karl, Sachbereichsleiterin Gerichtshilfen und Prävention im Amt für Jugend und Familie, informierte die Gäste über die „Leseweisung“, eine jugendrichterliche bzw. staatsanwaltschaftliche Auflage. Herbert Sedlmeier, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, stellte seinen wichtigen Aufgabenbereich vor. Zum Abschluss besichtigten die Teilnehmer das Bürgerservice-Zentrum, das seit 14 Jahren im Landratsamt Fürstfeldbruck erste Anlaufstelle ist. Volker Morawetz, Leiter dieser Fachabteilung, zog im Rahmen eines Erfahrungsberichts Bilanz. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Die Teilnehmer im Innenhof der Klosteranlage Waldsassen. **□**

Rathauschefs hinter Klostermauern

Bürgermeisterklausur des Landkreises Bamberg

Auf Einladung von Landrat Johann Kalb und Bürgermeister Helmut Krämer (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags) hatten sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Bamberg zu einer Bürgermeisterklausur im Kloster Waldsassen eingefunden.

„Aktuelles aus dem Landkreis und dem Landratsamt vermitteln und Möglichkeit zu einem persönlichen Austausch bieten“, das war laut Landrat

Kalb die Zielsetzung der Veranstaltung. Es waren deshalb auch alle Geschäftsbereichsleiterinnen und -leiter aus dem Landratsamt vertreten, um über aktu-

elle Themen und Entwicklungen aus ihren Bereichen zu berichten.

E-Mobilität

Landrat Johann Kalb ging zunächst auf die Schwerpunkte der derzeitigen Arbeit ein und konnte zufrieden feststellen, dass der Landkreis Bamberg in

Mangelnder Wohnraum:

Bedarfsermittlung in Murnau

Beeinträchtigt mangelnder Wohnraum Murnaus wirtschaftliches Wachstum? Mit dieser Frage setzen sich derzeit Erster Bürgermeister Rolf Beuting und Jan-Ulrich Bittlinger (Wirtschaftsförderer) intensiv auseinander. Um den genauen Bedarf zu ermitteln, führt die Marktgemeinde am Staffelsee aktuell unter Murnaus Unternehmen eine schriftliche, freiwillige und anonyme Umfrage durch.

„Damit schaffen wir einerseits belastbare Daten. Und andererseits möchten wir die Gewerbetreibenden vor Ort in etwas ganz Essentiellern unterstützen: Wohnraum für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden“, betont der Bürgermeister. Denn ein Mangel an Wohnraum kann auch zur Folge haben, dass Unternehmen nur schwer Fachkräfte anwerben können. „Das wäre fatal für die lokale Wirtschaft“, bekräftigt Jan-Ulrich Bittlinger. Umso wichtiger ist es, dass sich Murnaus Geschäftsleute möglichst geschlossen an dieser Befragung beteiligen. Denn nur so können repräsentative und vor allem belastbare Daten gewonnen werden, die für das weitere Vorgehen hinsichtlich des (kommunalen) Wohnungsbaus in Murnau von zentraler Bedeutung sind. **□**

Schwäbischer Bezirkstag setzt sozialpolitische Akzente

In seiner abschließenden Jahressitzung in Kloster Irsee stimmte der Schwäbische Bezirkstag zahlreichen neuen Maßnahmen im Sozialbereich zu.

So wurden 14 Wohnplätze, die die Lebenshilfe Donau-Ries für Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Kinderheim Oettingen, das die Lebenshilfe übernimmt, neu genehmigt. 16 Wohnplätze will das Dominikus-Ringeisen-Werk für Menschen mit Behinderung in Vöhringen schaffen. Auch hier stimmte der Bezirkstag zu.

Ebenso wurde ein Antrag der Lebenshilfe Augsburg genehmigt,

die in einem neuen Gebäude 24 Wohnheimplätze und zwei Kurzzeitpflegeplätze für Menschen mit einer geistigen Behinderung in Augsburg einrichten will. Die Heimstatt Stiftung in Augsburg-Hochzoll will 24 Wohnheimplätze für diese Personengruppe zur Verfügung stellen. Der Bezirkstag bewilligte die Maßnahme.

Akzeptiert wurden auch sieben weitere Wohnplätze für Erwachsene mit geistiger Behinderung in Aichach-Oberbernbach und der Ausbau der Unterallgäuer Werkstätten für psychisch behinderte Menschen in Mindelheim um 15 Plätze auf dann 60 Plätze. **□**



Freude bei Rathauschef Franz Göbl (Mitte) über den Besuch der chinesischen Delegation. □

Buch am Erlbach:

Präsentation erfolgreicher Demografieprojekte

Bürgermeister Franz Göbl empfing chinesische Delegation

Eine hochrangige Delegation aus der chinesischen Provinz Shandong war vor kurzem auf Einladung des bayerischen Innenministeriums im Freistaat zu Gast. Dabei machten die (Ober-)Bürgermeister und Ministeriumsvertreter unter anderem im niederbayerischen Buch am Erlbach (Landkreis Landshut) Station.

Bayern und Shandong sind seit 1987 partnerschaftlich verbunden. Inhaltlicher Schwerpunkt der Informationsreise war das Thema Urbanisierung und Buch als bayerische Modellgemeinde für eine demografiegerechte Entwicklung der geeignete Ansprechpartner.

Konzept für Gemeindeentwicklung

Bürgermeister Franz Göbl verwies in seiner Begrüßung darauf, dass die Gemeinde – finanziell unterstützt vom Freistaat – im Jahr 2012 ein Konzept für eine demografiegerechte Gemeindeentwicklung erarbeitet habe. Buch am Erlbach setze sich das Ziel, unter den Bedingungen von zurückgehenden Geburtenraten und der Alterung der Bevölkerung Lebensqualität und Wirtschaftsperspektiven im ländlichen Raum vorausschauend zu sichern. Auch sollen die soziale Infrastruktur, Wohngebiete, Freizeiteinrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten an die Folgen des demographischen Wandels angepasst werden. Buch soll attraktiv für die hier lebenden Familien, Kinder, Jugendlichen,

Paare, Alleinstehenden und älteren Menschen bleiben.

Inzwischen könne das Demografieprojekt konkrete Ergebnisse aufweisen, betonte Göbl: So erfolgten ganz im Sinne der Barrierefreiheit Gehwegverbreiterungen und Pflasterungen der Friedhofswege. Darüber hinaus wurden im Schulgebäude ein behindertengerechter Aufzug eingebaut und Buswartehäuschen neu gestaltet. Voller Stolz berichtete der Rathauschef zudem vom neu geschaffenen Generationenpark für Jung und Alt hinter dem Seniorenzentrum.

MINT-Garage als Erfolgsprojekt

Als absolutes Erfolgsprojekt bezeichnete Göbl freilich die MINT-Garage der Grund- und Mittelschule, ein außerschulisches Angebot für Kinder und Jugendliche aller Jahrgangsstufen. Sie können hier experimentieren, bauen, erfinden. Dabei eignen sie sich für den Alltag handwerkliches und technisches Geschick an.

Ehrenamtliche Experten leiten die Kinder an: Dabei können schon die Jüngsten lernen, LEGO-Roboter zu programmieren oder 3D-Drucker auszuprobieren.

Es gibt physikalische Experimente zu Luft und Wasser, ebenso aus der Biologie oder aus der Chemie – etwa wie man Hautcremes herstellt.

In der Elektronik- und Bastelwerkstatt können die Schülerinnen und Schüler alte elektronische Geräte zerlegen, einfache Schaltungen löten und sogar neue Geräte bauen. Dabei lernen die Kinder ganz praktische Dinge, die man im Alltag braucht, und wie sie eigentlich funktionieren. Sie können wie Installateure „arbeiten“: Rohre biegen oder Gewinde schneiden. Von diesem herausragenden Angebot überzeugte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Jahr an Ort und Stelle.

In Kürze wolle die Gemeinde die Erweiterung des Jugenderschuppens durch einen barrierefrei zugänglichen Außenbereich mit Mitteln aus der LEADER-Förderung in Angriff nehmen, erklärte Göbl. Darüber hinaus liege ein Konzept für die Weiterentwicklung des Ortskerns vor. Auch habe Buch am Erlbach die dortige Arztpraxis käuflich erworben und saniert und das medizinische Angebot dadurch aufgewertet. Last but not least sei ein Architektenwettbewerb für ein neues Baugebiet durchgeführt worden, dessen Besonderheit eine genossenschaftliche Wohnanlage sein wird. **DK**

Spatenstich:

Neubau der Staatlichen Berufsschule Fürstenfeldbruck

Eines der bedeutendsten Schulbauprojekte des Landkreises Fürstenfeldbruck ist einen wesentlichen Schritt vorangekommen: Jüngst trafen sich die Schulleiterin, Oberstudiendirektorin Andrea Reuß, Landrat Thomas Karmasin, der Schulreferent des Kreistags Christian Stangl, Architekt Franz Balda, Vertreter des Schulreferats und des Kreiseigenen Hochbaus des Landratsamtes Fürstenfeldbruck zum traditionellen Spatenstich für den Neubau der Staatlichen Berufsschule Fürstenfeldbruck mit Werkstätten für die Fachoberschule. Landrat Thomas Karmasin zeigte sich erfreut: „Mit dem heutigen Tag stellen wir erneut unseren Ruf als Bildungslandkreis Fürstenfeldbruck unter Beweis. Jungen Menschen einen optimalen Start in ihr Berufsleben zu ermöglichen, ist eine wertvolle Investition in die Zukunft.“

Vorausgegangen war ein langer und intensiver Abstimmungs- und Planungsprozess. Bereits in den Jahren 2008/2009 wurde für die Berufsschule ein erstes bauliches Gutachten erstellt. Bis 2011 folgten weitere Untersuchungen. Das Ergebnis war, dass sowohl im Haupthaus, als auch in den Werkstattgebäuden erhöhter baulicher Handlungsbedarf besteht. Auf Grund zahlreicher Veränderungen der Ausbildungsstruktur und -inhalte entsprechen die Räumlichkeiten der Berufsschule nicht mehr den heutigen Anforderungen. Neben der Sanierung war auch das Raumkonzept zu opti-

mieren. Darüber hinaus nutzt die Fachoberschule die Werkstätten der Berufsschule für den fachpraktischen Unterricht mit. Das bedeutet, dass für die Fachoberschule keine eigenen Werkstätten errichtet wurden.

Diese Untersuchungs- und Abstimmungsergebnisse führten zu weiteren grundsätzlichen Überlegungen, wie mit der Berufsschule weiter verfahren werden soll: Zunächst erarbeitete ein Architekturbüro, die Nutzer, der Kreiseigene Hochbau und das Schulreferat des Landratsamtes Fürstenfeldbruck, ein auf die Berufsschule mit Fachoberschule zuge-

schnittenes Raumprogramm. Man untersuchte sowohl die Möglichkeit einer Generalsanierung mit Neubauanteilen wie auch einen kompletten Neubau. Zum damaligen Zeitpunkt wurde insbesondere darauf Wert gelegt, den Bestand einzubinden. Weiteres Ziel war eine kompaktere Organisation und Barrierefreiheit. Ende 2012 beschlossen die Verantwortlichen, eine weitergehende Untersuchung unter Einbeziehung von Fachingenieuren durchzuführen. Ebenso wurde eine Nutzung von Gebäuden im Fliegerhorst wie auch mögliche andere Standorte im Landkreis Fürstenfeldbruck überprüft. Aus der seit Ende Juli 2013 vorliegenden Machbarkeitsstudie ergaben sich dann für einen Neubau und die Generalsanierung nahezu identische Kosten.

Der Kreistag entschied in seiner Sitzung vom 17.10.2013, die Berufsschule mit den Werkstattgebäuden für die Fachoberschule in mehreren Bauabschnitten abzureißen und vor Ort während des laufenden Schulbetriebs neu zu errichten. Die Regierung von Ober-

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Leute, habt ihr jemals ein so hässliches Ding gesehen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, hielt lachend einen tannenbaumgrünen Pullover hoch, auf dessen Vorderseite ein rotbenastes Rentier prangt, das sich an einem Glühweinstand die Kante gibt. Dazu die Unterschrift „Das Geheimnis von Rudolf's roter Nase“.

Die Kinder des Bürgermeisters haben ihm das absolute Must-have der Xmas-Season 2016 geschenkt: einen Weihnachtspullover. Wie man bis hin zum falsch gesetzten Apostrophen in der Aufschrift unschwer erkennen kann: Der Trend kommt aus Amerika. Dort allerdings hat er fast schon sich selbst karikierende Züge angenommen, einschließlich eines so genannten National Ugly Christmas Sweater Day, an dem sich vor allem junge Leute und Hipster darin zu übertrumpfen suchen, wer den schrägsten, peinlichsten oder



Nadeln konzentrierten, die sie wie zerbrechliches Porzellan zwischen Daumen und Zeigefinger hielten.

Und tatsächlich: Wenn ich mir den Pullover des Bürgermeisters genauer anschau, die etwas ungleichen Ärmellängen, die unsaubere Naht unter der linken Achsel, die insgesamt etwas sackartige Anmutung: Das Ding ist selbst gestrickt. Wie rührend – nichts geht über Selbst-

gemachtes im Advent und unterm Weihnachtsbaum. Nebenbei spart man sich einen Haufen Geld, denn ein anständiger Marken-Weihnachtspulli kann leicht an die 400 Euro kosten.

Obwohl in diesem Jahr das Weihnachtsgeschäft brummt und die Einzelhändler in der Innenstadt trotz Online-Konkurrenz sich überschlagen mit Umsatzrekorden, ist auch das festzustellen: Zum Fest 2016 wurde gebastelt, gehäkelt und gestrickt wie seit Jahren nicht. Trendforscher meinen zu wissen, dass ein Viertel der Deutschen sich an etwas Eigenem versucht habe, von Schneidern, Batiken bis Stricken ist hier vor allem der Textilbereich groß im Kommen. Ich gestehe: Ich bin bei den 25 Prozent nicht dabei, außer das gelegentliche Annähen eines Knopfes an eine Bluse würde mitzählen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich vor allem riesig gefreut, dass seine Kinder sich für ihn so viel Mühe gegeben haben. Was machen da kleine handwerkliche Fehler aus oder was stört das etwas unorthodoxe Motiv? Beim Chef kann es Weihnachten werden und ich schicke ihm noch einen Gedanken von Martin Luther King als Brücke ins neue Jahr: „Die Botschaft von Weihnachten: Es gibt keine größere Kraft als die Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis.“

Verehrte Leserin, geehrter Leser – lassen Sie sich von den schlechten Nachrichten und düsteren Vorhersagen der letzten Tage nicht die Freude an den Festtagen und die Vorfreude auf das Neue Jahr verderben. Das, was wir nicht beeinflussen können, kommt sowieso und aus dem Rest kann man mit Optimismus und Tatkraft immer noch das Beste machen!

Frohe Feiertage und ein erfolgreiches 2017 wünscht Ihnen

Ihre
Sabrina

Textile

Weihnachtsfreuden

geschmacklosesten Weihnachtspullover ever sein Eigen nennt. Dieses Jahr ist die Manie voll in Europa angekommen, einschließlich einer Kollektion für die britische Königsfamilie bei Madame Tussaud mit einem Pärchenpulli für William und Kate.

Dabei ist doch der Pullover, vorzugsweise in der Ausprägung aus dicker Schafwolle, gedeckten Farben und Runenornamentmuster, geradezu ein Markenzeichen für Wintergemütlichkeit und heimeliges Beisammensein bei Kerzenschein. Ja, der gute, alte Norwegerpulli, der oft ein Islandpullover ist, dessen Zackenornamente angeblich Runenzeichen sind, die seit der Wikingerzeit halben Familienclans zu unterscheiden, ganz ähnlich den Tartans in Schottland. Er hat die 68er bei ihren Demos und endlosen Diskussionen in schlechtgeheizten Hörsälen gewärmt und eine ehrbare Form der Handarbeit in den Rang einer politischen Bekenntnistat erhoben: Das Stricken.

Wer erinnert sich nicht an die Fernsehbilder von Parteitag und Versammlungen ehemals sich alternativ verstehender Gruppierungen, auf denen die Stricknadeln so heiß liefen wie die Grundsatzdebatten und bullige Männer mit wilder Mähne, mächtigem Bart und Händen wie Pizzatellern sich auf das Spiel zweier dünner

bayern erteilte die erforderlichen schulaufsichtlichen Genehmigungen am Ende August 2015. Die durch mehrere Bauabschnitte bedingte Interimsmaßnahme Container, ging bereits mit dem Schuljahr 2016/17 in Betrieb. Der Bauantrag für den Neubau der Berufsschule wurde Ende 2015 eingereicht. Die Stadt Fürstenfeldbruck genehmigte diesen mit Bescheid vom Mitte September. Eine Abbruchanzeige für den 1. Bauabschnitt erfolgte am 1. August, so dass im September 2016 mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen werden konnte.

Bei dem Neubau handelt es sich um einen dreigeschossigen Baukörper, bestehend aus drei ineinandergesetzten Würfeln mit je einem flach geneigten Blechdach. Die drei Bauteile sind versetzt zueinander angeordnet. Auf diese Weise wird erreicht, dass verschiedene Hofsituationen entstehen, die unterschiedlich genutzt werden. Die Räumlichkeiten der Obergeschosse im Inneren eines jeden Würfels gruppieren sich ebenfalls um je einen besonders gestalteten grünen Innenhof. Die neue Schule wird mit Fernwärme beheizt. Auf den Dachflächen wird, soweit die Himmelsrichtung es erlaubt, eine Photovoltaikanlage eingebaut. Für den modernen Einsatz von E-Autos und E-Bikes sind Ladestationen vorgesehen. Damit schafft der Landkreis auch unter Umweltgesichtspunkten optimale Voraussetzungen für eine moderne Schulanlage.

Die geschätzten Baukosten liegen bei 44,1 Mio Euro. Die Flächen für die Berufsschule und die Fachoberschule incl. der Fachausstattung sind förderfähig und werden voraussichtlich mit einem Zuschuss nach dem Finan-



Der offizielle Spatenstich für den Neubau der Staatlichen Berufsschule Fürstenfeldbruck (v. l.): Architekt Franz Balda, Schulreferent Christian Stangl, Landrat Thomas Karmasin, Schulleiterin Andrea Reuß und vom Landratsamt Fürstenfeldbruck Karin Stäge, Günter Sigl und Axel Schuhn. □

zausgleichsgesetz von der Regierung von Oberbayern mit ca. 13 Mio Euro unterstützt. Der Terminplan sieht vor, dass der erste Bauabschnitt im September 2018

bezugsfertig ist und der zweite im Sommer 2020. Im Anschluss werden die letzten alten Gebäudeteile abgerissen und die Außenanlagen erstellt. □

Bürgermeisterwahlen in Zwiesel und Nabburg

Hans Gradl (Freie Wähler) ist neuer Bürgermeister der Gemeinde Schwarzbach bei Nabburg im Landkreis Schwandorf. Der bisherige dritte Bürgermeister behielt in einer Stichwahl mit 58,7 % der Stimmen die Oberhand vor Mitbewerber und Parteifreund Hubert Jetschmann (41,3 %). Nötig geworden war die Wahl wegen des plötzlichen Todes von Rathauschef Alois Böhm, der die Geschicke der oberpfälzischen Gemeinde 14 Jahre lang gelenkt hatte.

Franz Xaver Steininger (parteilos) bleibt Bürgermeister in Zwiesel. In der Stichwahl setzte sich der 50-jährige Bauingenieur mit 55,4 Prozent der Stimmen gegen die CSU-Kandidatin Elisabeth Pfeffer durch, die ihre Arbeit als zweite Bürgermeisterin unverändert fortsetzen will. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,7 Prozent. **DK**

Fünf Millionen Euro für Mainfranken Theater

Kulturförderung: Alle Kommunen sollen sich an der Theatersanierung beteiligen

Würzburg. Für voraussichtlich 50,5 Millionen Euro soll das Würzburger Mainfranken Theater bis 2022 saniert werden. Der Freistaat wird sich an der Investition mit rund 34 Millionen Euro beteiligen. Für die Stadt Würzburg verbleibt damit noch ein großer Batzen. Sie möchte, dass sich die gesamte Region an den Kosten beteiligt. Der Bezirk plant, fünf Millionen Euro aus seinem Haushalt beizusteuern. Damit würden alle unterfränkischen Kommunen die Sanierung über die Bezirksumlage mittragen.

In einer Sondersitzung informierte sich der Kulturausschuss des Bezirkstags in Würzburg, warum die aufwändige Sanierung notwendig ist und welche Möglichkeiten der Mitfinanzierung bestehen. Die CSU-Bezirkstagsfraktion hatte im Vorfeld der Sitzung beantragt, die Sanierung des Mainfranken Theater fünf Jahre lang mit jährlich einer Million Euro aus dem Haushalt des Bezirks zu fördern. Dafür soll es in Zukunft keine Zuschüsse mehr zu den laufenden Betriebskosten geben.

Der Ausschuss selbst konnte sich nicht zu einer Empfehlung an den Bezirkstag durchringen. Erst Ende Januar, wenn der Haushalt der Kulturstiftung für 2017 verabschiedet wird, soll es ein Votum

geben. Alles deutet im Moment jedoch darauf hin, dass die Bezirksräte mehrheitlich bereit sein werden, knapp zehn Prozent der Sanierungssumme für das einzige Mehrspartenhaus in der Region zu übernehmen.

Strittig ist, inwieweit auch Mittel aus der Kulturstiftung in die Sanierungsmaßnahme fließen könnten. Würden auch Mittel aus der Kulturstiftung bereitgestellt, würden die Kommunen in Unterfranken finanziell entlastet. Vor allem die Grünen im Bezirkstag wollen sich dafür stark machen, zumindest einen Teil der Fördersumme über die mit einem Stammkapital von 210 Millionen Euro ausgestattete Stiftung aufzubringen.

Bezirkstagspräsident Erwin

Dotzel (CSU) erscheint dies jedoch wenig realistisch. „Die Erträge, die wir aus der Kulturstiftung schöpfen, gehen jedes Jahr zurück“, verdeutlichte er. Derzeit werden rund 3,5 Prozent für die Förderung von Unterfrankens Kultur erwirtschaftet. Das sind jährlich nicht einmal mehr acht Millionen Euro. Der größte Teil der Gelder ist gebunden. Schon jetzt gibt es also nur einen äußerst geringen Spielraum. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren allen Prognosen zufolge wohl dramatisch verschlechtern. Dotzel: „Dann werden wir bei zwei Prozent oder noch weniger angekommen sein.“ Damit stünden in wenigen Jahren voraussichtlich nur noch vier Millionen Euro für die Kulturförderung zur Verfügung.

Seit langem unterstützt der Bezirk Unterfranken das Würzburger Stadttheater mit 200.000 Euro jährlich. Gefördert wird das Theater vor allem deshalb, weil es Menschen aus ganz Unterfranken anzieht. Über 130.000 Zuschauer besuchen jedes Jahr rund 440 Vorstellungen in den Sparten Musiktheater, Schauspiel, Ballett, Konzert und Jugendtheater.

Die CSU-Fraktion appellierte dafür, die Theatersanierung trotz Sparzwängen mit fünf Millionen Euro, verteilt auf fünf Jahre, zu fördern. „Vor allem in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen dürfen wir unser Engagement im kulturellen Bereich nicht vernachlässi-

gen“, erklärte Bezirksrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld).

Ab Frühjahr 2019 soll mit der Sanierung begonnen werden. Vorgesehen ist, zunächst eine neue Spielstätte zu errichten, bevor das Haupthaus runderneuert wird.

Pat Christ



Hans Loy (Mitte) bei der Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH die Dokumentation unseres BreitbandForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Familie wird nicht geschont und die Frau muss oft zurücktreten. Wenn wir die Frauen nicht hätten, könnten wir unser Amt so nicht ausführen“, meinte der Landrat.

„Ich gebe nie auf“

Loy bedankte sich für die Auszeichnung: „Mir macht es Freude, wenn man etwas erreichen kann und wenn ich an etwas dran bin, dann gebe ich nicht auf.“ Fritz Meisinger, Pruttings zweiter Bürgermeister, gratulierte zur Kommunalen Verdienstmedaille. Er forderte Loy auf, auf seine Gesundheit zu schauen und ergänzte schmunzelnd: „Ich bin ganz froh, dass Du für Deinen Rollstuhl kein Kilometergeld bekommst.“

Im Gemeinderat seit 1984

Mit der Kommunalen Verdienstmedaille werden vor allem Personen geehrt, die sich durch ihre langjährige Tätigkeit als kommunaler Mandatsträger um die kommunale Selbstverwaltung verdient gemacht haben. Hans Loy gehört seit 1984 dem Gemeinderat von Prutting an. 2002 wurde er ehrenamtlicher zweiter Bürgermeister und seit 2008 übt er das Amt des ersten Bürgermeisters ebenfalls ehrenamtlich aus. Loy ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Abwasserzweckverbands und gehört seit 1993 dem Rosenheimer Kreistag an.

Ein alter Kämpfer

Mehr als 30 Jahre in der Kommunalpolitik:
Hans Loy erhielt Kommunale Verdienstmedaille

Pruttings Bürgermeister Hans Loy ist mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze geehrt worden. Im Auftrag des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann überreichte Landrat Wolfgang Berthaler Urkunde, Medaille und eine Anstecknadel. 1984 wurde Loy erstmals in den Gemeinderat gewählt. Seitdem ist er ohne Unterbrechung in der Kommunalpolitik aktiv.

Berthaler beschrieb den Pruttinger Bürgermeister als alten Kämpfer: „Du gehst ehrlich mit den Leuten um, willst das Beste für die Gemeinde und sagst die Wahrheit, die auch unbequem sein kann.“ Ganz besonders würdigte der Landrat Loys Einsatz, um die in den vergangenen Wo-

chen drohende Erhöhung der Bezirksumlage zu verhindern. Auf dem Parteitag der CSU Anfang November hatte Loy genügend Unterschriften gesammelt, damit sich die Delegierten mit dem Thema beschäftigen mussten.

Abschließend lobte Berthaler Loys Ehefrau Marie Luise: „Die

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 29. Januar 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunaler Umweltschutz
- Abfallwirtschaft und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-uhl.de
www.ltm-uhl.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
KRENZER
Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co. KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71 / 32 08 - 0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhostraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **Adidas**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



4. Bayerisches BreitbandForum in Essenbach: Zukunftssichere Strategien

Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch sind unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die positive Entwicklung von Kommunen und Regionen. Beim Breitbandausbau stehen die Kommunen vor großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Schließlich ist die Bereitstellung des schnellen Internets in der heutigen Zeit zu einer der zentralen Aufgaben der Daseinsvorsorge geworden.

Mit dem 4. Bayerischen BreitbandForum in der ESKARA-Arena in Essenbach schuf die Bayerische Gemeinde Zeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden. Insgesamt folgten rund 200 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konnte zudem 35 Partner bzw. qualitativ herausragende Aussteller für sich gewinnen.

Die hochkarätigen Referenten Isabel auf der Horst/BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Florian Arens ECONTECH GmbH, Dr. Imke Germann /MRK Media AG, Daniel Öfele/Esri Deutschland GmbH, Daniel Kleffel/Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Johannes Böhm/amplus AG, Wolfgang Bauer/Bayerisches Staatsministerium der

Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Andreas Lange und Peer Welling/Rödl & Partner, Udo Harbers/Telekom Deutschland GmbH, Rolf-Peter Scharfe/Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Karsten Mücke/hotspots GmbH, Christoph Sudhues/zafaco GmbH sowie Wolfgang Heer/Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

„Es ist schon eigenartig. Eigentlich könnte man meinen, dass die Kommunen bei Planung und Ausbau ihrer Breitband-Infrastruktur inzwischen wohl informiert sind. Es hat sich ja vieles getan im Freistaat. Tatsächlich ist der Informationsbedarf aber keineswegs gedeckt“, betonte Verlegerin Theresa von Hassel in ihrer Begrüßung. Schließlich bleibe die technische Entwicklung nicht stehen, änderten sich organisatorische und juristische Rahmenbedingungen, seien Fragen der

Finanzierung zu klären und kämen ständig neue Themen - siehe WLAN - hinzu. Nach von Hassels Worten sind sich „Branche und Politik grundsätzlich einig, dass der Weg zur Gigabit-Gesellschaft beschritten werden muss“. Auch seien sie sich einig, dass sie eine gigabitfähige Infrastruktur bis 2025 wollen und eine flexible Verfügbarkeit von Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft entsprechend den Bedürfnissen und Anwendungen der jeweiligen Nutzer im Vordergrund stehen müsse. →

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge – soweit freigegeben – stehen mit Links zu den Ausstellern zum Download bereit.

www.bayerisches-breitbandforum.de

Das 5. Bayerische BreitbandForum findet am 9. November 2017 statt.



Großer Kommunikationsbedarf am Stand des Heimat- und Finanzministeriums.

Dies gelte für den Privathaushalt, der neben 4k-Fernsehen auch Online-Spiele nutzen möchte und einen Homeoffice-Anschluss benötigt, genauso wie für die moderne Landwirtschaft 4.0, E-Health und die Anbindung der Unternehmen außerhalb der städtischen Gebiete. Wirtschaft und Politik, so von Hassel, hätten ebenfalls klar herausgearbeitet, dass es in Zukunft neben Bandbreite insbesondere auch auf Qualitätskriterien wie Ausfallschutz, Jitter, Sicherheit und Latenz ankommen wird.

„Auf welchem Weg man dorthin kommt, das werden Sie, liebe Gäste, mitbestimmen“, erklärte die Verlegerin. Wichtig sei, dass die Rahmenbedingungen klar definiert sind. Um ein deutliches Bekenntnis zur Zugangsregulierung und zur Förderung von Gigabit-Netzen werde man hier nicht herumkommen.

Wie Essenbachs Bürgermeister Dieter Neubauer in seinem Grußwort hervorhob, stand der 12.000-Einwohner-Ort im Landkreis Landshut selbst vor einigen Jahren vor der Frage „Breitbandausbau - Ja oder Nein“ und vor allem „Wie?“. Die Entscheidungsträger seien damals froh gewesen um alle Informationen und Kontakte, die sich ihnen boten.

FTTH in Essenbacher Eigenregie

In Essenbach habe der Marktgemeinderat im März 2011 die Entscheidung zu einem FTTH-Glasfasernetz in Eigenregie getroffen und ab dem Jahresende 2013 konnte dieses abschnittsweise in Betrieb genommen werden. Ziele seien neben der bestmöglichen Versorgung ein weiterer Standortfaktor sowohl für das Gewerbe als

auch für private Neuansiedlungen gewesen. „Bis heute haben wir unsere damalige Entscheidung und die letztendlich angefallenen Gesamtkosten in Höhe von rund 13,6 Mio. Euro nicht bereut“, unterstrich Neubauer und ergänzte: „Mit einer Abdeckung von rund 60 % der insgesamt ziemlich genau 5.000 Haushalte im Markt Essenbach haben wir unsere Wunschquote nahezu erreicht und es kommen beständig weitere Teilnehmer dazu.“



Constanze von Hassel,
Bürgermeister Dieter Neubauer,
Theresa von Hassel

Daniel Kleffel / StMFLH:

Aktueller Stand des Breitbandausbaus in Bayern

Digitale Vernetzung entwickelt sich zu dem Mittel der Landesentwicklung, um ländliche Räume als Lebens- und Arbeitsraum attraktiv zu machen. Jeder soll in seiner Heimat gut leben und arbeiten können. Deshalb ist das bayerische Förderprogramm zum Breitbandausbau besonders auf die Kommunen im ländlichen Raum ausgelegt. Bis Ende 2018 stehen bis zu 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau von schnellem Internet zur Verfügung. Jede Kommune in Bayern kann dabei auf einen individuellen Förderhöchstbetrag von bis zu einer Million Euro zurückgreifen, betonte Ministerialrat Daniel Kleffel.

Als Ziele für den Ausbau definierte Kleffel einen hohen Grad an Flächendeckung mit schnellem Internet (Zielbandbreite mindestens 50 Mbit/s; mindestens 30 Mbit/s müssen erreicht werden) und zukunftsfähige Lösungen wie einen hohen Glasfaseranteil (FTTB) – beispielsweise in Gewerbegebieten oder sonstigen Gewerbestandorten, Hotels etc. (Bandbreite 100 Mbit/s aufwärts) sowie - soweit noch nicht versorgt - die Erschließung der Schulen mit schnellem Internet. Die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄDBV) berieten die Gemeinden entsprechend, so Kleffel.

Aktuell (Stand: 10.11.2016) befinden sich 96 % der Gemeinden (1.974 von 2056) im Förderverfahren. Bereits 1.350 Gemeinden haben einen oder mehrere Förderbescheide über insgesamt 513 Mio. Euro erhalten. In den aktuellen Bauprojekten wurden und werden derzeit rund 22.000 Kilometer Glasfaserleitungen verlegt und über 520.000 weitere, bislang unversorgte Haushalte erschlossen. →

Laut der vbw-Studie „Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern“ „wird sich das bayerische Förderprogramm im Laufe des Jahres 2016 signifikant positiv auf die Breitbandversorgung in Bayern auswirken“. Bayern ermögliche durch die Ausgestaltung seiner Förderstrategie eine nahezu flächendeckende und bedarfsgerechte Erschließung aller Haushalte und Unternehmen mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen. Weiter heißt es: „Mehr als die Hälfte der Kommunen baut Teilgebiete (Gewerbe, Schulen, Krankenhäuser ...) schon im Förderprogramm auf Glasfaser aus. Diese Möglichkeit sollte weiter Schule machen.“ Wie Kleffel weiter ausführte, hat der Bund seine Verantwortung für die digitale Erschließung erkannt und Ende 2015 ein eigenes Förderprogramm zum Breitbandausbau auf den Weg gebracht. Hierbei stünden deutschlandweit gut 2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Bei den Bundesförderprojekten wurde Kleffel zufolge bislang kein bayerischer Antrag abgelehnt, weshalb die Wirkung des Scorings nach wie vor nicht schätzbar sei. Kofinanzierungsbescheide würden von Regierungen zeitnah und unbürokratisch erstellt und der LfA-Infrakredit Breitband stehe auch hier zur Verfügung. Deshalb Kleffels Rat: „Soweit Gemeinden weiteren Mittelbedarf haben, soll das Bundesprogramm genutzt werden.“ Der vierte Förderaufruf für die Ausbauprojekte läuft bis

Bundesprogramm mit Förderaufruf

zum 28. Februar 2017. In dieser Zeit können Anträge gestellt werden. Auch werde es einen fünften Förderaufruf geben. Nach Kleffels Worten plant der Bund derzeit einen Sonderaufruf nur für die FTTB-Erschließung von Gewerbegebieten im Baurechtssinn in einem Umfang von ca. 300 Mio. Euro ohne Scoring. Es gelte die Rahmenregelung zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA). Ziel sei die Förderung einer Breitbandgrundversorgung nur in den sogenannten weißen Flecken. Die Bagatellgrenze liege bei 10.000 Euro, die Höchstförderung belaufe sich auf 500.000 Euro. Zudem sei geplant, öffentliche Plätze im

Gewerbegebiet mit freien WLAN-Hotspots zu versorgen. Kleffel zufolge hat der Bundesrat ein neues Gesetz zum Breitbandausbau in Deutschland beschlossen. Das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) zielt darauf, die Kosten für den Breitbandausbau in Deutschland durch effizientere Verfahren und mehr Transparenz deutlich zu senken. Das DigiNetzG setzt zugleich die EU-Kostensenkungsrichtlinie vom 15. Mai 2014 um, deren Maßnahmen seit dem 1. Juli 2016 anzuwenden sind.

Stichwort Verfahrensrecht

Vorgesehen sind vor allem Ansprüche der Netzbetreiber auf die Nutzung existierender passiver Netzinfrastrukturen, die Mitverlegung von geeigneten passiven Netzinfrastrukturen und Glasfaserkabeln bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten und bei der Erschließung von Neubaugebieten sowie auf den verbesserten Zugang zu Informationen über die tatsächliche Versorgungslage. Zur Kostensenkung tragen außerdem die bedarfsgerechte Mitverlegung von Glasfaserkabeln sowie Anpassungen bei den Wegerechtsregelungen im Telekommunikationsgesetz bei - etwa durch die Möglichkeit der Verlegung in geringerer Tiefe. Hinzu kommt, dass neu errichtete Gebäude (Baugenehmigungen nach dem 31.12.2016 beantragt) gebäudeintern bis zu Netzabschlusspunkten mit hochgeschwindigkeitsfähiger passiver Netzinfrastruktur auszustatten sind. Dies gilt auch für umfangreiche Renovierungen. Neu errichtete Mehrfamilienhäuser sind mit einem Zugangspunkt zu den gebäudeinternen digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen auszustatten. Ausnahmen für bestimmte Gebäudekategorien sind möglich (noch zu erlassende Rechtsverordnung).

Hier gilt die Zustimmung des Wegebaulasträgers für die Verlegung oder Änderung von Telekommunikations-Linien nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags als erteilt. Eine Fristverlängerung ist möglich. Das DigiNetzG wird dem Bundespräsidenten in Kürze zur Unterschrift vorgelegt, am Tag nach der Verkündung soll es im Bundesgesetzblatt in Kraft treten. ■



*ANREGENER MEINUNGSAUSTAUSCH
ZWISCHEN DIENSTLEISTERN, FINANZ-
PARTNERN UND NETZBETREIBERN.*

Wolfgang Bauer / StMFLH:

BayernWLAN – Ziele und Umsetzung

Im Zuge der rasant zunehmenden Digitalen Mobilität durch Smartphones und Tablets wollen die Menschen in Bayern auch unterwegs einen einfachen Zugang zu schnellem Internet. Dazu gehört der digitale Ausbau in Bayern, den die Bayerische Staatsregierung auch durch die Initiative BayernWLAN fördert.

Bayern wird das erste Bundesland mit einem eigenen WLAN-Netz. Bis zum Jahr 2020 sollen nach den Worten von Leitemdem Ministerialrat Wolfgang Bauer insgesamt 20.000 Hotspots kostenfrei unter @BayernWLAN zur Verfügung stehen. An zentralen Orten Bayerns wie auf der Kaiserburg in Nürnberg, auf über einem Dutzend Schiffen der staatlichen Seenschifffahrt oder reizvollen Marktplätzen wie in Freyung, Hersbruck, Straubing, Vilshofen und Weiden ist dies bereits Realität. Konkret sind 4.000 Standorte (Hotspots) mit je 2 Zugangspunkten (Accesspoints) für die Kommunen geplant, zudem 1.000 Standorte an geeigneten Behörden (2.000 Accesspoints) sowie die Einbeziehung der WLAN-Netze der Universitäten und Hochschulen (8.000 Accesspoints).

Aufgrund der positiven Resonanz an den Pilotstandorten wird das BayernWLAN um neue Schwerpunkte in den touristisch interessantesten Regionen Bayerns erweitert. Neben Liegenschaften des bayerischen Finanzministeriums werden hier in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden 1.000 weitere Touristenhotspots nach dem Motto „Dort, wo Bayern am schönsten ist“ mit BayernWLAN ausgestattet. Kommunen und Landkreise wählen diese Standorte aus und der Freistaat übernimmt die Erst-einrichtungskosten für diese Tourismus-Hotspots (2.000 Accesspoints).

BayernWLAN wurde 2015 an ca. 140 Standorten erprobt. Ziel war, ein breites Spektrum unterschiedlicher Anwendungsfälle abzudecken und in ganz Bayern präsent zu sein. Die Installationen reichen von einem einzelnen Innen-accesspoint bis zur großen Installation in der Landesfinanzschule mit insgesamt 84 Accesspoints oder der Mitbenutzung des bestehenden WLAN des Bayerischen Landtags (150 Accesspoints).

Ausgestattet werden insbesondere Kommunen, Hochschulen, Behörden und Tourismusziele. Auch im öffentlichen Nahverkehr sollen Pilotprojekte zum BayernWLAN starten. Für die Kommu-

nen, die selbst entscheiden können, wo sie das BayernWLAN anbieten wollen, übernimmt der Freistaat sämtliche Kosten zur Ersteinrichtung, insbesondere Vorort-Termine, Verkabelung, Messungen und Montagearbeiten für zwei Hotspots in Höhe von 5.000 Euro.

Voraussetzung für die staatliche Förderung ist die Nutzung des BayernWLAN-Rahmenvertrags, der zwischen dem Freistaat und Vodafone geschlossen wurde. Die Kommunen tragen die Betriebskosten und können die Konditionen des Rahmenvertrags auch für weitere

Insgesamt stehen den Bürgern bereits ca. 850 kostenfreie BayernWLAN Hotspots zur Verfügung. In 679 Kommunen wurden bereits seit Start der flächendeckenden Umsetzung Mitte Juli 2016 für BayernWLAN personalisierte Logins versandt und mit 419 Kommunen Standortverträge geschlossen. Darüber hinaus haben 676 Kommunen Ortsbegehungen bestellt.

Als einheitlicher Ansprechpartner betreut das BayernWLAN Zentrum Straubing die beteiligten Behörden und Kommunen vom Antrag über die Planung bis hin



Theresa von Hassel, Daniel Kleffel, Anne-Marie von Hassel und Wolfgang Bauer (v.l.).

Standorte nutzen. Beim BayernWLAN gehen alle Haftungsansprüche auf den Provider über, der wiederum durch das Telemediengesetz von Haftungen befreit ist (sog. Providerprivileg).

850 kostenlose Hotspots bereits vorhanden

Durch die einheitliche SSID können sich Smartphones an jedem BayernWLAN-Hotspot automatisch anmelden. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig, der Jugendschutz ist durch Filter garantiert.

zur Umsetzung. Eingerichtet wurde es zur Förderung der ländlichen Gebiete im Rahmen der Heimatstrategie.

Wie monatliche Auswertungen der Auslastung der Hotspots zeigen, wird das Angebot sehr gut angenommen: Etwa 20 Terabyte an Daten werden bewegt, dies entspricht ca. 4.300 DVDs. An ca. 850 Zugangspunkten wurden mehr als 150.000 Nutzer gezählt. Mit 1,7 Terabyte zählt Schloss Neuschwanstein hierbei zu den Spitzenstandorten. Hohe Uploads deuten Bauer zufolge darauf hin, dass hier viele Bilder sofort ins Netz gestellt werden. Dies sei Live-Werbung für eine der schönsten Touristenattraktionen im Freistaat. ■

Vodafone Kabel Deutschland
Partner der Immobilienwirtschaft.

Ein Netz mit Zukunft



Das richtige Netz für Ihren Standort –
auch in ländlichen Regionen

Vodafone
Power to you



Super-schnelles Internet, digitales Fernsehen und günstige Telefonie sind für die meisten Menschen fester Bestandteil ihres Alltags – beruflich wie privat. Eine zuverlässige und zukunftsfähige Infrastruktur wird damit zum wichtigen Standortfaktor für Kommunen.

Wir unterstützen Sie bei der Versorgung von Erschließungsgebieten von Anfang an: von der Planung über die Bauabwicklung bis hin zur Fertigstellung.

- Innovative Infrastruktur für private Haushalte und Gewerbetreibende als Standortvorteil
- Hohe Bandbreiten – auch im ländlichen Raum
- In vielen Fällen ist staatliche Förderung möglich
- Internet, Fernsehen und Telefon über einen Anschluss

Sie wollen mehr erfahren zum Netzausbau in Ihrer Gemeinde? Wir beraten Sie gerne:
breitbandoffensive.de@vodafone.com

www.vodafone.de/immobilienwirtschaft/kommunen

Udo Harbers / Deutsche Telekom AG:

Der Glasfaserausbau der Deutschen Telekom

In den vergangenen Monaten hat die Telekom in verschiedenen Regionen den Breitbandausbau aktiv vorangetrieben, neue Verteilerkästen aufgebaut und diese mit modernen Glasfaserleitungen verbunden. Dadurch ist es möglich, ab sofort mit bis zu 50 Mbit/s zu surfen – in einigen Gebieten sogar mit bis zu 100 Mbit/s.

Wie Udo Harbers, zuständig für die politische Kommunikation in Bayern und Sachsen erläuterte, „setzt die Telekom auf alle Glasfaser-Varianten und baut die jeweils geeignete Technologie“. Exemplarisch nannte er den Ausbau von schnellen Internetanschlüssen in Leipheim im Landkreis Günzburg, die zum Teil bereits als Glasfaseranschlüsse (FTTH) gebaut werden. Der Ausbauezeitraum erstrecke sich bis ins Frühjahr 2017.

Integrierte Netzstrategie

Die Strategie der Deutschen Telekom lautet „Integrierte Netzstrategie“. Dabei werden in die mobile und feste Netzstruktur Investitionen in vier Säulen getätigt: Glasfaser-Ausbau, Vectoring, LTE-Ausbau und Hybrid Access. Wo komplett neu gebaut wird, werden Glasfaseranschlüsse gleich bis in die Häuser verlegt. In den anderen Gebieten legt die Telekom Glasfaserkabel bis an die Verteiler in den Straßen und kann dann dank moderner Vectoring-Technik vielen Menschen in kurzer Zeit hohe Bandbreiten bis zu 100 MBit/s zur Verfügung stellen. Surfgeschwindigkeiten von 100 Mbit/s seien nur ein Zwischenschritt, betonte Harbers.

Mit Super-Vectoring könne bereits in zwei Jahren die Bandbreite im Festnetz auf bis zu 250 MBit/s gesteigert werden. In Kombination mit dem Mobilfunk seien mit der Hybrid-Technik dann sogar Bandbreiten bis 550 Mbit/s möglich. „Unser Ziel ist es, durch flächendeckenden Einsatz von Vectoring bis 2018 mindestens 50 Mbit/s für alle zu erreichen“, hob Harbers hervor. Seiner Einschätzung nach kann mit Fördermitteln aus Erlösen der Frequenzversteigerung, dem Investitionspaket des Bundes, den Förderprogrammen der Länder und der EU eine Abdeckung von über 90 Prozent erreicht werden. Die Telekom habe angeboten, bis 2018 eine Versorgung von ca. 80 Prozent der Haushalte in Deutschland mit mindestens 50 Mbit/s zu gewährleisten. Ein wesentlicher Hebel sei hier der

bundesweite Ausbau der Kabelverzweiger (KVz - graue Schaltkästen auf den Bürgersteigen) im Umfeld der Vermittlungsstellen („Nahbereiche“) mit Glasfaser (FTTC) und VDSL-Vectoring-Technologie, was allerdings bisher aus technisch-regulatorischen Gründen nicht erlaubt sei. Der Einsatz von Vectoring sei mittlerweile durch die EU-Kommission bestätigt, nun würde noch die Genehmigung der Schnittstellen für die Wettbewerber ausstehen.

Beim Vectoring, einem Daten-Turbo für das Kupferkabel, wird ein neues Glasfasernetz von der Vermittlungsstelle bis zum Multifunktionsgehäuse (MFG) am Straßenrand verlegt. Das MFG ist eine Mini-Vermittlungsstelle, in der optische in elektrische Signale umgewandelt werden. Die Daten werden über die bestehende Leitung zum Kunden geschickt. Beim Vectoring erreichen die Daten bis zu 100 Mbit/s im Download und bis zu 40 Mbit/s im Upload. „Tatsache ist: Der Vectoring-Ausbau ist schneller und günstiger als ein reiner Glasfaser-Ausbau“, bemerkte Harbers.

Vectoring-Ausbau im Vergleich

Bisher sei es so, dass Nahbereiche mit VDSL vom Hauptverteiler und nicht vom Kabelverzweiger versorgt werden. Deshalb seien Bandbreiten bis zu 50 Mbit/s nur für ungefähr 1,4 Prozent der Haushalte faktisch gegeben. Es entstünden signifikante Bandbreitenunterschiede zwischen dem Nahbereich und den Bereichen außerhalb. Flächendeckende, einheitliche High-Speed-Angebote durch die Telekom sowie Wettbewerber, die das Telekom-Netz nutzen, seien derzeit also nicht möglich. Die Kabelunternehmen böten keinen Zugang zum Netz, de facto handle es sich hier um ein Monopol für Bandbreiten um die 100 Mbit/s in den Nahbereichen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Telekommunikationsbranche gegenüber Kabelunternehmen sei im Nahbereich stark eingeschränkt. Das Problem



sind Harbers zufolge überzogene, marktferne europäische Netzzugangs-Auflagen für Breitband-Beihilfen, die bislang den Einsatz von Vectoring in Fördergebieten verhinderten. Die Bundesnetzagentur habe entschieden, dass alternative, virtuelle Zugangsprodukte beim Einsatz von Vectoring ausreichen. Dieses Regime müsse auch für den Einsatz von Vectoring in Fördergebieten gelten. Andernfalls drohe ein Flickenteppich.

„5G“ als digitale Schlüsseltechnologie

Bei der Zukunftssicherung spiele freilich nicht nur die Diskussion um Leitermedien wie Kupfer- und Glasfaserkabel eine Rolle, sondern auch die Gestaltung der Netzarchitektur, die Entwicklung gemeinsamer Standards und Plattformen sowie Datensicherheit. „Erst mit 5G wird alles, was digitalisiert ist, auch vernetzt“, unterstrich Harbers. Hinter „5G“ verbirgt sich der neue schnelle Mobilfunkstandard der fünften Generation.

Innovationen wie das automatisierte und vernetzte Fahren, die Industrie 4.0 oder E-Health schaffen ein enormes Datenwachstum. Die digitale Wirtschaft entsteht aber nur dort, wo dieses Wachstum abgerufen werden kann. Mit „5G“ würden sich große Datenmengen zuverlässig übertragen lassen, erklärte Udo Harbers. Möglich wären bis zu 10 Gigabit je Sekunde und „Latenzzeiten unter einer Millisekunde“. Letzteres bedeutet eine Datenübertragung in Echtzeit. Ziel bei „5G“ sei es nicht nur, mehr Leistungen zu bieten. Die neue Mobilfunktechnik werde auch individueller auf die Anforderungen der Kunden eingehen: Der eine benötige hohe Datenraten, andere eher kurze Latenzen oder energiearme Massen Anwendungen. „5G wird zu einer digitalen Schlüsseltechnologie im Zeitalter der Vernetzung“, prognostizierte Harbers. Schon heute sei das Telekom Netz für diese extrem energiearme Möglichkeit von Datenübertragungen mittels Sensoren bereit. ■

unendlich schnelles WLAN.

Flächendeckend. Einfach. Überall.

Ihren Ansprechpartner vor Ort erreichen Sie unter kommune@amplus.ag

Dr. Imke Germann / MRK Media AG:

NGA mit MRK – Beseitigung weißer Flecken auf dem Weg zum High-Speed Internet

Die Verfügbarkeit von Breitbandinfrastrukturen ist ein entscheidender Faktor, der die Wirtschafts- und Regionalentwicklung maßgeblich beeinflusst. Standortentscheidungen werden immer häufiger nach diesem Kriterium getroffen.

Um auf dem Weg zum High-Speed Internet entscheidend voran zu kommen, unterstützt laut Vorstandsvorsitzender Dr. Imke Germann das seit vielen Jahren erfolgreich tätige Münchner Unternehmen MRK Media AG mit seiner Planungsexpertise im Breitband- und Infrastrukturbereich den flächendeckenden Ausbau der Hochleistungsnetze mit schnellen Übertragungsraten. Immer mehr in den Mittelpunkt der MRK-Aktivitäten gerückt sind dabei die Projekte zur Beseitigung der „weißen NGA-Flecken“.

Aufbau von Netzen der nächsten Generation

Im Rahmen der Konzeption und Realisierung von Projekten im Bereich Telekommunikation & Netze gehören zahlreiche Städte und Kommunen, aber auch Telekommunikationsunternehmen zu den Auftraggebern von MRK. Damit gewährleistet das Unternehmen als Schnittstelle zwischen den beteiligten Partnern einen reibungslosen Projektverlauf. In Deutschland unterstützt MRK Media den Netzausbau mit 90 festangestellten Mitarbeitern (Stand 30.6.2016).

MRK leistet mit seinen vorrangigen Unternehmensaktivitäten einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau von Netzen der nächsten Generation, den so genannten Next Generation Access (NGA)-Netzen. Die erfolgreiche Entwicklung der MRK hat nicht zuletzt in der Auszeichnung als Preisträger 2016 für „Bayerns Best 50“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums seinen Niederschlag gefunden.

Zur Qualitätssicherung auf der Grundlage der entsprechenden Bundesrichtlinie werden Landkreise und Kommunen „für die Beauftragung von externen Planungs- und/oder Beratungsleistungen gefördert, die zur Vorbereitung oder bei der Durchführung solcher Breitbandmaßnahmen anfallen“. Der Bund leistet hier eine 100-Prozent-Förderung der Beratungsleistungen mit maximal 50.000 Euro, wobei darauf zu achten ist, dass diese Fördermöglichkeit mit dem Stichtag 31.12.2016 ausläuft.

Abgleich mit Breitbandatlas

In einem ersten Verfahrensschritt umfasst die Beratungsleistung die Aufnahme und Analyse der Infrastrukturdaten sowie die Erhebung des Ist-Versorgungsgrades. Dabei wird ein Abgleich mit dem Breitbandatlas des Bundes vorgenommen. Auf dieser Grundlage erfolgen die Ermittlung der „weißen NGA-Flecken“ und das Einpflegen in ein GIS-System.

In enger Abstimmung mit den Kommunen werden im Anschluss die Projektgebiete festgelegt. Im nächsten Verfahrens-



schritt muss gemäß der Förderrichtlinie ein Markterkundungsverfahren durchgeführt werden. Dieses klärt, welche Gebiete bereits ausreichend versorgt sind und wo innerhalb der nächsten drei Jahre ausgebaut werden soll. Dabei werden die Netzbetreiber aufgefordert, zum Verfahren Stellung zu nehmen und eigene Ausbaupläne bekannt zu geben.

Wirtschaftlichkeitslückenmodell oder Betreibermodell?

Für den Antrag zur Förderung der als notwendig erkannten Ausbauprojekte ist es erforderlich, die Wirtschaftlichkeit der beiden zur Verfügung stehenden Modelle – Wirtschaftlichkeitslückenmodell oder Betreibermodell – zu ermitteln und Handlungsempfehlungen zu geben. Für diesen Wirtschaftlichkeitsvergleich sind Kosten und Effizienz einzelner Ausbauvarianten heranzuziehen. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die beantragte Förderung für die Erschließung der „weißen NGA-Flecken“ eingesetzt wird, das heißt für Gebiete, die nicht mindestens über 30 Mbit/s verfügen. Aus der dann zu erstellenden Grobplanung werden die Investitionskosten abgeleitet und ein Vergleich verschiedener Ausbauszenarien vorgenommen. Im Rahmen der Beratung, die stets an die Ansprüche des Fördergebers angepasst ist, erstellt MRK nach der Aufbereitung und Digitalisierung der Ergebnisse einen Abschlussbericht mit den einzelnen, nachvollziehbar dokumentierten Arbeitsschritten.

Beste Voraussetzungen für Bewilligung von Fördermitteln

Auf diese Weise erhalten die kommunalen Auftraggeber eine topaktuelle Übersicht über den Ausbaustand und die noch erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen im jeweiligen Landkreis bzw. Gemeindegebiet. Dadurch sind beste Voraussetzungen für die Bewilligung entsprechender Fördermittel vorhanden. Einer erfolgreichen Entwicklung in die digitale Gesellschaft mittels High-Speed Internet steht somit nichts mehr im Wege. ■

Wolfgang Heer / Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. (BUGLAS):

Kooperationsmodelle: Motor für den flächendeckenden Breitbandausbau in Deutschland

Der Bundesverband Glasfaseranschluss BUGLAS vertritt über 90 % aller Unternehmen in Deutschland, die FTTB/H-Netze ausbauen. Für alle, die einen flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben wollen (z. B. Telekommunikations- und Diensteanbieter, Ausrüster oder Infrastrukturbesitzer), ist der BUGLAS die bundesweite Allianz, die alle Kompetenzen im Glasfaserausbau bündelt und damit die digitale Zukunft in Deutschland garantiert.

Kooperationen zwischen lokal oder regional tätigen Telekommunikationsunternehmen und Gemeinden, Stadtwerken oder Energieversorgern haben sich nach Auffassung von Geschäftsführer Wolfgang Heer in den vergangenen zwei Jahren als echtes Erfolgsmodell beim Glasfaserausbau erwiesen. Die im BUGLAS organisierten Unternehmen hätten in den vergangenen Jahren sehr positive Erfahrungen mit verschiedenen Kooperationsmodellen gesammelt. So erschloss beispielsweise M-net gemeinsam mit der Breitband Main-Kinzig GmbH den hessischen

Main-Kinzig-Kreis in einer ersten Ausbaustufe vollständig mit FTTC, in einer zweiten Ausbaustufe (geplant 2016-2017) erfolgt eine FTTB/H-Erschließung, finanziert mit Unterstützung durch das Bundesförderprogramm.

Auch mit der Marktgemeinde Essenbach (Landkreis Landshut), die sich für eine eigenfinanzierte FTTB/H-Erschließung von 2.700 Haushalten und Gewerbeeinheiten mit einem Investitionsvolumen in Höhe von ca. 17 Mio. Euro entschloss, kooperierte M-net äußerst erfolgreich.

Während die von der Kommune eigens gegründete Kommunalgesellschaft die Verlegung des passiven Glasfasernetzes organisierte, stellte der Telefon- und Internetanbieter M-net die aktiven technischen Komponenten und die Telekommunikationsdienste zur Verfügung. Im Rahmen einer weiteren Kooperation zwischen M-net und den Erlanger Stadtwerken sorgten letztere für den Ausbau und Betrieb des passiven Netzes, während M-net für den Aufbau und Betrieb des aktiven Netzes sowie das Dienstangebot verantwortlich zeichnete. →



Ganz Bayern in 60 Minuten.

**Ganz nah bei
den Zuschauern
Bayerns.
Von Aschaffenburg
bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus
Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

In einer ersten Ausbaustufe (2010-2011) erfolgte die Eigenfinanzierung der FTTC-Erschließung von 35 KVz und 5.436 Haushalten und Gewerbeeinheiten mit teilweiser Unterstützung durch das baye-rische Förderprogramm. In einer weiteren Ausbaustufe wurden in Eigenfinanzierung 14.546 Haushalte und Gewerbeeinheiten mit FTTB/H erschlossen. In einer dritten Ausbaustufe wurden schließlich 7.918 Haushalte und Gewerbeeinheiten erschlossen. Eigenfinanzierung und Erschließung erfolgten hier durch die teilweise Mitverlegung bei städtischen Baumaßnahmen.

Auch mit den Stadtwerken München SWM kooperiert M-net sehr erfolgreich: Während die Stadtwerke den Ausbau und Betrieb des passiven Netzes übernehmen, zeichnet die M-net Telekommunikations GmbH für Aufbau und Betrieb des aktiven Netzes sowie das Dienstangebot verantwortlich.

Bis 2013 hatten SWM und M-net in einem ersten Schritt bereits ein engmaschiges Glasfasernetz (FTTB/H) weitgehend innerhalb des Mittleren Rings verlegt, um den Münchnerinnen und Münchnern einen zeitgemäßen Internetzugang zu ermöglichen – rund 320.000 Haushalte sowie 60.000 Gewerbeeinheiten wurden so erschlossen. In einem zweiten Ausbauschritt (2016-2021) werden - ebenfalls eigenfinanziert - weitere 250.000 Haushalte und 20.000 Gewerbeeinheiten außerhalb des Mittleren Rings erschlossen. Kooperationsmodelle erweisen sich laut Heer mehr und mehr als zentraler Bestandteil beim Aufbau einer möglichst flächendeckenden Glasfaserversorgung in Deutschland. Dabei konzentrierte sich jeder der Partner auf seine Kernkompeten-

zen, zudem würden die mit dem Netzaufbau und -ausbau verbundenen Lasten auf mehrere Schultern verteilt. Durch die profunden Kenntnisse der Situation vor Ort könnten die Versorgungsunternehmen bei der Errichtung der Netzinfrastruktur hervorragend Syner-



giepotenziale heben sowie lokal und regional tätige Telekommunikationsanbieter ihre langjährige Erfahrung im Betrieb der Netze und bei der Bereitstellung von Diensten einbringen. Heer verdeutlichte diese Erfolgsfaktoren auch am Beispiel des regionalen Telekommunikationsdienstleisters NetCologne (Köln/Bonn), der gemeinsam mit Gemeinden und Stadtwerken verschiedene Regionen im weiteren Kölner Umland mit FTTC erschließt.

Ökonomische Potenziale

Die Anmietung von „echten“ Glasfaseranschlüssen (FTTB/H), die von lokal oder regional tätigen Carriern ausgerollt und von bundesweiten Telekommunikationsanbietern betrieben werden, deren Stärken insbesondere in der Vermarktung liegen, birgt Heer zufolge erhebliche ökonomische Potenziale für beide Seiten und erhöht zudem den Kundennutzen. Sowohl

1&1 wie auch Telefónica stellen im Endkundengeschäft eine signifikante Nachfrage nach hohen Bandbreiten fest. Um ihre Kunden damit versorgen zu können, kaufen beide Unternehmen bereits bei wilhelm.tel Glasfaseranschlüsse ein. Dabei kommen intern jeweils eigene Netz-Aggregations-Plattformen zum Einsatz.

Offene Schnittstellen

1&1 nutzt dafür das deutschlandweite Glasfasernetz von 1&1 Versatel, das als Basis für eine Open Access-Plattform dient, die gemeinsam aufgebaut wurde und an die beliebig viele Carrier angeschlossen werden können. Für die automatisierte Abwicklung aller mit Wholebuy verbundenen Prozesse wie Bestellung, Anbieterwechsel oder Entstörung setzen 1&1 wie Telefónica auf die standardisierte Wholesale-Orderschnittstelle S/PRI (Supplier/Partner Requisition Interface), die allen Marktteilnehmern in der Version 4.0 zur Verfügung steht. Unternehmen, die FTTB/H-Netze ausrollen und betreiben, können mit Wholesale die Auslastung auf ihren Netzen erhöhen und höhere Deckungsbeiträge erzielen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, sich ein Stück weit unabhängig vom Erfolg des eigenen Marketings zu machen und gleichzeitig zusätzliche, für weitere Investitionen einsetzbare Finanzmittel zu generieren.

Wilhelm.tel hat das Potenzial von Wholesale frühzeitig erkannt: Mit Telefónica bzw. der damaligen HanseNet arbeitet das Norderstedter Unternehmen bereits seit 2010 zusammen, seit Sommer 2016 auch mit 1&1. Bei wilhelm.tel kommt für die Abwicklung aller Wholesale-Prozesse ebenfalls die S/PRI 4.0 zum Einsatz. ■

Daniel Öfele / Esri Deutschland GmbH:

Von der Planung über den Vertrieb zum Betrieb – Erfolgreiche GIS-Nutzung beim Breitbandausbau

Der Telekommunikationsmarkt ist hochdynamisch. Die digitale Gesellschaft bewegt immer größere Datenmengen, die in immer kürzerer Zeit über die Netzinfrastruktur transportiert werden müssen. Die ArcGIS Plattform von Esri Deutschland unterstützt den raschen Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung und sichert ein erfolgreiches Breitband-Management.

Kommunen, Infrastrukturinhabern, Betreibern und Providern liefert die Plattform zuverlässige Lösungen bei allen Prozessen rund um strategische Netzplanung, Ausbau, Marketing, Vertrieb, Dokumentation und Betrieb. Dabei kommt GIS beim Breitbandausbau eine entscheidende Rolle zu, sei es bei der Bedarfserhebung, der Vorvermarktung, der Potenzialanalyse oder bei Door-to-door Sales, erklärte Daniel Öfele, →

Account Manager Telekommunikation. Tatsache ist: Die schnell voranschreitende Digitalisierung von Industrie und Gesellschaft bringt die bestehende Telekommunikationsinfrastruktur zunehmend an ihre Grenzen. Neue, leistungsfähige FTT-B/H-Netze können hier Abhilfe schaffen. Ihre Realisierung setzt jedoch eine umfassende und vorausschauende Planung voraus. Die zentrale Aufgabe in diesem Zusammenhang ist die Beantwortung der beiden wichtigsten Fragen: „Was wird der FTTB/H-Ausbau kosten? Und wie können die vorhandenen Mittel effektiv eingesetzt werden?“

Strategischer Ausbau

Der erste Schritt bei der Erstellung einer Ausbaustrategie ist Öfele zufolge die Erhebung der Bestandsversorgung. Dabei werden neben der gegebenen Versorgungssituation auch die vorhandenen Infrastrukturen und Synergiepotenziale analysiert. Anhand der erhobenen Daten kann das tatsächliche wirtschaftliche Potenzial im entsprechenden Ausbaubereich abgeschätzt und im Anschluss eine indikative Kostenplanung sowie ein individuelles Geschäftsmodell entwickelt werden. Das zentrale Instrument für Datensammlung und Breitbandplanung stellt dabei das GIS dar. Mithilfe der ArcGIS Plattform lassen sich die Ausbaubereiche identifizieren, bei denen möglichst viele End-

kunden über eine möglichst kostengünstig zu errichtende Infrastruktur erreicht werden können. Unter Einbezug der größten Kostentreiber und der Erlösquellen werden die Ausbaubereiche bewertet und priorisiert. Mittels Fast@Home wird anschließend eine kostenoptimierte Anbindung der anzuschließenden Adressen in den identifizierten Erschließungsgebieten sichergestellt.



Daniel Öfele
Esri Deutschland GmbH

Vorausschauende Bewertung des Projekts

Eine auf Fast@Home und ArcGIS basierende Netzplanung ermöglicht es, Kosten und Umsätze gegenüberzustellen sowie die Wirtschaftlichkeit eines Ausbauprojekts zu ermitteln und vorausschauend zu bewerten.

Fazit: Die Esri Technologie sorgt dafür, jederzeit einen schnellen Überblick über die aktuelle Entwicklung des Breitbandausbaus zu erhalten. Die Konfiguration von Operations Dashboard ermöglicht, Investitionen in den Netzausbau, die Breitbandversorgung und Vermarktungskampagnen immer im Blick zu haben. Echtzeit-Analysen der Entwicklung unterstützen gezielt Vorvermarktungs- und Vertriebskampagnen und liefern Entscheidern die nötigen Zahlen, Grafiken und Karten.

20 Jahre
M-net

M

eine Highspeed- Heimat

Auch auf dem Land mit Highspeed
im Internet unterwegs.

Beratung für Kommunen:

breitbandausbau@m-net.de

m-net
Mein Netz

Isabel auf der Horst / BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte:

Bestandsaufnahme Fördermittel: Bundes- oder Landesmittel, oder gar keine...?

Auf dem Gebiet des Breitbandausbaus zum Zwecke der flächendeckenden Versorgung mit Internet entwickelt die BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB unter Berücksichtigung der beihilfe- und vergaberechtlichen Vorgaben verschiedene Geschäftsmodelle und begleitet ihre Mandanten bei deren Umsetzung.

Im Rahmen der Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsabwägung wird zunächst ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Dabei wird von möglichen Marktteilnehmern ermittelt, ob und ggf. zu welchen Konditionen diese im Kreisgebiet den Breitbandausbau vorantreiben würden. Neben einem eigenwirtschaftlichen Ausbau ist auch eine Beteiligung der befragten Unternehmen an einem Wirtschaftlichkeitslücken- oder Betreibermodell denkbar. Zum Wirtschaftlichkeitslückenmodell wird außerdem die Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke abgefragt, d.h. des Zuschussbetrages, den das befragte Unternehmen für einen Eigenausbau von der öffentlichen Hand benötigen würde. Das Interessenbekundungsverfahren wird auf der Plattform www.breitbandausschreibungen.de veröffentlicht. Im Anschluss werden die Unternehmen zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist aufgefordert. Die Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens werden ausgewertet und für den Auftraggeber in einer Übersicht zusammengestellt. Sofern Unternehmen angegeben haben, sich im Rahmen eines Wirtschaftlichkeitslückenmodells am Breitbandausbau beteiligen zu wollen, werden die von den Unternehmen genannten Zuschussbeträge für eine Wirtschaftlichkeitsabwägung herangezogen: In einem durch Wirtschaftsprüfer angefertigten Kostenvergleich werden die Kosten für den Breitbandausbau im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitslückenförderung einerseits und eines Betreibermodells andererseits gegenübergestellt.

Inhalt des Kostenvergleichs werden zum einen die Investitionskosten für die öffentliche Hand sein und zum anderen die laufenden Kosten während der Laufzeit des Projekts sowie mögliche einzupreisende Risiken. Dem gegenübergestellt wird der verbleibende Mehrwert, etwa durch das Eigentum am Netz beim Betreibermodell. Der Kostenvergleich wird ebenfalls im Rahmen eines Gutachtens erstellt.

Wie auf der Horst erläuterte, sei zunächst eine Berechnung der Projektkosten ohne Zuschuss deshalb sinnvoll, „da es sein kann, dass ein Projekt durch die Nebenbestimmungen teurer wird, obwohl gefördert wird“.

Diese Zahlen würden benötigt, um überhaupt Fördermittel beantragen zu können. Im Anschluss würden die einschlägigen Förderprogramme untersucht und eingerechnet. Aussagekräftig seien dabei folgende Fragen: Welches Modell ist besser?, Wieviel Geld muss eine Gemeinde selbst bezahlen?, Wieviel Fremdkapital wird wann gebraucht?, Was kann wirtschaftlich maximal ausgebaut werden?, Wieviel Pacht müssen Sie erhalten? Und Wie hoch ist der Restwert des Netzes?

Der öffentliche Auftraggeber ist auf der Horst zufolge verpflichtet, möglichst schonend mit den öffentlichen Ressourcen umzugehen. Beihilferechtlich sollen Fördermittel nur ein Marktversagen beheben, das heißt, es ist nur so viel Geld auszugeben, wie unbedingt notwendig ist, nicht aber mehr. Ist ein Modell wirtschaftlicher, so ist dies zu realisieren.



Als Nachteile beim Breitbandausbau mit Fördermitteln führte die Anwältin neben der Vielzahl von „Auflagen“ (Mindestversorgungsquoten) die aufwendigen Dokumentationspflichten (Fotodokumentation), das einheitliche Materialkonzept, verbunden mit höheren Kosten, das Aufbringen von Eigenmitteln, den engen Zeitrahmen und das Monitoring (jährlich zum Jahresende begleitende Erfolgskontrollen sowie nach Abschluss des Förderprogramms eine abschließende Erfolgskontrolle) an. Ein Risiko bestehe in der Rückzahlung der

Fördermittel. Vorteil wiederum sei die hohe finanzielle Unterstützung, „denn ohne Fördermittel werden Projekte nicht realisiert werden können“, so auf der Horst.

Beim Breitbandausbau ohne Fördermittel im Rahmen des Betreibermodells liegt laut auf der Horst der Vorteil darin, „dass die Investitionskosten für die öffentliche Hand zwar höher sind, jedoch eine Reinvestition möglich ist. Zudem gibt es Einflussmöglichkeiten auf die Zukunftsfähigkeit des Netzes, das letztlich Ihnen gehört.“

Nachteile seien in den Investitionskosten (Reduktion durch Deckelung oder Berücksichtigung im Erlösmodell), einem möglichen Zinsanstieg (Reduktion durch Erhöhung der Zinsbindung) und dem Insolvenzrisiko des Pächters (Reduktion durch Prüfung im Vergabeverfahren) zu suchen.

Beim Breitbandausbau mit Fördermitteln wiederum zahlten Pächter Pachtzinsen, losgelöst von den internen Kosten der öffentlichen Hand. Ein weiterer Vorteil sei, dass der Bau bezüglich der Kosten gedeckelt werden kann.

Fazit: Jedes Projekt ist anders (potentielle Betreiber, vorhandene Infrastruktur, Kosten, Siedlungsstruktur, Wettbewerb etc.). Auf der Horsts Tipp: „Rechnen Sie die Projekte mit und ohne Fördermittel (die unterschiedlichen Förderprogramme lassen unterschiedliche Förderhöhen zu). Untersuchen Sie, wieviel Kapital Sie brauchen und ob Sie Eigenmittel oder Fremdmittel einsetzen wollen. Untersuchen Sie, welches Förderprogramm für Sie am besten ist. Nicht nur die Höhe der Förderung ist entscheidend, sondern auch die Folgekosten für Monitoring, Materialkonzept, Dokumentation etc.“ ■

Christoph Sudhues / zafaco GmbH:

Breitbandmessung schafft Transparenz im Telekommunikationsmarkt

Die zafaco GmbH versteht sich als übergreifender, unabhängiger und neutraler Dienstleister in den Bereichen Benchmarking, Business Service Management und Business Intelligence mit eigener messtechnischer Infrastruktur und nahezu 52 Millionen Testverbindungen pro Jahr. „Diese Unabhängigkeit und Neutralität ist die Grundlage des Geschäftsmodells der zafaco GmbH“, betonte der Geschäftsführende Gesellschafter Christoph Sudhues.

Das Vertrauen in die Unabhängigkeit von zafaco zeige sich unter anderem dadurch, dass die Messungen zu den regelmäßig von der Zeitschrift connect, Europas größtem Magazin zur Telekommunikation, veröffentlichten Breitband-Netztests durch zafaco durchgeführt werden. Weiterhin habe das Unternehmen den Zuschlag der Bundesnetzagentur für die Entwicklung und den dreijährigen Betrieb eines Endkundenmesssystems erhalten, um die Leistungsfähigkeit der stationären oder mobilen Internetzugangsdienste zu erfassen und zu bewerten. Ziel von Breitbandtest.Bayern, einer Initiative der Breitbandberatung Bayern GmbH sowie der zafaco GmbH ist es,

den Status quo der tatsächlich realisierten Bandbreite zu ermitteln. „Auf diese Weise unterstützen wir die Kommunen bei der Überprüfung des Breitbandausbaus“, berichtete Sudhues. Zudem stelle die Initiative ein Instrument zur aktiven Bürgerbeteiligung für die Kommunen dar.

Messbare Qualität

Darüber hinaus ermittelte die zafaco GmbH über die Initiative Netzqualität die Dienstqualität von Breitbandzugängen im Auftrag der Bundesnetzagentur für die Qualitätsstudien 2012 und 2013. Der Aufbau, Betrieb und die Auswertungen der bundesweiten Messkampagnen

wurden von der zafaco GmbH durchgeführt. Wie aus der Untersuchung hervorgeht, haben nahezu ein Drittel aller Nutzer weniger als 60 % und annähernd zwei Drittel aller Nutzer weniger als 80 % der vermarkteten Datenübertragungsrate. Grundlage der Breitbandmessung sind die Transparenzvorgaben im Telekommunikationsgesetz. Endkunden soll ermöglicht werden, auf einfache Weise Umfang und Qualität von Telekommunikationsdiensten zu vergleichen. Die gesetzlichen Regelungen sehen deshalb u. a. vor, dass die Bundesnetzagentur eigene Messungen durchführen oder Hilfsmittel entwickeln kann, damit Endkunden eigenständige Messungen vornehmen können. →

ANEDis®
So einfach ist Breitband.

Ihr Partner für den
FTTX-Netzausbau



Komponenten



Meßgeräte



Werkzeuge



Die Anbieter stellen dem Verbraucher bzw. Endnutzer vor Vertragsschluss ein Produktinformationsblatt zur Verfügung, das die wesentlichen Vertragsbestandteile aufzeigt (Vertragslaufzeiten; minimale, normalerweise zur Verfügung stehende und maximale Datenübertragungsrate; Rahmenbedingungen zu einer etwaigen Reduzierung der Datenübertragungsrate). Diese Bestandteile sind im Endkundenvertrag ebenfalls hervorgehoben darzustellen.

Wie Sudhues erläuterte, gelten in den Netzen unterschiedliche LTE Höchstgeschwindigkeiten. Zudem variiere die LTE Netzabdeckung stark. Die höchsten Geschwindigkeiten gibt es derzeit im Telekom Netz. Die Telekom bietet aktuell bis zu 300 Mbit/s; die Download-Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt 49 Mbit/s. Dagegen können Vodafone bzw. O2 in ihrem Netz bis zu 225 Mbit/s bereitstellen. Die Download-Durchschnittsgeschwindigkeiten betragen dabei 27,25 Mbit/s bzw. 13 Mbit/s.

Breitbandmessung

Mit der Breitbandmessung können Endkunden schnell und einfach die Geschwindigkeit ihres Internetzugangs messen und dadurch die Leistungsfähigkeit ihres stationären und/oder mobilen Breitbandanschlusses ermitteln. Eine Messung ist anbieter- und technologieunabhängig möglich. Der Test erlaubt es, die tatsächliche Datenübertragungsrate des Breitbandanschlusses mit der vertraglich vereinbarten Datenübertragungsrate zu vergleichen. Die Breitbandmessung kann eigenständig durchgeführt werden; die Messergebnisse sind elektronisch speicherbar. Durch die in Deutschland entwickelte Software und die nationalen Referenzsysteme wird nach höchsten Qualitätsstandards in Deutschland getestet. Die Breitbandmessung steht den Bürgern kostenlos und ohne Werbung zur Verfügung. Die ermittelten Messwerte und Endkundenangaben werden regelmäßig in einem mehrstufigen Validierungsprozess überprüft (Qualitätssicherungsmaßnahmen). Da eines der wesentlichen Ziele des Messkonzeptes auch ein aus Anbietersicht verlässlicher Leistungsvergleich ist, fand und findet ein intensiver und konstruktiver Dialog zwischen Bundesnetzagentur, zafaco GmbH und den Anbietern statt. Bei einigen Anbietern ist der Abruf von Teilen der Tariffinformationen aus der Breitbandmessung heraus möglich. Zudem wird durch Abfragen der Modem/Router das Messverfahren erweitert.

Die Breitbandmessung der Bundesnetzagentur hat seit dem Start im September 2015 große Resonanz gefunden. Im Zeitraum vom 25. September 2015 bis zum 25. September 2016 wurden rund 909.000 Tests durchgeführt. In rund 520.000 Fällen nutzten die Endkunden die App für ihre Messung, wobei die Messungen größtenteils über WLAN durchgeführt wurden. Viele Endkunden haben die Breitbandmessung auch öfter und über einen längeren Zeitraum genutzt, um die Qualität ihres Breitbandanschlusses zu überprüfen.



Christoph Sudhues
zafaco GmbH

Mit Beginn des zweiten Betriebsjahres der Breitbandmessung sind einige Verbesserungen umgesetzt worden. So ist beispielsweise eine Installation von Java bei der Nutzung der Breitbandmessung nicht mehr nötig. Der Test unterstützt dadurch noch mehr Browser. Bei der Messung von mobilen Breitbandanschlüssen besteht nunmehr die Möglichkeit, bei bestimmten Anbietern die Tariffinformationen automatisiert abzufragen. Eine automatisierte Abfrage erfolgt nur mit Zustimmung des Endkunden.

Die Darstellung aggregierter Ergebnisse als Kartenansicht erfolgt browserbasiert auf der Webseite <https://breitbandmessung.de>. Täglich werden die in der Karte darge-

stellten Messergebnisse aktualisiert. Die Umsetzung wurde in Zusammenarbeit mit der Esri Deutschland GmbH durchgeführt. Ziel der Online-Darstellung ist es, dem Endkunden einen Eindruck über die gemessenen Datenübertragungsraten in bestimmten Regionen zu vermitteln. Die Darstellung erfolgt dabei durch Überlagerung einer Kartendarstellung mit einer Heatmap. Gezeigt wird der räumliche Bereich, an dem Messungen durchgeführt wurden.

Eine punktuelle Darstellung von Einzelmessungen erfolgt aus Datenschutzgründen nicht, da diese eine Zuordnung einzelner Messungen zu Kunden ermöglichen würde. Die Kartendarstellung gibt keine Auskunft über möglicherweise verfügbare Datenübertragungsraten in einem Gebiet. Sie bezieht sich immer auf eine bestimmte Anzahl von tatsächlichen Messungen sowie auf das Verhältnis von gemessenen zu vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsraten. Die berechneten und dargestellten Werte können möglicherweise von den tatsächlichen Werten in der Grundgesamtheit abweichen. Dies liegt insbesondere an der ggf. kleinen Anzahl von Messungen für die jeweils dargestellte Region.

Sudhues zitierte in seinem Fazit folgende Einschätzung des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann: „Mit der Veröffentlichung der Karte tragen wir zur Transparenz im Telekommunikationsmarkt bei. Verbraucher können sich schnell und einfach informieren, ob und welche Messergebnisse in ihrer Region erzielt worden sind. Um die Karte weiter zu füllen, sind wir auf die Hilfe der Verbraucher angewiesen. Je mehr Verbraucher die Geschwindigkeit ihres Breitbandanschlusses mit unserer Breitbandmessung ermitteln, desto mehr Informationen wird die Karte enthalten.“ ■

Bei der Interpretation ist Sudhues zufolge auch zu beachten, dass verschiedene technische Umstände die Kartendarstellung beeinflussen können, beispielsweise:

- eine zu hohe oder zu geringe Häufigkeit von Messungen mit bestimmten Merkmalen (z.B. im Netz eines bestimmten Anbieters oder mit einem bestimmten Endgerät),
- eine atypisch hohe Häufigkeit von Mobilfunk-Messungen mit Endgeräten, deren Durchsatz (Download-bzw. Upload-Datenübertragungsrate) niedriger als die verfügbare Bandbreite ist, oder
- eine atypisch hohe Häufigkeit von Messungen an einem bestimmten Ort mit besonders guten oder besonders schlechten Empfangsbedingungen bzw. Anschlüssen.

Dr. Johannes Böhm / amplus AG:

Mobiles Internet in ganz Bayern: Flächendeckend und bezahlbar

In ihrer noch jungen Chronik hat sich die amplus AG als eines der führenden Breitbandunternehmen im ostbayerischen Raum etabliert. Seit seiner Gründung im Jahr 2009 befindet sich das Unternehmen auf einem beispiellosen Wachstums- und Expansionskurs. „Als Tochter der CCNST Group, einem Verbund von auf den Breitbandausbau spezialisierten Unternehmen, versorgt die amplus AG über 100 Gemeinden in 13 Landkreisen Bayerns mit schnellem Internet und Bandbreiten von 200 Mbit/s und mehr“, erläuterte Dr. Johannes Böhm, Leiter Kommunalbetreuung.

Das über 500 Kilometer lange Glasfasernetz erreicht mit mehr als 750 Kabelverzweigern und 100 Hauptverteilern rund 350.000 Haushalte. Im Rahmen geförderter und eigenwirtschaftlicher Glasfasererschließungen realisiert die amplus AG noch im Jahr 2016 rund 1.300 FTTB-Anschlüsse.

Eine Vorreiterrolle im Bereich zukunftsfähiger Breitbandausbau nimmt die Gemeinde Pöding ein: Als erste Kommune im Landkreis Cham entschied man sich dort für die ausschließliche Versorgung durch Glasfaser bis ins Haus. Rund 150 Haushalte im gesamten Gemeindegebiet erhielten eine entsprechende Glasfaserleitung. Verlegt wurden rund acht Kilometer Glasfaserkabel. So garantiert die Firma amplus eine Mindestbandbreite von 30 Megabit pro Sekunde.

Knapp 200 Haushalte im Stadtgebiet Nabburg (Landkreis Schwandorf) erhalten nach Abschluss des Breitbandprojekts der amplus AG Bandbreiten bis zu 200 Megabit pro Sekunde. Mit rund 36 Kilometern Glasfaserkabel stellt der Internetanbieter aus Teisnach die Verbindung zum Highspeed Internet her.

Auch für die Gemeinde Niedermurach (Landkreis Schwandorf) nimmt die amplus AG ihre Versorgungsverantwortung ernst: Die knapp 130 Niedermuracher Haushalte erhalten die ideale Bandbreite für moderne Internet-Services wie IPTV, Cloud-Applikationen und Streaming-Dienste. Gewerbetreibende können sich mit festen IP-Adressen, hohen Upload-Raten und überdurchschnittlicher Netzstabilität für das neue Internetzeitalter rüsten. Verlegt werden rund 35 Kilometer Glasfaserkabel.

Rund 65 Adressen erhalten in der Gemeinde Salching (Landkreis Straubing) Zugang zum Highspeed Internet des Breitband-Carriers. Mit über 27 Kilometern Glasfaserkabel wird die schnelle Verbindung zum World Wide Web hergestellt. →



DAS ORIGINAL: SO GUT UND SO GÜNSTIG



NETZTEST!

Für nur **19,95 €** mtl. zuhause telefonieren und mit bis zu 100 MBit/s surfen. Ab dem 13. Monat für 44,95 € bzw. auf Wunsch Tarif wechselbar.²



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

1) connect-Test Festnetz Heft 08/2016 Testsieger bundesweiter Anbieter: MagentaZuhause war nicht Gegenstand des Netztests. 2) Angebot gilt für Breitband-Neukunden bei Buchung von MagentaZuhause L bis zum 31.07.2017. MagentaZuhause L kostet in den ersten 12 Monaten 19,95 €/Monat, danach 44,95 €/Monat. Voraussetzung ist ein geeigneter Router. Hardware zzgl. Versandkosten in Höhe von 6,95 €. Einmaliger Bereitstellungspreis für neuen Telefonanschluss 69,95 €. Mindestvertragslaufzeit für MagentaZuhause 24 Monate. Ab dem 13. Monat der Mindestvertragslaufzeit kann auf Wunsch innerhalb der Tarifgruppe (bspw. MagentaZuhause) in einen Tarif mit geringerer Bandbreite gewechselt werden. Die Mindestvertragslaufzeit des neuen Tarifs beträgt 24 Monate. MagentaZuhause L ist in ausgewählten Anschlussbereichen verfügbar. Individuelle Bandbreite abhängig von der Verfügbarkeit. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.



Dr. Johannes Böhm
amplus AG

Die Gemeinde Salching ist der erste reine FTTB-Ausbau der amplus AG im Landkreis Straubing-Bogen. Sein Versorgungsgebiet weitet der Internetanbieter nunmehr auf einen weiteren Regierungsbezirk Bayerns aus:

Neben Niederbayern und der Oberpfalz folgt mit der Gemeinde Schönberg (Landkreis Mühldorf am Inn) die erste Partnerkommune in Oberbayern. Mit etwa 44 Kilometer Glasfaser erschließt die amplus AG alle 197 Haushalte verteilt über das gesamte Gemeindegebiet und stellt somit Bandbreiten von bis zu 200 Megabit pro Sekunde und mehr zur Verfügung. Geprüft wird derzeit eine eigenwirtschaftliche Erschließung der verbleibenden weißen Flecken im Gemeindegebiet Schönberg. Rund 150 weitere Adressen haben Böhm zufolge die Möglichkeit, Glasfaser bis ins Haus zu erhalten.

Damit Nutzer ganz ohne Volumen- oder Geschwindigkeitsbegrenzungen das mobile Internet genießen können, hat die amplus AG als zweitgrößter Carrier Bayerns eine Hotspot-Initiative über den gesamten Freistaat gestartet. So haben auch Kommunen in abgelegenen Winkeln Bayerns Zugang zum mobilen Internet. Im Fokus der Initiative stehen alle Bürgerinnen und Bürger, Touristen, öffentliche Institutionen, Vereine und Gewerbetreibende im Gemeindegebiet.

Mithilfe der WLAN-Technologie erfolgt eine kabellose Datenübertragung zwischen dem Hotspot und dem mobilen Endgerät des Kunden. Office-Anwendungen, Online-Dienste und Social Media sind so überall nutzbar. Die Basis des öffentlichen Netz-

werks ist denkbar einfach: Entweder per direkter Verbindung zur aktiven Glasfasertechnik der amplus AG oder über einen VDSL-Anschluss innerhalb eines Gebäudes. Per WLAN verbundene Access Points an verschiedenen Positionen eines Areals sichern die stabile und schnelle Verbindung zum mobilen Internet für alle Nutzer.

Mit dem Hotspot-System der amplus AG stehen Kommunen verschiedene Optionen offen. Sie können Bürgern entweder unbegrenzt oder aber für einen bestimmten Zeitraum kostenloses WLAN zur Verfügung stellen. Gesetzt den Fall, dass Nutzer nach Ablauf der kostenlosen Zeit weiter surfen möchten, sind individuelle Minutenpakete über Paypal zusätzlich buchbar. Kunden der amplus AG surfen generell kostenlos.

Kostenfreie Hotspot-Systeme

Gleichzeitig sind die Hotspots der amplus AG ein Multiplikator im Standortmarketing: Jede Kommune kann eine individuelle Startoberfläche erhalten – zum Beispiel mit den interessantesten Informationen auf einen Blick oder durch das Hervorheben von Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in der nahen Umgebung des Hotspots.

Ebenso bietet die amplus AG allen Asylunterkünften kostenfreie Hotspot-Systeme an. Auf diese Weise können bereits Asylbewerber in der Chamer Gemeinde Rettenbach den stetigen Kontakt in ihre Heimatländer aufrechterhalten. Weitere Hotspots für Flüchtlingsunterkünfte finden sich unter anderem in den Kommunen Falkenstein und Neunburg vorm Wald. Per Anfrage an hot.spot@amplus.ag erarbeiten die Mitarbeiter der amplus AG individuelle Hotspot-Konzepte für interessierte Kommunen. ■

Andreas Lange und Peer Welling / Rödl & Partner:

Die Zukunft spricht Glas – Herausforderungen auf dem Weg zum flächendeckenden FTTB-Netz

Wie Rechtsanwalt Andreas Lange und Dipl.-Kaufmann Peer Welling feststellten, „finden wir in nahezu allen Kommunen und Landkreisen, die wir in unserem Beratungsalltag kennenlernen dürfen, eine völlig heterogene Versorgungslandschaft vor“. Meist seien die Innenstädte relativ gut mit hochbitratigen Breitbandanschlüssen von bis zu 100 Mbit/s oder sogar bis zu 400 Mbit/s versorgt. Teilweise werden Kernstädte sogar durch zwei leistungsfähige Breitbandnetze bedient, häufig handelt es sich dabei um die Netze eines Kabelnetzbetreibers und der Deutschen Telekom AG.

Probleme zeigten sich insbesondere in Randbereichen, die aufgrund einer ungünstigen Strukturierung nicht marktgerecht erschlossen werden. Hier handle es sich in der Regel nicht um zusammenhängende Cluster; manchmal wiesen sogar nur einzelne Straßenzüge eine deutliche Unterversorgung auf. Das aus Sicht von Kommunen sicherlich unangenehmste Szenario seien „Breitband-Flickenteppiche“, die viele sehr kleine

unterversorgte Bereiche zeigen und immer wieder von gut versorgten Gebieten durchzogen werden.

Unter heutigen Prämissen scheinen insbesondere im Innenbereich die meisten Gebiete gut versorgt zu sein, betonten die Referenten. Entsprechend der allgemeinen Erwartungen steige der Bandbreitenbedarf sowohl im Arbeits- als auch im Privatumfeld. Einzelne Ortsteile und Gebiete gerieten somit je nach ausgebauter

Technologie zu unterschiedlichen Zeitpunkten in eine Unterversorgung. Perspektivisch könne nur ein FTTB/H-Netz, das vollständig auf Glasfaser basiert, die Nachfrage bedienen. Für die Zukunft werden sich laut Lange und Welling daraus neue individuelle Problembereiche ergeben, wenn die mit unterschiedlichen Technologien erschlossenen Teile auf ein leistungsfähiges FTTB/H-Netz aufgerüstet werden müssen. →

So werden „Kernstädte langfristig eigenwirtschaftlich mit FTT-B/H erschlossen, wobei private Netzbetreiber möglichst lange auf bereits verlegte Technologien setzen werden“, prognostizieren die Referenten. Viele individuelle Maßnahmen seien erforderlich, um ein gesamtes Stadt-/Gemeindegebiet auf ein Niveau zu heben. Eigenwirtschaftliche Gesamtkonzepte durch einen Anbieter würden unwahrscheinlicher, es herrsche Unzufriedenheit über die bessere Versorgung der Außenbereiche im Gegensatz zu den Kernstädten. Problematisch sei dies insbesondere bei kleineren bzw. mittelgroßen Gewerbetreibenden.

Wie Lange und Welling deutlich machten, will die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern und setzt dabei auf Glasfasertechnologie. Laut der Digitalen Strategie 2025 des Bundeswirtschaftsministeriums (Stand: März 2016) verdoppelt sich das weltweite Datenvolumen im Festnetz alle 40 Monate, hat Deutschland kein schnelles Internet, führen klassische Telefonleitungen oder TV-Koaxialkabel aus Metall dazu, dass sich mehrere gleichzeitig übertragende Signale gegenseitig stören können. Zudem seien Breitbandanschlüsse erforderlich, die Geschwindigkeiten im Bereich mehrerer Gigabit pro Sekunde symmetrisch sowohl im Downstream als auch im Upstream bieten.

Als Finanzierungsquelle kommen dem BMWi zufolge beispielsweise die Erlöse der nächsten Frequenzversteigerung (die UMTS-Frequenzen laufen 2020 aus) sowie die Mittel der Digitalen Dividende II, die bislang nicht für den Breitbandausbau genutzt werden, in Frage. Ansatzpunkte bietet das DigiNetz-Gesetz zur Umsetzung der europäischen Kostensenkungsrichtlinie. Konkrete Beispiele sind kostengünstige Verlegetechniken wie Micro-Trenching, oberirdische Kabelverlegung und die Mitnutzung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur.

DigiNetz-Gesetz bietet Ansatzpunkte

Auch die EU stelle klar, dass Glasfaser langfristig die einzige Lösung sein wird, so Lange und Welling. Bisher habe die EU-Kommission die Sichtweise vertreten, dass Netze, die eine Übertragungsrate von 30 Mbit/s bieten, als ausreichend hochleistungsfähige Netze zu klassifizieren sind.

Im September 2016 veröffentlichte die EU-Kommission nun ein Arbeitspapier, das folgende Ziele bis 2025 definiert:

- Gigabit-Verbindungen für alle Sozio-Ökonomischen Treiber (Schulen, öffentliche Einrichtungen, bestimmte Unternehmen)
- Vollständige Anbindung mit der Mobilfunktechnologie 5G
- Anbindung aller europäischen Haushalte (ländlich und urban) an ein Netz mit mindestens 100 Mbit/s im Download und Option zum Upgrade.

Für die Kommunen stelle sich nun die Frage nach einer langfristigen Strategie zur Aufrüstung des gesamten Netzes auf FTTB/H („Netzupgrade“), führen die Referenten fort. Fakt sei: „Die flächendeckende Erschließung wird nicht innerhalb von einigen Jahren zu bewerkstelligen sein. Um bis 2025 jedem Bürger und Unternehmen einen symmetrischen Gigabit-Anschluss bieten zu können, sind bereits jetzt erste Maßnahmen in die Wege zu leiten.“

Wichtig sei ein strukturiertes Vorgehen insbesondere zur permanenten Weiterentwicklung des Netzes, kontinuierlichen Nutzung aller Synergien (Stichwort Mitverlegung), Wahrung der Möglichkeit einer kommunal übergreifenden Zusammenarbeit, rechtssicheren Gestaltung aller Maßnahmen (insbesondere Beihilfe- und Vergaberecht) sowie gezielten Einbindung von Fördermitteln.

Sinnvolle Prüfschritte

„Zielsetzung sollte die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur Errichtung eines FTTB/H-Netzes sein“, verdeutlichten Lange und Welling. Wesentliche Prüfschritte sind dabei aus ihrer Sicht eine kurz-, mittel- und langfristige strategische Positionierung, eine Finanzierungskonzeption (Förderung/Eigenmittel/Fremdkapital/Privatinvestoren), ggf. eine Wirtschaftlichkeitsanalyse - sofern eigene Aktivitäten geplant sind, zudem vergaberechtliche Vorgaben sowie eine beihilferechtliche Entwicklung, die für jegliche kommunale Betätigung beim „Netzupgrade“ gilt.

Insbesondere das Beihilferecht ist nach den Ausführungen von Lange und Welling derzeit noch eine wesentliche Hürde beim „Netzupgrade“. Es gelte der Grundsatz, dass Beihilfen, also selektive staatliche Unterstützungen für Unternehmen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen können, möglichst zu unterlassen seien. Konkret: Nach Art. 107 Abs. 1 AEUV (Primärrecht der EU) „sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.“ Erfasst sind nicht nur direkte finanzielle Zuwendungen, sondern auch alle Entlastungen von Kosten, die ein Unternehmen bei unverfälschtem Wettbewerb zu tragen hätte. →

Breitbandnetze | Netzbetrieb | Netzservice
mieco
 Eine starke Verbindung

Breitbandnetze aus einer Hand

WIR BAUEN ZUKUNFT

SCHNELL

SICHER

REGIONAL



Jetzt direkt mit dem
Smartphone informieren.



www.miecom.de

Mögliche Ausnahmen (nicht abschließend) seien der Private Investor Test (Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers), De-Minimis-Beihilfen (bis 200.000 Euro in drei Steuerjahren) und die Einzelnotifizierung. Sanktionsmöglichkeiten bei Verstoß gegen Beihilferecht hingen vom Einzelfall ab.

Fazit: Derzeit bestehen die Ortsnetze häufig aus unterschiedlichsten Technologien, deren Entwicklungspotenziale stark voneinander abweichen. Die Zukunft spricht Glas – schon mittelfristig kann nur ein FTTB/H-Netz den hohen Bandbreitenbedarf bedienen. Eine marktgetriebene flächendeckende FTTB/H-Er-

schließung ist in der Regel nicht oder nur sehr langfristig zu erwarten. Nur wenn eine klare langfristige Strategie vorliegt, kann das Ziel eines flächendeckenden Glasfasernetzes glaubwürdig angestrebt werden. Hier sind alle wesentlichen Parameter aus Technik, Recht und Wirtschaft zu berücksichtigen. ■

Florian Arens /econtech GmbH:

PETER Pflug Verfahren® - Einsatzberichte aus Bayern

Als Systempartner im Bereich Netzbau importiert und vermarktet die econtech GmbH hochwertige Investitionsgüter internationaler Hersteller in ganz Europa. Das Unternehmen setzt beim Breitbandausbau in puncto Kosten, Qualität und Geschwindigkeit neue Branchenstandards. Merkmale der Breitbandleerrohrinfrastruktur sind nach Darstellung von Geschäftsführer Florian Arens eine lange Lebensdauer, geringe Instandhaltungskosten sowie hohe Errichtungskosten.



Florian Arens
econtech GmbH

Laut Breko (Bundesverband Breitbandkommunikation) betragen die Tiefbaukosten in ländlichen und unterversorgten Regionen bis zu 80 % des gesamten Breitbandausbaus und stellen damit den entscheidenden limitierenden Faktor bei der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet dar. Durch Prozessoptimierung und Kostenreduktion in den Bereichen Freileitungsbau bis Mittelspannungsebene sowie Leitungstiefbau mit dem Schwerpunkt Leerrohrinfrastruktur in ländlichen Gebieten sorgt econtech hier für Abhilfe.

Nach Arens' Angaben liegen beim PETER Pflug Verfahren die Kosten für die Verlegung von Leerrohren bei 10 Euro pro Meter – inklusive Vorbereitung und Wiederherstellung der Oberfläche. Dies sei ein günstiger Betrag im Vergleich zu den sonst üblichen Verlegekosten, die abhängig von den örtlichen Bedingungen 40 Euro pro laufenden Meter betragen. Arens: „Generell sollte der Anteil der Pflugstrecke an der Gesamtstrecke so hoch wie möglich sein. Tatsache ist: Das PETER Pflug Verfahren® ist günstiger und schneller als die offene Bauweise.“

Neben der Wahl einer wirtschaftlichen Verlegetechnik existierten weitere Stellhebel für das Senken der Kosten im Breitbandausbau: Die Mitverlegung von Leerrohren bei sowieso anstehenden Infrastruk-

turmaßnahmen könne späteren Breitbandprojekten zu hoher Wirtschaftlichkeit verhelfen. Außerdem leisteten die koordinierte Mitwirkung lokaler Behörden am Planungsprozess, die optimierte Planung und Prozessorientierung sowie das Vereinfachen von Verlegevorschriften und Verlegestandards einen – wenn auch geringeren – Beitrag.

Die Basis für Prozessoptimierung und Kostenreduktion bildet der Huddig Geräteträger, ein voll geländegängiges Fahrzeug, das alle Werkzeuge mitbringt, die ihn zum schnellen wie wirtschaftlichen Verlegen von Leitungen aller Art sowie auch von Leerrohren befähigen: Kabelpflug, Bagger, Frontlader und Hubarbeitsbühne.

Optimierte Prozesse durch Huddig Geräteträger

Durch eigenständiges Mitführen der Kabeltrommel ist ein kontinuierliches Pflügen gewährleistet. Zudem verursacht Pflügen im Gelände mit großer Bereifung geringe Flurschäden. Dank des hydrostatischen Antriebs, der guten Traktion und des starken Baggerarms kann eine Pflugtiefe bis 1,2 Meter und eine Frästiefe von 1,5 Meter realisiert werden.

Durch die Kombination der Pendelknicklenkung und des Baggerarms ist es mög-

lich, seitlich versetzt und in engen Radien auch parallel zur Fahrbahn und hinter Leitplanken zu pflügen bzw. zu fräsen. Auch kann mit dem Gerät sehr präzise parallel zu bestehenden Trassen gepflügt werden, was schmale Korridore erlaubt.

Planungs- und Verkehrssicherheit

Weil dadurch weder die komplette Sperrung einer Straße noch das Einrichten von Umleitungen erforderlich ist, werden auch die Planungs- und Verkehrssicherungskosten reduziert. Genehmigungen können somit leichter erreicht und die Bauablaufplanung optimiert werden.

75 bis 80 % der Baukosten können laut Arens in den frühen Planungsphasen und 15 bis 20 % in der Ausführungsphase beeinflusst werden. „In der Planungsphase gemachte Fehler und nicht berücksichtigte Technologien werden in der Ausführungsphase wirksam. Eine Beeinflussung ist dann aber kaum mehr möglich“, gab der Geschäftsführer zu bedenken. Damit der Pfluganteil gesteigert werden könne, sei es sinnvoll, das Wissen der Planer und Bauausführenden über das PETER Pflugprinzip mittels der econtech Netzbauakademie zu erweitern, die Trassenplanung auf das PETER Pflugprinzip auszurichten und econtech frühzeitig in Projekte einzubinden. ■

Karsten Micke / hotspots GmbH:

Öffentliches WLAN für Kommunen

Hotspots ist in den vergangenen Jahren zu einem etablierten europäischen WLAN-Provider geworden. Gerade Städte und Kommunen, die an öffentlichen Plätzen, in Bibliotheken, in Rathäusern oder an ganzen Straßenzügen einen drahtlosen Internetzugang anbieten möchten, entscheiden sich immer häufiger für die vielfältigen Angebote von hotspots.

Seit über zehn Jahren ist der WLAN-Spezialist in Bayern mit über 5.200 Hotspot Standorten eine feste Größe, berichtete Karsten Micke, Head of International Sales. Kommunen wie die Stadt München (die Stadtbibliotheken, viele Museen und die Standorte der Münchner VHS), die Städte Weiden, Bamberg, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Starnberg, Garching, Würzburg und Füssen sowie die Gemeinden Ismaning und Unterföhring zählen zu seinen zufriedenen Kunden.



Dank einer Kooperationsvereinbarung mit der Münchener Media Carrier GmbH bietet hotspots nunmehr auch digitale Zeitungen und Zeitschriften unter dem Namen hotspots Presse an. Kunden des Unternehmens ermöglichen ihren Gästen somit via WLAN Zugriff auf eine virtuelle Bibliothek mit zahlreichen nationalen und internationalen Qualitätszeitungen und -zeitschriften. Das ist besonders interessant für Dienstleistungsunternehmen, deren Kunden oder Gäste unterwegs sind oder Wartezeiten überbrücken müssen – also zum Beispiel für Hotels, Bahnen und Busse oder die Gastronomie.

allgäuWLAN im Schlosspark

Dank hotspots ist in Garching kostenloses Surfen über WLAN im Ortszentrum mittlerweile problemlos möglich. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Und auch in der Region Ostallgäu gibt es mit „allgäuWLAN im Schlosspark“ gratis WLAN-Zugang. Initiiert von Füssener und Pfrontener Touristikern mit Unterstützung des Landratsamtes Ostallgäu können sich Gäste an den zahlreichen Zugangspunkten mit ihren Smartphones, Laptops oder Tablets unkompliziert einloggen und den Internetzugang unbegrenzt nutzen. Ohne Gästekarte steht das WLAN eine Stunde kostenlos zur Verfügung. Dafür müssen die Einheimischen nur den Nutzungsbedingungen zustimmen.

Mit hotspots Tourist Info können Kommunen mit nur wenigen Klicks aktuelle und standortbezogene touristische Informationen wie Ausflugstipps, Angebote und Events, Hotels und Restaurants, Wetter und Reiseinformationen, digitale Karten sowie Wander- oder Radwege auf ihrer WLAN-Landingpage bereitstellen. Der Clou: Die Grundversorgung mit aktuellen touristischen Informationen ist kostenlos, diese werden von einem renommierten bayerischen Verlag gestellt und fortlaufend gepflegt. Außerdem kann auf Wunsch jeder Standortinhaber gegen einen Aufpreis eigene Informationen und Inhalte jederzeit einpflegen. So kann der kommunale Hotspot zum Reise-, Event-, Restaurant-, Kultur-, Sport- und Hotelführer ausgebaut werden.

Flexibles und günstiges Angebot

„Hotspots möchte mit stichhaltigen Argumenten aufzeigen, dass sein Angebot für Kommunen auch gegenüber dem vielzitierten ‘BayernWLAN’ sehr gut dasteht. Wir halten unser Angebot für flexibler und in vielen Fällen auch für günstiger“, erklärte Micke.

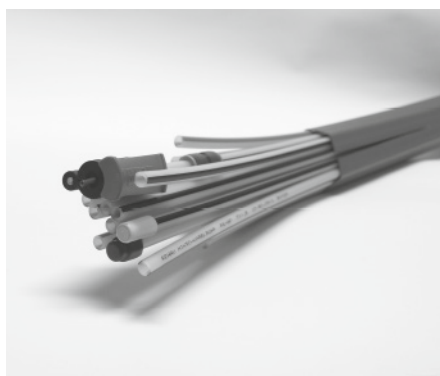
Insbesondere, wenn man die Gesamtkosten über einen mehrjährigen Zeitraum betrachtet, rechnet sich nach Einschätzung von Micke die Zusammenarbeit von Kommunen mit dem WLAN-Spezialisten. →

Dr. Först Consult Würzburg

Geschäftsbereich Breitbandberatung

Am Trog 5a - 97076 Würzburg
Tel. 0931 / 9916516
E-mail info@foerst-consult.de
www.foerst-consult.de

seit 1988 ein zuverlässiger Partner für Städte, Gemeinden und die Wirtschaft



- Betreuung beim bayerischen Breitbandförderprogramm
- Betreuung beim Breitbandförderprogramm des Bundes
- Beratung der Kommunen beim DigiNetzG
- Erstellung von Glasfaserkonzepten und Masterplänen
- Erstellung von technischen Machbarkeitsstudien
- Erstellung von Businessplänen
- EU Einzelnotifizierungen
- GIS-Anwendungen

Hotspots bietet jeder Kommune einen mehrwöchigen, kostenfreien Probetrieb, um den WLAN-Service zu testen.

Das Unternehmen mit eigenem Service-Team, Telefon-Hotline, 24/7 Online-Monitoring sowie Installationspartnern vor Ort bei Hardware-Problemen gibt den Kommunen damit die Möglichkeit, sich in Ruhe und ausgiebig mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Mickes abschließender Ratschlag: „Definieren Sie zunächst, was kommunales WLAN können soll. Klären Sie, welche Internetverbindung genutzt werden soll: eine eigene, eine bereits vorhandene oder eine durch hotspots bereitgestellte. Setzen sie auf einen professionellen Partner, der nachweislich Erfahrung hat. Wählen Sie eine Lösung, die Sie wirksam vor Abmahnungen schützt.“

Eine Förderung der Installation sei sicherlich eine gute Sache, so Micke. Aber was dann? Schließlich sei es doch die Summe aller Kosten, d.h. der Anschaffungs- und Installationskosten sowie der laufenden Betriebskosten über Jahre hinweg, die für die Kommunen wichtig und ausschlaggebend sind. Darüber hinaus seien die Flexibilität und die individuellen Darstellungsmöglichkeiten einer jeden Kommune ein relevanter Faktor. Vor diesem Hintergrund riet Micke zu einem „intensiven Vergleich der Angebote“.

Neben vielen anderen Faktoren empfiehlt Micke, folgende Punkte bei der Auswahl eines WLAN-Anbieters zu berücksichtigen:

- **Verschiedene Zugangsformen und Kontrolle:** Die Kommune kann entscheiden, über welche Zugangsform – Direct Login oder Benutzername und Passwort- sich der Nutzer mit dem Internet verbindet.
- **Freie Namenswahl der SSID:** Die Kommune muss keine bestimmte SSID verwenden, sondern kann vollständig selbst entscheiden unter welchen Namen ihr WLAN - Netzwerk gefunden werden kann.
- **Frei gestaltbare Login-Seite:** Die redaktionelle Hoheit der Einwahlseite liegt bei der Kommune. Es können Logos, Wappen, Bilder und Verlinkungen integriert und jederzeit verändert werden.
- **Jugendschutzfilter (optional und kostenfrei)**
- **Vorhandene oder eigen beschaffte Hardware kann genutzt werden.**
- **Installationen können auf Wunsch selbstständig durchgeführt werden.**

Rolf-Peter Scharfe / Vodafone Kabel Deutschland GmbH:

Breitbandausbau im Gigabit-Zeitalter

Die Gesellschaft der Zukunft braucht Netze, die die datenintensive Kommunikation zwischen Menschen, Unternehmen und Maschinen möglich macht. „Unsere Netze sind schon jetzt darauf ausgelegt, die Anforderungen zu erfüllen“, hob Rolf-Peter Scharfe, Vice President Vertrieb Kommunen, hervor.

Vodafone Kabel Deutschland versorgt mittlerweile ca. 8,35 Mio. angeschlossene Haushalte in 13 von 16 Bundesländern. Im Geschäftsjahr 2015/2016 betrug der Umsatz 2,16 Mrd. Euro, das bereinigte EBITDA lag bei rund 1.007 Mio. Euro.

Schon heute stellt Vodafone 400 Mbit/s für fünf Millionen Haushalte zur Verfügung; bis Ende 2016 sollen 60 % aller Haushalte im Kabel-Verbreitungsgebiet ausgebaut sein. Über 93 % aller Haushalte im Kabel-Glasfasernetz wurden inzwischen 200-Mbit/s-fähig gemacht. Zwei Drittel aller bayerischen Haushalte werden heute schon mit 100 Mbit/s oder mehr und rund 1,6 Mio. Haushalte mit 400 Mbit/s versorgt.

Gigabit-Gesellschaften brauchen Hochleistungs-Infrastrukturen statt Zwischenlösungen, um die Digitalisierung aller Lebensbereiche zur Sicherung des Wohlstands zu nutzen. Das Gigabit-Zeitalter ist schon ein ganzes Stück näher gerückt, wie Scharfe aufzeigte. Bei Smartphones sei bereits eine Übertragungsgeschwindigkeit von ½ Gigabit erreicht worden. In den kommenden Monaten sollen weitere Mobilfunkzellen auf 500 Mbit/s aufgerüstet werden.

Wie Scharfe zudem betonte, führte Vodafone als erster deutscher Mobilfunkanbieter Voice over LTE (VoLTE) ein. Damit liefen nun endlich auch Handy-Telefonate über das Mobilfunk-

netz der 4. Generation. Vorteile sind der schnellere Rufaufbau, eine deutlich bessere Sprachqualität und der geringere Stromverbrauch.

Investition in die Zukunft

Für Netzausbau und Modernisierung investierte Vodafone Kabel Deutschland innerhalb der vergangenen zwei Jahre rund 5 Milliarden Euro. Mittlerweile gibt es LTE für rund 90 % aller Haushalte in Deutschland. Dafür sorgen mehr als 1.500 Techniker, die seit dem Start der Netzoffensive bundesweit unterwegs sind. Der Bedarf an Bandbreite kennt nur eine Richtung: exponentiell steigend. Neben Highspeed-Internet mit sehr hohen Up- und Download-Geschwindigkeiten gewährleistet der Übertragungsstandard DOCSIS 3.0 eine hervorragende Verbindungsstabilität und Störungssicherheit. In einem Feldversuch hat Vodafone Kabel Deutschland als weltweit erster Kabelnetzbetreiber eine permanente Download-Geschwindigkeit von bis zu 4,7 Gbit/s erreicht.

Die Kabelanbieter stehen nunmehr vor der Einführung des Nachfolgers DOCSIS 3.1 (voraussichtlich ab 2017/2018), der Bandbreiten bis zu 10 Gbit/s im Downstream und 1 Gbit/s im Upstream über Glasfaser-Koaxialnetze bewerkstelligen soll.

Langfristig ist es möglich, Breitband-Zugänge auf Basis von DOCSIS 3.1 Full Duplex mit bis zu 10 Gbit/s im Down- und Upstream zu realisieren.

Die technischen Änderungen, die mit DOCSIS 3.1 in einem Kabelnetz einhergehen, sorgen unter anderem dafür, dass sich die Netzkapazität signifikant erhöht und in diesem Zusammenhang die Stabilität und Robustheit des Netzes verbessert wird. Durch die verbesserte Übertragungsqualität können mehr Daten mit einer schnelleren Geschwindigkeit durch das Kabelnetz transportiert werden. Dadurch wird die Effizienz deutlich verbessert.

Individuelle Vermarktungskonzepte

Wie Scharfe weiter ausführte, ist der Giga-schnelle geförderte FTTB-Ausbau mit Vodafone Kabel Deutschland in 30 Kommunen in Bayern in der Realisierung. Der Trend gehe zu hochbandbreitigen Ausschreibungen, wobei man es mit unterschiedlichen Projektgrößen - von kleinen Siedlungen bis zu ganzen Gemeinden - zu tun habe. Als nachhaltigste Lösung wird ausschließlich der FTTB-Glasfaser-Ausbau favorisiert. Vodafone Kabel Deutschland arbeite eng mit den Kommunen zusammen und erstelle individuelle Vermarktungskonzepte. Der Ausbau erfolge überwiegend inklusive Hausanschlüssen, da dies die kostengünstigste Variante für die Kommune sei.

Als Option für größere Förderprojekte bezeichnete Scharfe geförderte Betreibermodelle, ermöglichten diese doch ein einheitliches Versorgungsniveau für Kommunen bzw. Landkreise. Beim Betreibermodell bleibt das Netz im Eigentum der Gemeinde. Sie verpachtet es an Vodafone und refinanziert auf diese Weise die Investition in den Ausbau. Durch interkommunale Zusammenarbeit entstünden somit Synergien. Es gelte, Bürgerinitiativen einzubinden und zu fördern. Der Erfolg liege im richtigen Geschäftsmodell, nicht in der Technik, so Scharfe.

Als Beispiel führte er die Glasfaser-Gemeinde Icking an, die sich gemeinsam mit Vodafone fit für die Gigabit-Gesellschaft macht. Ende Oktober erfolgte der Spatenstich für eine leistungsfähige Breitband-Versorgung. Das Gemeinschaftsprojekt wird vom Freistaat Bayern mit rund 459.000 Euro im Rahmen des bayerischen Breitband-Förderprogramms bezuschusst und hat Modell-Charakter für andere Gemeinden.

Die zwölf Kilometer lange Glasfaserzuleitung von Starnberg nach Icking baut Vodafone und schließt auf diesem Weg auch drei Mobilfunk-Stationen an. Damit schafft das Unternehmen für die Region ein perfektes Highspeed-Netz im Festnetz und Mobilfunk. Ab 2017 können die ersten Haushalte in Icking mit 200 Megabit pro Sekunde surfen.

Unbegrenztes Surfen

Wie Scharfe zudem mitteilte, können Kunden von Vodafone Kabel Deutschland auf Wunsch nun auch unterwegs per WLAN surfen. Mehr als 1,5 Millionen WLAN-Hotspots stellt Vodafone in Deutschland seinen Kunden mit entsprechendem Vertrag für unbegrenztes



Rolf-Peter Scharfe
Vodafone Kabel Deutschland GmbH

Surfen bereit. Drei Hotspot-Typen bilden die Basis für das Millionen-Hotspot-Netz von Vodafone: Homespots, Premium Hotspots und Business Hotspots. Homespot ist ein gesonderter Service, bei dem Kabel-Kunden ihren WLAN-Router als Hotspot freischalten, ohne an Bandbreite zu verlieren. Der Unterschied zu den öffentlichen Hotspots und Indoor-Zugriffspunkten bei Vodafone ist, dass der Homespot-Service nur für Kunden des Anbieters gratis und unbegrenzt zur Verfügung steht.

Versorgung mit lückenlosem WLAN

Das Produkt WLAN-Hotspot Business bzw. WLAN-Hotspot Business Premium ist speziell für Räumlichkeiten im Innenbereich optimiert, die mit einem WLAN Access-Point (und optional einem Repeater) hervorragend versorgt werden können. Es eignet sich daher besonders für den Einsatz in der Gastronomie, im Einzelhandel, für Wartebereiche oder auch Ferienwohnungen.

Darüber hinaus bietet Vodafone Kabel Deutschland auch umfangreichere Hotspot-Produkte, die für eine vollständige WLAN-Versorgung eines größeren Objektes, z. B. eines Hotels oder eines Kongress-Zentrums ausgelegt sind. Auch die WLAN-Versorgung von Außenflächen sowie Städte-WLAN können mit Vodafone Kabel Deutschland realisiert werden.

Scharfe zufolge gewährleistet Vodafone, dass Kunden vor Abmahnungen oder Störerhaftung bei Missbrauch durch Dritte geschützt sind. Vodafone ist Partner beim „BayernWLAN“. Ansprechpartner ist das „BayernWLAN Zentrum Straubing“ oder der Vodafone Enterprise Vertrieb für öffentliche Auftraggeber. ■



MAGELLAN®

Geografisches Informationssystem

Unsere erprobte und ausgereifte Software unterstützt Sie, Projekte in kürzester Zeit zu realisieren.

Die Magellan® Module bieten alles, was moderne Netzbetreiber und Ingenieurbüros für die Netzdokumentation, Planung sowie Fortschreibung und Auswertung von Netzen benötigen.

Mehr Informationen: www.geoinform.de - info@geoinform.de - 0931/2 700 500



Anedis GmbH:

Partner beim Aufbau von FTTX-Netzen

Mit der Modernisierung bestehender Breitbandnetze sowie dem Aufbau von Gigabit-fähigen Zukunftsnetzen auf Basis der Glasfaser geht ein erhöhter Bedarf an qualifiziertem Personal und Dienstleistern einher.

Der zunehmende Ausbau kann von dem ausgebildeten Personal der Netzbetreiber nicht mehr allein geschultert werden, sondern erfordert auch die Ausbildung von lokalen Serviceunternehmen wie z. B. Elektriker vor Ort, um die neuen Glasfasermethoden fachgerecht installieren zu können.

Im Rahmen des 4. Bayerischen BreitbandForums in Essenbach hat die Anedis GmbH als Distributor und Systemintegrator hierzu sowohl eine breite Produktpalette von Glasfaserprodukten bis zum FTTH-Endgerät als auch die dazugehörigen Schulungskonzepte vorgestellt. Die LWL- und FTTH-Schulungen

erfolgen in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Breitbandkommunikation (Dibkom), welches 2002 als unabhängiges Institut mit dem Ziel gegründet wurde, die Qualität von Breitbandnetzen zu verbessern. Die Anedis bietet Schulungen für das Verarbeiten von Glasfaserprodukten im Schulungszentrum in Berlin und bei Bedarf auch vor Ort an. Für Glasfaser-Seminare und Zertifizierungen der Dibkom hat die Anedis GmbH zwei zertifizierte Trainer ausgebildet und vermittelt vom Einsteiger bis zum Experten sowohl umfassende Grundlagen im Bereich LWL-Montage, Messtechnik und Spleißen als auch eine Auswertung bzw. Analyse der Messergebnisse. Für weitere Anforderungen werden Schulungen zu den heute verwendeten Netzprotokollen wie Gigabit Ethernet bis 100G und DOCSIS 3.1 angeboten. Dabei werden Grundlagen zu den Protokollen vermittelt sowie in praktischen Übungen wie z. B. das Messen des Datendurchsatzes die Anwendungen von Messgeräten und die Inbetriebnahme und Entstörung von Breitband Netzen trainiert und zertifiziert.

Als Distributionspartner & Systemhaus für Mess- & FTTX-Technik von der Kopfstelle bis zum Endgerät hat die Anedis langjährige Erfahrung und Kompetenzen in Breitbandprojekten erworben und ist kompetenter Ansprechpartner. ■

Kontakt: www.anedis.de

Opternus GmbH:

Leistungsstarke Geräte der Weltmarktführer EXFO und Fujikura

Die Opternus GmbH, der bekannte deutsche Distributor für Optische Spleiss- & Messtechnik, feiert 2017 15-jähriges Bestehen. Starke Technik und Service auf höchstem Niveau haben dafür gesorgt, dass eine breite Stammkundenschicht dem Unternehmen seit seiner Gründung die Treue hält.

Erst kürzlich wurde das OTDR Portfolio komplett erneuert. Sage und schreibe 42 neue OTDR für die verschiedenen Plattformen und Einsatzgebiete reflektieren den aktuellsten Stand der Technik - zum Beispiel ECHTE 3ns-Pulsbreiten und damit bisher unerreichte Totzonen von 0,6m sowie im oberen Leistungssegment jetzt 50,5dB Dynamik. Allen Plattformen gemein ist die Option auf iOLM, dem intelligenten Optical Link Mapper, basierend auf echter Multipuls-/Multiwellenlängen-Analyse und Zertifizierung - ideal für Fiber Optik Einsteiger.

Als weiteres technisches Highlight wurde jetzt ein neuer LWL-Zertifizierer vorgestellt, der MaxTester-945. Für IT-Techniker, Netzwerkspezialisten und Firmen, die eine strukturierte Verkabelung in Rechenzentren oder Firmennetzen aufbauen, ein Must-have. Auch bei der Spleistechnik setzen die Produkte von Opternus Maßstäbe. Führende Telekommunikationsunternehmen schwören auf Fujikura Spleissgeräte, die auch unter härtesten Bedingungen zuverlässig beste Ergebnisse abliefern. Das Qualitätsversprechen gilt sowohl für die kleinsten Geräte Fujikura 12S, die durchaus in die Manteltasche passen, bis hin zum kernzentrierenden 3-Achser Fujikura 70S - übrigens immer noch ein absolut handliches Gerät.



Bild: Opternus

Opternus führt die in Deutschland und Österreich exklusiv autorisierte Servicewerkstatt für Fujikura-Spleiss- und EXFO-Messtechnik. Das bedeutet für die Kunden kurze Wege, deutschsprachige Kontaktpersonen und persönliche Betreuung. Schulungen werden ebenfalls angeboten. OTDR bietet Opternus vom kleinen Handheld bis zum High-End-Messplatz an. Diese werden im eigenen Hause nach Herstellervorschrift kalibriert. ■

Kontakt: www.opternus.de

EXFO hat bei der Entwicklung der Gerätesoftware größten Wert auf Bedienerfreundlichkeit gelegt. Von der Referenzierung bis zur eigentlichen Messung, die in der Rekordzeit von 3 Sekunden (2 Fasern mit 2 Wellenlängen) von statten geht, wird der Benutzer sowohl mit Tonsignalen als auch mit grafischen Darstellungen geführt.

- Auf Anhieb richtige Ergebnisse dank Onboard-Assistent
- Eingebaute Encircled-Flux (EF) Konformität zur Zertifizierung von Multimode Anschlüssen
- Batch Processing und PDF Reports
- Automatisierte Duplex Singlemode und Multimode LWL Zertifizierung gegen Standards (TIA/IEC/ISO)
- Messung der Rückflussdämpfung (ORL) möglich
- Mit bis zu 3 Singlemode-Wellenlängen oder als Quad (SM / MM)
- 3 Jahre Garantie und Kalibrierintervall

IMPRESSIONEN



Terminhinweis

5. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

9. November 2017



Sonderdruck der
Bayerischen GemeindeZeitung Nr. 24/2016

Redaktion:	Doris Kirchner
Gestaltung:	Michael Seidl
Fotos:	Jessica Kassner
Verantwortlich:	Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung:	Constanze von Hassel
Veranstaltungen:	Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



Unser Produkt- und Dienstleistungsportfolio

- > Internet
- > Rechenzentrum
- > Netzwerk
- > Mobiles Arbeiten
- > IT-Sicherheit
- > Standortvernetzung
- > Telefonie

Kompetent. Innovativ. In der Region.

LEW TelNet zählt zu den führenden Anbietern für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Unser Kerngeschäft ist die Konzeption und Umsetzung von professionellen Lösungen für Unternehmen, öffentliche Verwaltungen, Kommunen und Carrier. Mit unserem eigenen Glasfasernetz bringen wir unsere Kunden mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune.

Informieren Sie sich unter www.lewtelnet.de/breitband

**LEW TelNet –
Ihr Datenspezialist vor Ort**

LEW
TelNet